

Brücken- bauer *in* Bayern

Bedarfsfeststellung zu einer
kommunalen Beratung zu
islambezogenen Themen

Eugen-Biser-Stiftung



„Wir unterstreichen es auch sehr gerne, dass wir hier beheimatet sind, aber auch dem muslimischen Glauben angehören. Also diese Fragestellung: <Deutsch und muslimisch?> Dass es nicht geht, also das haben viele im Kopf so: <Ja, das geht doch gar nicht. Also ich kann doch nicht Muslim sein und gleichzeitig deutsch sein oder bayerisch sein.> Wenn ich Bayer bin, muss ich kein Weißbier oder Helles trinken [...]. Also ich muss mich nicht damit identifizieren. Ich kann mich mit ganz anderen schönen Sachen auch identifizieren. Und am Ende des Tages sollte halt rauskommen: <Das funktioniert, überhaupt kein Thema. Deutsch, muslimisch, Muslim, deutsch ist gut. Tut gut.>“

– aus den Interviews –

Inhalt

4

Der Bedarf im Überblick
Fünf Kernaussagen

6

Grußwort
Eugen-Biser-Stiftung
Stefan Zinsmeister

8

Grußwort
Robert Bosch Stiftung
Ottilie Bälz und Volker Nüske

9

Grußwort
Erlanger Zentrum für Islam und
Recht in Europa (EZIRE)
Prof. Dr. Mathias Rohe

10

Vorwort der Herausgeber
Erdoğan Karakaya
Stefan Zinsmeister

16

Rahmen der Bedarfsanalyse
Stefan Zinsmeister

18

Ergebnisse der Bedarfsanalyse
Sabine Exner-Krikorian
Erdoğan Karakaya
Stefan Zinsmeister

48

Die Kommunen
im Überblick

50

Kommunen und die
Herausforderungen einer vielfältigen
muslimischen Lebenswelt in Bayern.
Eine aktuelle Situations-
beschreibung
Ayşe Coşkun-Şahin

58

Religionen als Brücken eines
gelingenden Lebens?
Sinnsuche im Kontext von
Migration und neuer
gesellschaftlicher Einbettung
Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

68

Weiterführende
Literatur

69

Autorinnen und
Autoren

70

Über die
Eugen-Biser-Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeber im Auftrag der Eugen-Biser-Stiftung

Erdoğan Karakaya
Stefan Zinsmeister

Redaktionsschluss

November 2018

Autorinnen und Autoren

Ayşe Coşkun-Şahin
Sabine Exner-Krikorian
Erdoğan Karakaya
Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan
Stefan Zinsmeister

Redaktion

Ayşe Coşkun-Şahin
Sabine Exner-Krikorian
Stefan Zinsmeister

Gestaltung

das formt –
Büro für Kommunikation
& Design GbR
Plinganserstraße 24
81369 München
E-Mail: info@dasformt.de

Druck und Bindung

Cl. Attenkofer'sche
Buch- und Kunstdruckerei
Verlagsbuchhandlung Straubing KG
Ludwigsplatz 32
94315 Straubing

Kontakt

Eugen-Biser-Stiftung
Pappenheimstraße 4
80335 München
E-Mail: kontakt@eugen-
biser-stiftung.de

Copyright ©Eugen-Biser-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten
www.eugen-biser-stiftung.de

ISBN 978-3-9816986-2-6

Das Projekt „Brückenbauer in
Bayern. Bedarfsfeststellung zu
einer kommunalen Beratung
zu islambezogenen
Themen“ wurde von der
Robert Bosch Stiftung gefördert.

Der Bedarf im Überblick

Fünf Kernaussagen

1 Eine „authentische Person“ für die Erarbeitung von Konfliktlösungen

Die Kommunen formulieren einen großen Bedarf nach einer „authentischen Person“ im Konfliktfall. Diese sollte auf die individuellen Bedürfnisse der Akteure eingehen können und kontextsensible Lösungsmöglichkeiten anbieten. Sie sollte über größtmögliche Neutralität und Unabhängigkeit verfügen und lokal wie politisch ungebunden sein. Gewünscht werden schnell und leicht zugängliche Handreichungen sowie Handlungsempfehlungen zu bestimmten Konfliktfällen und Themenfeldern, die vor Ort durch eine Islamberatung begleitet werden.

Näheres hierzu: Punkt 1. „Wahrnehmung, Beurteilung und Selbsteinschätzung des Zusammenlebens“ (vgl. S. 18).

2 Begegnungen von Schlüsselpersonen bewusst initiieren und etablieren

Kommunen wünschen sich Experten von außen, die ihnen vertrauenswürdige Kooperationspartner und Begegnungsprojekte vorstellen, neue Akteure in das Themenfeld einführen, sowie Sprech- und Begegnungsanlässe initiieren. Die Studie hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit von Kommunen und muslimischen Organisationen vor allem über Schlüsselpersonen funktioniert, weil sie den Wunsch nach einer konstanten Arbeits- und Kommunikationsgrundlage haben. Gleiches gilt auch für muslimische Ansprechpartner vor allem im Bereich der Teilhabe an Zivilgesellschaft, bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt. Die Schlüsselpersonen fördern mittels ihrer Vorbildfunktion die Bereitschaft zu zivilgesellschaftlicher Teilhabe und aktiver Mitgestaltung. Um diese positiven Effekte in die eigene Arbeit einbringen und umsetzen zu können, wird eine bewusste Kontaktherstellung zu lokalen Schlüsselpersonen durch eine Islamberatung gewünscht.

Näheres hierzu: Punkt 2. „Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, muslimischen Einrichtungen sowie die

gegenseitige Wahrnehmung“ (vgl. S. 26), Punkt 2.7. „Muslimisches Leben im Kontext von Politik und Konflikten – die Herausforderung der Transnationalität“ (vgl. S. 33) sowie Punkt 4. „Normalisierung des Miteinanders – erfolgreiche Handlungsstrategien in der Zusammenarbeit von muslimischen Akteuren und Kommunen sowie ihre Grenzen“ (vgl. S. 37).

3 Förderung der Transparenz: Informations- und Wissensbedarf decken, muslimische Organisationen und Verwaltungsstrukturen verstehen

Von kommunalen Mitarbeitenden wird häufig ein Informationsbedarf zu muslimischen Akteuren in ihrer Kommune und ein Wissensbedarf über die muslimische Heterogenität sowie muslimische Strukturen angezeigt. Sie beschreiben einen Mangel an statistischen Erhebungen über muslimische Organisationen und empfinden deren inhaltliche Tätigkeiten als intransparent. Hierzu werden Vorträge, Workshops und Beratungsgespräche als sinnvolle Unterstützung angesehen. Diese sollen einerseits das faktische Wissen vermitteln können und andererseits die Kompetenz schulen, bestimmte Phänomene muslimischen Lebens besser einordnen und so mit der Vielfalt kompetent umgehen zu können. Dazu gehört allerdings auch, über die eigenen Hindernisse in der Kommunalverwaltung („Komm-Strukturen“) zu reflektieren, die muslimischen Organisationen den Zugang erschweren. Das hat negative Auswirkungen auf die Entwicklung von Kontakten, Kooperationen oder auf Fördermöglichkeiten und damit auf die Teilhabe insgesamt. Beide Seiten stimmen in der Wahrnehmung der jeweils anderen Seite als intransparent und undurchsichtig überein. Hier gilt es seitens der Kommunen Wissen über die eigene Wirkung und Transparenz, die tatsächliche Umsetzung der geforderten Kultur- und Vielfaltssensibilität zu überprüfen und gegebenenfalls Strukturen anzupassen.

Näheres hierzu: Punkt 1.1. „Das Wissen über: Fehlende bzw. missverständliche Kommunikation und Beziehungs-

arbeit“ (vgl. S. 18), Punkt 3.1. „Integration als strategisches Handlungsfeld, aber muslimisches Erfahrungswissen wird nicht genutzt“ (vgl. S. 36) und Punkt 3.2. „Das Ressourcenproblem – eine Gegenüberstellung muslimischer (institutioneller) Akteure, die kommunale Sicht darauf sowie integrative Stellen und Ämter“ (vgl. S. 36).

4 Die Reflexionsfähigkeit über eigene und andere Haltungen und Bewertungskategorien stärken

Die Begegnung mit einem als anders oder als fremd empfundenen Gegenüber kann schnell in eine Debatte über die eigenen Werte und die der anderen führen. Dabei besteht das Risiko, in eine Verteidigungshaltung zu verfallen. Um eine mögliche Zusammenarbeit trotzdem sinnvoll gestalten zu können und um Konflikte vorzubeugen, ist an dieser Stelle eine Reflexion über die eigenen und anderen Vorannahmen notwendig. Die Unkenntnis über religiös-kulturelle Vorstellungen kann dazu führen, dass eigene Annahmen und Perspektiven als Grundlage zur Werturteilsbildung herangezogen werden, die zu kurz greifen und dem Gegenüber nicht gerecht werden können. Gleichzeitig machen polarisierende Konstruktionen von „Wir und die Anderen“, die Vielfalt und die tatsächlichen Gemeinsamkeiten auf beiden Seiten unsichtbar. Positiv gewendet wird hier ein Bedarf an Selbstreflexion der eigenen Bewertungskategorien und Prämissen festgestellt. In einer Gesellschaft, die religiös und kulturell vielfältiger wird, benötigen alle Akteure Kompetenz in interreligiöser Sprachfähigkeit und Differenzierungssensibilität.

Näheres hierzu: Punkt 1.2. „Die Debatte um Werte: Das Eigene und das Fremde im Vergleich oder Austausch?“ (vgl. S. 20), Punkt 1.3. „Befürchtungen und Verunsicherungen in der Bevölkerung“ (vgl. S. 21) und Punkt 1.4. „Unterschwellige Muslimfeindlichkeit – nicht nur eine Herausforderung im ländlichen Raum“ (vgl. S. 22).

5 Perspektivenwechsel: Konflikte als Normalfall demokratischer Aushandlungsprozesse anerkennen

Insgesamt ist festzustellen, dass in der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und muslimischen Organisationen die Potentiale gesellschaftlicher Vielfalt noch stärker genutzt werden können. So führen Vorannahmen häufig dazu, dass Bürger muslimischer Identität nur im Themenfeld Islam oder Integration wahrgenommen werden, statt als „Menschen wie du und ich“ (Stichwort „Muslimisierung“ der Debatten). Politisches Engagement oder die bewusste Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe seitens muslimischer Bürger lösen eher Irritationen bei den Kommunen aus, als dass dieses Engagement als Chance und wichtiger Bestandteil der demokratischen Idee der gleichberechtigten Teilhabe gesehen wird. Gleichzeitig werden eigenständige Initiativen muslimischer Organisationen oft als Aufbau von Parallelstrukturen gedeutet. Hier gilt es Kommunen für Diversität und Vielfalt als positiven Mehrwert und Normalfall einer demokratischen Gesellschaft zu sensibilisieren und in ihrer Ambiguitätstoleranz zu stärken. Denn die Bildung muslimischer Organisationen kann Sozialkapital generieren, das als Brücke zu mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen dienen kann. Streit und Konflikte sind anstrengend und oft kräftezehrend, trotzdem gehören sie dazu. Ergebnisse und Lösungen zu finden, die dem Bedarf einer pluralen Gesellschaft entsprechen und teilhabeorientiert sind, brauchen Zeit, gute Kommunikation und oft einen langen Atem. Doch es lohnt sich – denn diese Aushandlungsprozesse stehen für eine plurale und freiheitliche Demokratie.

Näheres hierzu: vgl. Punkt 2.5. „Zivilgesellschaftliches Engagement oder Abschottung? Hindernisse der Teilhabe Bürger muslimischer Lebenswelten“ (vgl. S. 30), Punkt 2.6. „Kaum politische Beteiligung – oder doch“ (vgl. S. 32), Punkt 4. und insbesondere Punkt 4.6. „Diversitätssensibilität und Öffnung“ (vgl. S. 42).

Grußwort

Eugen-Biser-Stiftung

Die Eugen-Biser-Stiftung freut sich, die Studie „Brückenbauer in Bayern. Bedarfsfeststellung zu einer kommunalen Beratung zu islambezogenen Themen“ vorlegen zu dürfen.

Die Eugen-Biser-Stiftung engagiert sich seit ihrer Gründung im Jahr 2002 für einen interreligiösen Dialog aus christlichem Ursprung. Von Eugen Biser (1918–2014), dem Namensgeber der Stiftung, stammt die heute noch immer aktuelle Situationsbeschreibung:

„Wir leben in einer Stunde des Dialogs und überleben nur, wenn die wachsenden Konfrontationen durch eine Kultur der Verständigung überwunden werden.“

Zu diesem Dialog gehört es auch, die gesellschaftlichen Realitäten vor Ort wahrzunehmen. Mit dieser Bedarfsanalyse will die Stiftung einen Beitrag leisten für ein gelingendes Zusammenleben der Menschen in ihren konkreten Lebenszusammenhängen in den Kommunen. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass es zur Sicherung der sozialen Infrastruktur und der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts einen erheblichen Bedarf gibt.

Die Ergebnisse der Studie bilden daher eine hilfreiche Grundlage für die Einrichtung einer „Islamberatung in Bayern. Brückenbauer zwischen muslimisch geprägten Lebenswelten und Kommunen“. Sie ist eine Kooperation von Eugen-Biser-Stiftung, Robert Bosch Stiftung und dem Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa. Sie wird ab dem Jahr 2019 ihre Tätigkeit aufnehmen und ist eine Anlaufstelle für Kommunen und kommunale Akteure zu islambezogenen Fragestellungen.

Folgenden Personen sind wir zu Dank verpflichtet:

Herrn Erdoğan Karakaya für die Mitarbeit an der Entwicklung des Forschungskonzepts zur Studie und an der Durchführung und Auswertung der Interviews.

Herrn Prof. Dr. Mathias Rohe für die Bereitschaft zur Mitwirkung des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa (EZIRE) als Kooperationspartner an der künftigen „Islamberatung in Bayern“.

Herrn Martin Neumeyer, Landrat des Landkreises Kehlheim und ehemaliger Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Herrn Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Herrn Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistages und Herrn Dr. Johann Keller, Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistages, für ihre wohlwollende Unterstützung des Vorhabens.

Frau Dr. Cornelia Schu, Geschäftsführerin des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und Direktorin des SVR-Forschungsbereichs, für ihre wohlwollende Empfehlung und Verbindung zur Robert Bosch Stiftung.

In besonderem Maße danken wir der Robert Bosch Stiftung:

- Sie hat sich überzeugen lassen, dass sie die Eugen-Biser-Stiftung mit der Erstellung einer Bedarfsanalyse betraut und fördert, um zu prüfen, wie eine Islamberatung für spezifisch bayerische Belange aufgestellt werden kann.
- Nach Vorlage der Ergebnisse der Bedarfsanalyse hat sie sich bereit erklärt, dass eine Islamberatung in Bayern bei der Eugen-Biser-Stiftung ab dem Jahr 2019 mit ihrer Förderung als ein gemeinsames Projekt eingerichtet wird.
- Insbesondere danken wir Frau Ottilie Bälz und Herrn Volker Nüske persönlich, dass sie das Vorhaben beständig, konstruktiv-kritisch und zugleich inspirierend begleitet haben.

Stefan Zinsmeister
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der
Eugen-Biser-Stiftung

Grußwort

Robert Bosch Stiftung

Deutschland wird vielfältiger, und auch muslimisches Leben ist hier schon lange Realität. In einer von Vielfalt geprägten Gesellschaft hängt der gesellschaftliche Zusammenhalt zu großen Teilen auch davon ab, ob und wie sich alle Gruppen – und damit auch Muslime – in die Gesellschaft einbringen können. Deshalb engagiert sich die Robert Bosch Stiftung seit 2005 im Thema Islam und Muslime in Deutschland.

Als konfessionell neutrale Stiftung unterstützen wir das gesamtgesellschaftlich ausgerichtete soziale Engagement von Muslimen in Deutschland. Unser Ziel ist es, die Teilhabe von Muslimen zu verbessern, indem wir sie als zivilgesellschaftliche Akteure stärken. Ein wichtiges Feld dafür ist die Kommune. Hier findet Engagement statt, hier wird das Zusammenleben gestaltet. Gleichzeitig treten vor Ort auch Fragen und Unsicherheiten im Umgang miteinander auf, die zu echten Hürden für Dialog und Kooperation werden können: An wen muss sich eine muslimische Gemeinde wenden, wenn sie eine Moschee bauen oder einen islamischen Friedhof einrichten will? Wie können Verwaltungsmitarbeiter unterschiedliche muslimische Organisationen besser kennenlernen? Hier setzt das Modell der „Islamberatung“ in Baden-Württemberg an, das seit 2015 von der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart in Partnerschaft mit der Robert Bosch Stiftung und der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl angeboten wird. Das Beratungsangebot für Kommunen und islamische Gemeinden in Baden-Württemberg trägt zum Kompetenzaufbau auf beiden Seiten, zum Austausch und zu besserer Zusammenarbeit bei. Bis heute gab es über 130 Beratungen.

Wir sehen auch in anderen Bundesländern den Bedarf für ein solches Beratungsmodell. Deshalb freuen wir uns, dass die Eugen-Biser-Stiftung mit der vorliegenden Erhebung eine empirische Grundlage dafür geschaffen hat, eine „Islamberatung“ auch in Bayern aufzubauen, die den spezifischen bayerischen Bedingungen und Bedarfslagen gerecht wird.

Bayern ist geprägt durch Vielfalt. Es ist das Bundesland mit dem im Bundesvergleich drittgrößten muslimischen Bevölkerungsanteil. Muslimisches Leben hat hier eine lange Geschichte, aber die vorliegende Studie zeigt auch, dass offene Fragen und Konflikte die Zusammenarbeit zwischen muslimischen und anderen Akteuren auf kommunaler Ebene erschweren. Es besteht Unterstützungsbedarf, um das soziale Engagement vielfältiger Gruppen in Bayern im Sinne der gesamten Gesellschaft zu gestalten. Die Eugen-Biser-Stiftung wird diese Lücke füllen und ab 2019 eine kommunale Islamberatung in Bayern aufbauen. Unterstützt wird sie durch die Expertise des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa (EZIRE). Die Robert Bosch Stiftung wird als dritter Partner ihre Erfahrungen in das gemeinsame Projekt einbringen.

Wir freuen uns auf das Projekt und wünschen eine interessante Lektüre!

Otilie Bälz
Bereichsleiterin Gesellschaft

Volker Nüske
Senior Projektmanager
Thema „Muslime in Deutschland“

Grußwort

Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa (EZIRE)

Gesellschaftliches Zusammenleben gelingt oder misslingt vor allem in der direkten Begegnung auf kommunaler Ebene. In Zeiten zunehmender Vorurteile und Extremismen, die von Extremisten auch bewusst politisch gesteuert werden, ist es ein Gebot des zivilgesellschaftlich starken demokratischen Rechtsstaats, seine Kräfte zu bündeln und den Zusammenhalt der großen Mehrheit der Gutwilligen zu stärken. Wichtige Aufgaben für die Kommunen stellen sich im Hinblick auf die muslimische Bevölkerung, die in besonderer Weise unter Vorurteilen leidet und die aufgrund der Migrationsgeschichte vieler Angehöriger mit spezifischen Problemen konfrontiert ist, die sich aus den Umständen der Migration ergeben. Sowohl auf der Seite von Kommunalverwaltungen als auch in der muslimischen Bevölkerung ist viel guter Wille erkennbar, gemeinsame Anliegen zu verfolgen und zu kooperieren. Dies stößt indes in vielen Fällen auf Unkenntnis von Aufgaben und Arbeitsweisen von Verwaltungen, Überforderung weitestgehend ehrenamtlich arbeitender Vertreterinnen und Vertreter muslimischer Organisationen und Unsicherheit in Verwaltungen im Umgang mit muslimischen Anliegen und der Religion des Islam.

Nötig sind angesichts dieses Befundes faktenbasierte, wertegeleitete und konkret umsetzbare Ratschläge für die bessere Nutzung des vorhandenen Potentials zur Kooperation, zur Identifikation und gemeinsamen Lösung bestehender Probleme. Die Expertise von Musliminnen und Muslimen aus allen beruflichen und kulturellen Feldern der deutschen Zivilgesellschaft kann maßgeblich zum Brückenbau beitragen. Ich bin deshalb der Robert Bosch Stiftung und der Eugen-Biser-Stiftung sehr dankbar dafür, dass sie mit der vorliegenden Studie einen grundlegenden Beitrag für die Umsetzung dieses Anliegens geleistet haben. Zugleich freue ich mich auf die weitere Zusammenarbeit im Rahmen eines einschlägigen Projekts in Bayern, an der sich das Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa (EZIRE) an der Universität Erlangen-Nürnberg gerne beteiligt.

Prof. Dr. Dr. h.c. Mathias Rohe
Direktor des Erlanger Zentrums für Islam und
Recht in Europa

Vorwort

der Herausgeber

1

Hafez, Kai und Sabrina Schmidt (2015). Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/imported/leseprobe/LP_978-3-86793-578-4_1.pdf [Zugriff am 14.11.2018].

Ganser, Christian und Laila Schmitt (2013). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. https://epub.ub.uni-muenchen.de/22206/1/bericht_gmf_18_10_2013.pdf [Zugriff am 14.11.2018].

2

<https://www.siekd.de/dialog-mit-dem-islam-si-studie-belegt-starken-wunsch-der-bevoelkerung-nach-gesellschaftlichem-zusammenhalt/> [Zugriff am 14.11.2018]

3

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH (2013) (Hrsg.). *Muslimen in der Mehrheitsgesellschaft: Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland*. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2013/03/Medienbild-Muslimen_SVR-FB_final.pdf [Zugriff am 14.11.2018].

4

Schiffauer, Werner (2015). *Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 15.

Das Thema Islam und Muslime wird nach wie vor sehr hitzig debattiert. Gegenüber der Religion Islam, aber auch gegenüber Muslimen als Menschen bestehen in der deutschen Gesellschaft Vorbehalte. Das hat auch Auswirkungen auf den alltäglichen Umgang miteinander, wie er in der Kommune stattfindet. Dies zeigt die Sonderauswertung des Religionsmonitors (2015) der Bertelsmann-Stiftung und mit Bezug auf München die Studie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (2013) des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München.¹ Ein Ergebnis der Bertelsmann-Studie ist, dass die Hälfte aller befragten Bundesbürger ein negatives Bild von Muslimen und der Religion des Islams hat. Auch die jüngst erschienene Studie „Islam und Muslim*innen in Deutschland: Die Sicht der Bevölkerung“, vom 24. September 2018 bestätigt diese Ergebnisse, aber mit einem differenzierten Blick: „Während 69 Prozent sagen, dass Muslime zum Alltagsleben gehören, meinen lediglich 35 Prozent, dass der Islam in die deutsche Gesellschaft passt.“² Voneinander unabhängige Studien bestätigen, dass diese negative Grundhaltung einerseits darin begründet sei, dass der Diskurs um muslimische Bürger überwiegend negativ geprägt wäre und andererseits, dass lokale muslimische Akteure in ihrem kommunalen Engagement und damit in der jeweiligen lokalen Zivilgesellschaft kaum sichtbar sind.³ Dies führt dazu, dass Muslime oftmals als ein geschlossener Block wahrgenommen werden, die einer deutschen Gesellschaft gegenüberstehen. Diese Situation im Umgang mit dem Themenfeld „Islam und Muslime“ ist als „Stresssituation“ zu deuten:

„Wer sich mit (Herkunfts-)Deutschen über die muslimische Einwanderung unterhält, spürt oft eine Anspannung, ein Angestrengtsein, Gefühle der Überlastung, Gereiztheit, nicht selten auch Vorsicht. Seltener trifft man auf direkte oder unverhüllte Aggression. Diese Art von Anstrengung scheint [...] bezeichnend für den Umgang mit der Ambivalenz des Fremden zu sein, d.h. desjenigen, der weder Freund noch Feind ist und der weder <ganz innen> noch auch <ganz außen> anzusiedeln ist. Man weiß nicht genau, was man von ihm halten noch wie man mit ihm umgehen soll - und das ist anstrengend“.⁴

Auch Kommunen sind in Fragen des Umgangs mit „Islam und Muslime“ durchaus „gestresst“ und empfinden die Gestaltung eines gemeinsamen Zusammenlebens als anstrengend. Hinzukommt, dass die fehlende Sichtbarkeit von Muslimen fälschlicherweise oft als Intransparenz und gewollte Isolation wahrgenommen wird, sodass unausgesprochen Vermutungen und bestehende Stereotypen Begegnungsprozesse oder einen konstruktiven Umgang mit einer muslimischen Vielfalt in den Kommunen verhindern.

In diesem Zusammenhang fordert die Studie „Islam in Bayern“ des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa (EZIRE) aus dem Jahr 2018 die Einrichtung einer Informations- und Beratungsstelle:

„Vor allem kleinere Kommunen benötigen Handlungsmuster, welche den limitierten lokalen Ressourcen Rechnung tragen. So können für geplante Projekte oder längerfristige Kooperationen zum einen eigene vorhandene effizient genutzt werden, in denen notwendige Zusatzinformationen und -kapazitäten möglichst ressourcenschonend zugeliefert werden können. Hierfür kommen Stellen für Information und Beratung in Betracht, in denen praktische Erfahrungen auf wissenschaftlicher Grundlage strukturiert und zur Weiterentwicklung genutzt werden können. Über Erfahrungen in diesem Bereich, aber auch beim korrespondierenden Empowerment für muslimische und andere zivilgesellschaftliche Akteure verfügt z. B. die in München ansässige Eugen-Biser-Stiftung. Ansätze sind zunächst der Abbau von Hemmschwellen zwischen kommunalen Akteuren und geeigneten muslimischen Ansprechpartnern, die Einbeziehung letzterer als gesellschaftliche mitverantwortliche Subjekte (partizipativer Ansatz) und letztlich die Herstellung von „Normalität“ im kommunalen Miteinander.⁵

Die vorgelegte Bedarfsanalyse ergänzt die große Studie „Islam in Bayern“ auf dem Feld der kommunalen Herausforderungen zu islambezogenen Themen und gibt ein differenziertes Bild über die gegenwärtige Situation und Bedürfnisse von bayerischen Kommunen und muslimisch geprägten Lebenswelten.

Die Bedarfsanalyse legt damit eine fundierte Grundlage für die Einrichtung der „Islamberatung in Bayern. Brückenbauer zwischen muslimisch geprägten Lebenswelten und Kommunen“, die ab dem Jahr 2019 bei der Eugen-Biser-Stiftung in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und dem EZIRE eingerichtet wird. Diese hat zunächst das Ziel noch bestehende Hemmschwellen zwischen kommunalen und muslimischen Akteuren abzubauen und Gespräche zu ermöglichen. Mittelfristig sollen durch einen partizipativen Ansatz im Rahmen der Islamberatung muslimische Akteure als mitverantwortliche Subjekte für die eigenen kommunalen Prozesse wahr- und ernstgenommen werden, damit langfristig eine Normalität im kommunalen Miteinander geschaffen werden kann.

5

Rohe, Mathias (2018). ISLAM IN BAYERN. Policy Paper für die Bayerische Staatsregierung im Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Erlangen: EZIRE, 35.

Die Bedarfsanalyse richtet sich daher an kommunale Mitarbeitende, insbesondere Integrationsbeauftragte und Integrationslotsen, an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Hilfsorganisationen sowie an Bürger muslimischen Glaubens und aus muslimischen Lebenswelten. Des Weiteren an alle, die sich mit der in dieser Bedarfsanalyse behandelten Themen befassen.

Die Bedarfsanalyse ist in drei Schritte gegliedert. Zunächst werden die Ergebnisse der geführten Interviews thematisch strukturiert dargestellt und die Orte an denen Interviews geführt wurden in einer Bayernkarte dargestellt. Danach folgt der Beitrag „Kommunen und die Herausforderungen einer vielfältigen muslimischen Lebenswelt in Bayern. Eine aktuelle Situationsbeschreibung“, der Schneisen schlägt in aktuelle Entwicklungen in Bayern, gefolgt vom Beitrag „Religionen als Brücken eines gelingenden Lebens? Sinnsuche im Kontext von Migration und neuer gesellschaftlicher Einbettung“, der die Thematik in einen größeren Zusammenhang mit Blick auf Deutschland und Phänomene weltweit stellt. Darauf folgt eine Liste mit ausgewählter Literatur, die für die Thematik Kommunen und muslimisch geprägte Lebenswelten in Bayern einschlägig sind. Am Ende der Bedarfsanalyse ist eine Checkliste zur Selbsteinschätzung beigefügt. Sie kann herausgetrennt werden und dient der eigenen Standortbestimmung, wie die Ergebnisse der Bedarfsanalyse auf die eigene Situation übertragen werden können.

Wir danken folgenden Beteiligten die an der Erstellung Bedarfsanalyse mitgewirkt haben:

- Bei den Interviewpartnern, dass sie sich auf die Interviews eingelassen und sich die Zeit dafür genommen haben und somit einen grundlegenden Beitrag für diese Studie geleistet haben.
- Herrn Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan, dass er die wissenschaftliche Begleitung der Bedarfsanalyse mit großem Sachverstand und in konstruktiv-kritischer Beratung übernommen hat und mit seinem Text „Religionen als Brücken eines gelingenden Lebens? Sinnsuche im Kontext von Migration und neuer gesellschaftlicher Einbettung“ einen instruktiven Beitrag für die Studie geleistet hat.
- Frau Ayşe Coşkun-Şahin, Referentin für den christlich-muslimischen Dialog in der Eugen-Biser-Stiftung, für die Erstellung ihres Beitrags „Kommunen und die Herausforderungen einer vielfältigen muslimischen Lebenswelt in Bayern. Eine aktuelle Situationsbeschreibung“ sowie die Idee und Umsetzung der Checkliste und ihre redaktionelle Mitarbeit.
- Frau Sabine Exner-Krikorian, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Eugen-Biser-Stiftung für die Mitarbeit an der Auswertung der Interviews und der Erstellung des Textes der Ergebnisse der Bedarfsanalyse sowie ihre umsichtige redaktionelle Mitarbeit.
- Herrn Dr. Hussein Hamdan, Projektbereichsleiter Islam-Beratung und Fortbildung an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart für instruktive Hintergrundgespräche.
- Der Firma Transkribisch, Chemnitz, für die präzise und zuverlässige Erstellung der Transkriptionen.
- das formt – Büro für Kommunikation & Design, München, für die konstruktive Beratung und kompetente Umsetzung der grafischen Gestaltung.
- Der Cl. Attenkoffer'schen Buch- und Kunstdruckerei, Straubing, für den Druck.

Stefan Zinsmeister und Erdoğan Karakaya

der Bedarfsanalyse

Methode

Die Bedarfsanalyse arbeitet mit Methoden der qualitativen Sozialforschung. Im Zentrum standen leitfadengestützte Interviews, in denen Interviewpartner (im Folgenden IP genannt) jeweils dieselben Fragen gestellt wurden. Im Interviewverlauf haben sich je nach IP und Situation noch jeweils weitere Gesprächsaspekte ergeben.

Vorgehen

Im Rahmen der Bedarfsanalyse wurden im Zeitraum von April bis Juni 2018 insgesamt 16 Interviews mit einer Länge von jeweils etwa 60 Minuten durchgeführt. Die Interviewer waren Erdoğan Karakaya und Stefan Zinsmeister. Die Interviews wurden zumeist mit einem IP, in einigen Fällen aber auch mit zwei, drei oder vier IP einer Institution geführt. Bei der Auswahl der IP wurde darauf geachtet, dass darunter Vertreter aus Kommunen (kommunale Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in unterschiedlichen Funktionen und Politiker), die dem Bayerischen Gemeindetag oder dem Bayerischen Städtetag angehören, berücksichtigt wurden. Daneben gab es Vertreter aus Landkreisen, die im Bayerischen Landkreistag zusammengeschlossen sind. Außerdem wurden Gespräche mit Vertretern aus den beiden großen christlichen Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas und aus muslimischen Organisationen geführt. Es wurden Interviews in allen sieben bayerischen Regierungsbezirken geführt. Für die Darstellung in der Bedarfsanalyse wurden die Interviews teilweise gekürzt und aus Gründen der besseren Lesbarkeit grammatikalische Anpassungen vorgenommen ohne den Inhalt zu verändern.

Durchführung der Interviews

In der ersten Interviewphase wurden die IP gebeten, das Zusammenleben in der Kommune allgemein zu schildern und zu berichten, welche integrativen Maßnahmen es für das Zusammenleben vor Ort gibt. In der zweiten Interviewphase sollten sie erzählen, welche muslimischen Gruppen ihrer Meinung nach in ihrer Kommune vertreten sind und welche Erfahrungen es mit muslimischen Gruppen in der Kommune gab. Bei den beiden muslimischen IP entfielen diese Fragen. In der dritten Interviewphase wurden die IP gefragt, wie sie ein bereits im Interview genanntes Problem lösen würden und wie sie bei der Problemlösung unterstützt werden könnten. In der vierten Phase des Interviews wurden die IP gefragt, was mit muslimischen Gruppen vor Ort gut läuft und wo bzw. wie sich Muslime in der Kommune engagieren und ob Muslime im Gemeinderat vertreten sind. Zum Abschluss wurden die IP nach ihren Wünschen für ein gelingendes Zusammenleben befragt.

Darstellung der Ergebnisse

Die Ergebnisse der Bedarfsanalyse sind in fünf Bereiche eingeteilt, die die Aussagen der Interviews in eine für den Leser nachvollziehbare Struktur gliedern. Die Zitate werden fall- und kontextbezogen erläutert. Die Ergebnisse der Studie sollen dadurch ein differenziertes Bild zum Feld islambezogene Themen und Kommunen geben, die sowohl für kommunale als auch muslimische Akteure und für alle, die sich diesem Themenfeld widmen, von Bedeutung sein dürfte.

der Bedarfsanalyse

1. Wahrnehmung, Beurteilung und Selbsteinschätzung des Zusammenlebens

1.1. Das Wissen über: Fehlende bzw. missverständliche Kommunikation und Beziehungsarbeit

In der Bedarfsanalyse hat sich deutlich gezeigt, dass unterschiedliche Ebenen bzw. Tiefen von Wissen bei den interviewten Personen vorherrschen. Die Qualität des vorhandenen und damit abrufbaren Wissens, das sich neben Informationen und Fachkenntnissen aus Erfahrungswissen zusammensetzt, ist mitunter ein entscheidender Faktor dafür, wie erfolgreich kommunale Prozesse angegangen werden. Gerade das Themenfeld „Islam und Muslime“ hat in den letzten Jahren auch im deutschsprachigen Raum besondere Aufmerksamkeit erhalten, was bei fast allen interviewten IP als Hemmschwelle in der Beziehungsarbeit empfunden wurde. Das Themenfeld erscheint, trotz medialer Aufmerksamkeit, weiterhin fremd und überwältigend. In der Erstreaktion führt das meistens dazu, genau zu wissen, was vermieden werden soll. Neben der Einordnung islambezogener Themen (bspw. in Form von terminologischer Aufklärungsarbeit) hat sich im Wesentlichen gezeigt, dass ein Bedarf nach analytischer Kompetenz zur Einordnung, Informationen über die muslimische Heterogenität sowie Zusammensetzungen von Strukturen und den möglichen Potenzialen vorliegt. Mit diesem neuen Kenntnisstand könnten die Mitarbeitenden dann kommunal-strategische Schritte zur Normalisierung im Miteinander entwickeln und angehen.

Einigen befragten IP war die Heterogenität muslimischer Lebenswelten in ihren eigenen Kommunen nicht präsent:

„...wir sind noch vor einigen Jahren davon ausgegangen, dass es im Grunde eine relative Einigkeit in der muslimischen Gemeinde auch gibt.“

Einerseits könnte man voreilig vermuten, dass sich die IP nicht um ihre Mitbürger muslimischen Glaubens gekümmert haben und sie nicht kennen. Andererseits kann hier gefragt werden, ob dieser Aussage nicht die weitverbreitete Imagination und das Narrativ einer muslimischen Einheit zugrunde liegt. So werden bspw. Bürger alevitischer Lebenswelten oft in den Kontext des Islam eingeordnet. Hier zeigt sich der Bedarf von mehr Differenzierung in den kommunalen Debatten.

„Aber tatsächlich ist es so, dass wir feststellen, dass die Beschwerden untereinander oder übereinander zugenommen haben. Dass also die muslimische Gemeinde insofern keine Homogenität aufweist, sondern von einer starken Heterogenität gekennzeichnet ist und mitunter auch, ja, persönlichen Dingen, die offensichtlich da mithineinspielen. Insofern ist diese Szene schwerer greifbar für uns als Kommune, weil wir im Grunde die Erfahrung machen, wenn wir dem einen irgendwas zugestehen oder uns mit dem einem unterhalten, dann sagen drei andere: <Warum zieht ihr die vor?> Und jetzt kann man sozusagen sehr, sehr leicht zum Schluss kommen: Na, dann machen wir halt mit keinem von denen mehr was, wenn die sich nur noch streiten. Also es ist politisch natürlich durchaus schwierig.“

Konflikte und Streit unter migrantischen Gruppen, die ebenfalls an Ressourcen teilhaben möchten und sich bei der Kommune um die Rolle als Ansprechpartner bewerben, bedeuten für Kommunen eine gewisse Herausforderung, da sie den Konflikt nicht adäquat steuern können und damit das Gespräch bzw. die Zusammenarbeit mit allen kündigen möchten. Doch hier eröffnet sich die Möglichkeit, den migrantischen und muslimischen Gruppen gemeinsam zivilgesellschaftliche Wege aufzuzeigen und so als Akteur von vielen Menschen gesehen und gehört zu werden. Das würde ebenfalls die gewünschte Sichtbarkeit im öffentlichen Raum bedeuten. Gleichzeitig ist es notwendig, demokratische Prozesse anzuwenden und miteinander zu verhandeln – auch mit Gruppen, die vielleicht zunächst eher abgelehnt werden –, um zu einer kommunalen und gleichzeitig für viele tragbaren Antwort zu kommen. Bestimmte Kommunen haben daher gemeinsame Arbeitskreise, runde Tische oder interreligiösen Dialog initiiert, um sich in einem basisdemokratisch orientierten Prozess auf Themen zu einigen, die von vielen Bürgern getragen werden. Dennoch ist der Wunsch bei Kommunalvertretern weiterhin vorhanden (charismatische) Autoritäten als Ansprechpartner zu haben, die im Sinne des Top-Down-Prinzips die getroffenen Entscheidungen vermitteln, nicht jedoch an den demokratischen Prozessen teilnehmen.

„Und das hat damit zu tun, dass sie immer religiöse lokale Führer hatten, die sich an irgendwelchen Dschihad schreienden Märschen oder Sonstiges nicht beteiligt haben, sondern immer gesagt haben: <Wir gehen zum selben Friseur, wir gehen zum selben Laden, bitte Leute, Ruhe>. Und das ist natürlich die Vorstellung, die ich gern hätte, wenn es so eine Integrationsfigur gäbe, die einfach mal alle an einen Tisch bringt und sagt: <Diese Animositäten, die lassen wir jetzt bitte, die Stimmung weltweit ist aufgehetzt genug.>“

Obleich sich gerade diese IP vehement gegen die Etablierung von Parallelstrukturen gewährt hat, sind trotzdem bestimmte parallele Strukturen, die die städtischen Prozesse vereinfachen, erwünscht. Eine solche Ambivalenz zwischen basisdemokratischen und eher autoritären Ansätzen könnte durch die Islamberatung aufgezeigt werden, um gemeinsam zu einer Haltung zu gelangen, die alle mitnehmen möchte.

Eine ähnliche Ambivalenz haben Mafaalani und Toprak in ihrer Studie über junge Muslime in Deutschland im Kontext der Schule festgestellt. Sie würden im Spannungsfeld zweier sich widersprechender bzw. miteinander konkurrierender Erziehungsstile aufwachsen, wobei der eine eher auf die Förderung der Individualität gerichtet ist, während der andere auf ein Kollektiv hin ausgerichtet ist. Diese Situation sei allerdings weder den Eltern, noch den Schulen bewusst.¹ Bei den Kommunen zeigt sich nun, dass diese unterschiedlichen Erziehungs- und Bildungsprozesse bzw. die Idealisierung einer Individualismus orientierten Erziehung, Irritationen bei den jeweils Beteiligten auslösen, pejorative Bewertungen des jeweiligen Gegenübers stattfinden und sich damit auf die grundsätzliche Haltung in der unmittelbaren Zusammenarbeit auswirken können.

„Der Individualismus, den wir hier in dieser Gesellschaft haben, den brauchen wir auch, um Vielfalt überhaupt leben lassen zu können. Und wenn ich das Gefühl habe, dass junge Menschen nicht zum Selbstdenken erzogen werden, dann macht mir das Angst. Und es ist völlig egal, aus welcher Richtung das kommt.“

1

Aladin El-Mafaalani und Ahmet Toprak (2016). *Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland. Lebenswelten – Denkmuster – Herausforderungen*. Kodrad-Adenauer-Stiftung (Hgrs.). Paderborn: Bonifatius GmbH.

Darüber hinaus existieren auch seitens der Kommunen gewisse Annahmen darüber, was Religion und Glaube für das eigene Leben bedeutet und welche Rezeption den unterschiedlichen Religionen in welchen Milieus inhärent ist. Gerade eine europäisch-deutsche Form protestantischer und damit zugleich oft intellektueller Herangehensweise an Texte und die Konfrontation mit der ästhetischen und an Geboten orientierten Frömmigkeit von muslimischen Personen, erzeugt oft eine inadäquate Einordnung des Gegenübers. In folgendem Beispiel bewertet der IP ein muslimisches Kind auf Basis seiner eigenen Vorannahmen, ohne die Bedeutung von Koranrezeption und Ästhetik für muslimische Frömmigkeit zu verstehen.² Die Faszination des Kindes wird als Form- und Einflussbarkeit wahrgenommen. In seiner Annahme ist der kritische Umgang mit (heiligen) Texten wichtig. In der ästhetischen Rezeption geht es jedoch vielmehr um Wahrnehmung als um Kritik.

2
Navid Kermani (?2003). *Gott ist schön. Das ästhetische Erleben des Koran*. München: C.H. Beck.

„Wir hatten eine Kinderakademie, zehn Tage mit zwei dritten Klassen. Da waren viele Kinder mit Migrationshintergrund dabei, aber auch viele deutsche Kinder. Und uns hat ein Junge wirklich erschreckt. Er erzählte, wie fasziniert er davon ist, dass sein Cousin den Koran auswendig kann. Das, was er bewundert hat, war den Koran auswendig zu können. Und es ging nicht um ein Verständnis oder drüber diskutieren. Einfach nur dieses Auswendig können, das abzuliefern.“

Auch hier könnte eine Islamberatung wieder zur Reflexion über die jeweiligen Prämissen der Beteiligten anregen. Die meist unbewusste Wirksamkeit von religiös geprägten Vorstellungen von Ästhetik und Textrezeption, in diesem Fall eher protestantisch geprägten Vorstellungen, könnte hier bewusst gemacht werden. Dadurch gäbe es die Möglichkeit, den hier zugrunde liegenden religiös codierten Bewertungsmaßstab zu reflektieren.

1.2. Die Debatte um Werte: Das Eigene und das Fremde im Vergleich oder Austausch?

Dass sich Kommunen für zugewanderte Menschen in der Stadtgesellschaft einsetzen, wird stellenweise als unausweichlicher Selbstschutz wahrgenommen. Migration ist ein Anlass, in dem sogenannte eigene Werte wieder neu verhandelt bzw. verteidigt werden. Erst in der Spiegelung und damit in der Differenz zu dem als fremd Wahrgenommenen, besinnen sich die Akteure auf eine Identität, die es zu verteidigen gilt und die durch Ankommende angenommen werden sollte:

„Wir haben, unabhängig von der politischen Großwetterlage, und ob das nun alles richtig war oder wie auch immer, wir haben momentan keine andere Möglichkeit, als das mit größtem Engagement, personeller und finanzieller Natur anzugehen, schon im eigenen Interesse. Denn wir wollen keine Parallelgesellschaften, wir wollen keine islamische Stadt werden, sage ich auch in aller Deutlichkeit. Wir wollen die deutschen Werte des Grundgesetzes genauso erhalten. Weswegen die Leute ja auch zu uns kommen, zumindest hoffen wir mal, dass dem so ist.“

Während sich ein IP dafür einsetzte, dass Werte durch Begegnungen in Räumen des Austausches eingeübt werden könnten, betonen viele IP den Wert und die Bedeutung des Grundgesetzes, im Gegensatz zu einem religiös konnotierten Gesetz, als in Deutschland geltender Orientierungspunkt:

„Man muss jedem klarmachen, dass nicht die Religion bei uns das Entscheidende ist, schon gar keine Scharia, sondern dass bei uns das Grundgesetz über allem steht, und wenn man sich an dieses Grundgesetz hält und wenn man sich entsprechend einbringt, dann ist man in dem Land herzlich willkommen.“

In diesen Positionierungen der kommunalen Seite ist festzustellen, dass Unterschiede der hiesigen und angekommenen Gruppen durch eine Gegenüberstellung zwischen „unser Rollenbild“ und dem „Rollenbild der Muslime/ Türken“ vollzogen wird. Dabei werden zwei Monolithe gegenübergestellt und so eine innere Pluralität der Rollenbilder auf beiden Seiten negiert. Gerade in der Annahme, dass sich Migranten nicht angepasst haben, schwingt ein abwertender bzw. nicht anerkennender Ton über bspw. das Aussehen (wie in der Debatte um das Kopftuch, Verschleierung) oder über die Entscheidung von Frauen Hausfrau zu sein („vom Herd nicht wegkommen“, Unterdrückung) mit.

Für eine Wertedebatte, die der gesellschaftlichen Pluralität Rechnung tragen möchte, ist die Bereitschaft nötig, Lebensweisen zunächst anzunehmen, auch wenn sie zunächst dem eigenen Verständnis nicht entsprechen muss. Die Vorannahme, die getroffen werden sollte, ist die, dass bestimmte Formen des Aussehens oder Verhaltens aus einer freien bzw. bewussten Entscheidung heraus entstanden sind. Ansonsten wird von der Prämisse ausgegangen, dass die eigene Entscheidung frei und autonom erfolgt, Menschen anderer kultureller Sozialisation aber nicht frei und autonom, sondern aus Zwang bspw. des Mannes, der Familie, der Religion usw. entscheiden müssen. Gerade weil bestimmte religiös-kulturelle Vorstellungen den kommunalen IP immer noch fremd sind, werden aus der eigenen Perspektive und damit den eigenen Annahmen heraus Werturteile formuliert. Eine derartige Einstellung entzieht die Freiheit, eine religiöse Tradition auszuleben und verkennt, dass Situationen völlig unterschiedlich ge- und bewertet werden können. Die eigenen Beobachtungen werden dann als Grundlage dafür genommen, um Integrationswillen zu- bzw. abzusprechen. Diese idealisierte Form der eigenen Lebenswelt wird dann als Richtmaß für Normalität sowie gelungene und nicht gelungene Integration verwendet. Hier gilt es Idealvorstellungen sowie die Konstitution und Konstruktion der eigenen Ideale und die damit verbundenen Erwartungen sowie Zuschreibung von Idealen zu erkennen und zu reflektieren. Solche Zuschreibungen und impliziten idealisierten Richtmaße liegen bspw. auch Einordnungsversuchen muslimischer Gruppen als „moderat, liberal, traditionell, konservativ, radikal“ zugrunde. Solche Zuschreibungen werden dann wiederum von muslimischen Gruppen übernommen, um ihre eigene Positionierung beschreiben zu können. Des Weiteren wird die Öffnung muslimischer Gemeinden und Strukturen als Merkmal gelungener Integration verstanden und dementsprechend gefordert. Zu hinterfragen bleibt, inwieweit auf der einen Seite Diversität und sichtbares und zugängliches Engagement erwartet und gefordert wird, während auf der anderen Seite eine solche Offenheit und Diversitätssensibilität in städtischen und kommunalen Einrichtungen praktisch nicht immer umgesetzt wird.

Auch in der Bewertung von Gemeinden werden häufig die eigenen Erfahrungen genutzt, um die jeweilige Gemeinde zu markieren, diese mit der eigenen Haltung zu vergleichen und damit die Zusammenarbeit implizit zu hindern oder zu befördern. Ähnlich verhält es sich, wie sich Menschen in Vertretung für eine Einrichtung in der Öffentlichkeit verhalten. Diese sich voneinander stark unterscheidenden und widersprechenden Bewertungen führen zwangsläufig zu Misstrauen und Unverständnis gegenüber dem Anderen. Insbesondere die Vorstellungen darüber, wie sich das Verhältnis zwischen den Geschlechtern verhalten sollte, wird zum Maßstab darüber, welche integrativen Anpassungsprozesse stattfinden.

1.3. Befürchtungen und Verunsicherungen in der Bevölkerung

„Auf der einen Seite, jetzt den geflüchteten Menschen wieder helfen wollen mit Sprachkursen und Hausaufgabenhilfe, aber auf der anderen Seite eine ganz große Ablehnung.“

Diese Aussage fasst treffend die gesplante Haltung der Bevölkerung zusammen, wie der neue Migrationszuwachs gesehen und darauf reagiert wird. Es zeigt sich, dass auf allen Seiten Befürchtungen und Verunsicherungen aufzufinden sind. Während das Zusammenleben von bereits in Deutschland lebenden Migranten, speziell Muslimen mit Migrationsgeschichte insbesondere in Moscheegemeinden häufig positiv bewertet wird, sind zugleich aus denselben Reihen Stimmen wahrnehmbar, die eine Veränderung des Zusammenlebens attestieren. Beobachtet werden neue Strömungen und Aushandlungsprozesse in der theologischen Ausrichtung und religiösen Praxis. Die Ablehnung von bisherigen Migrantengruppen lässt sich an den Diskussionen in Integrationsbeiräten erkennen, wo Vorurteile gegenüber Geflüchteter verbalisiert werden:

„Und in der Stadt ist es so, dass auch nochmal deutlich wird, dass die bisherigen Migrantengruppen deutliche Vorbehalte haben. Also wenn man die Diskussionen im Integrationsbeirat miterlebt, da hört man schon teilweise recht deftige Worte. Also da hört man auch durchaus viele Vorurteile gegenüber den Flüchtlingen jetzt.“

„Dann gibt es zwischen den Migranten, also hauptsächlich EU-Bürgern oder denjenigen, die schon recht lang hier sind, und den Flüchtlingen Konfliktlinien, ganz einfach weil das Gefühl entsteht: <Die bekommen jetzt alles. Und an uns denkt keiner mehr. Uns nimmt niemand wahr.> Hat natürlich auch was damit zu tun, dass sie unter Umständen auch vorher nicht so wirklich wahrgenommen wurden. Und in diesen Bereich gehören aber auch Einheimische, die sich eher so benachteiligt fühlen. Also da merkt man schon, da sind dann so Konfliktlinien da: <Warum dürfen die einen Integrationskurs machen, kriegen den bezahlt und wir müssen es alles selber zahlen? Und wir müssen hier arbeiten gehen.> Wir haben gar nicht die Möglichkeit, tagsüber in einen Integrationskurs zu gehen. Solche Dinge. Dann auf dem Wohnungsmarkt natürlich diese Konkurrenz, die da aufgebaut wird. Und auf dem Gebiet merkt man es auch ganz, ganz stark, dass die Vermieter nicht bereit sind, an Flüchtlinge zu vermieten.“

Kommunale Mitarbeitende stehen vor zwei Herausforderungen: die Haltung und Denkmuster in der Gesellschaft wie auch die persönliche Einstellung im Kontext der aktuellen Situation von Geflüchteten und neuen Migranten mit muslimischer Religionszugehörigkeit einzuordnen und diese zu reflektieren:

„Oft haben Menschen mit einem Migrationshintergrund einen stärkeren antimuslimischen Rassismus als der größte Teil von der deutschen Mehrheitsgesellschaft.“

„Wir haben syrische Zuwanderung. Die Syrer verkaufen sich in meiner Wahrnehmung sehr modern, haben aber nochmal einen anderen Islam als den türkischen, der uns hier bekannt ist. Ganz ehrlich, also diese Art, also dieses nach außen das unglaublich selbstbewusste Auftreten, das ist unangenehm, das sehr Fordernde ist unangenehm. Sich sehr modern verkaufen, was wahnsinnig gut angekommen ist am Anfang. Aber dann, ich glaube nicht, dass die einen Deut auf diese Gesellschaft zugehen werden. Und das macht mir Angst. Aber die Diskussion findet nicht statt, also gibt es keine Konflikte.“

1.4. Unterschwellige Muslimfeindlichkeit – nicht nur eine Herausforderung im ländlichen Raum

Laut den IP bräuchte es aufklärende Bildungsangebote in Verbindung mit Begegnungen, damit Stereotype und die damit verbundenen Vorurteile nochmals auf den Prüfstand gestellt werden und Begegnungen auf Augenhöhe stattfinden können. Gerade weil in den Städten kaum bis kein Wohnraum zu finden ist, werden auch im ländlichen Raum Unterkünfte für Flüchtlinge eingerichtet. Diese Maßnahmen führen zu neuen Erfahrungen in der Begegnung bzw. Konfrontation zwischen sogenannten „Einheimischen“ und meist muslimischen Lebenswelten. Wie die Aussagen der muslimischen IP sowie der städtischen IP übereinstimmend zeigen, stellen beide Gruppen eine insbesondere im ländlichen Raum vorkommende, unterschwellige Muslimfeindlichkeit fest.

„Also was ich schon seit 2015 beobachte: Es ist eine, gerade bei uns im ländlichen Raum, eine unterschwellige Muslimfeindlichkeit vorhanden und, ja, die ist einfach da, die bricht sich jetzt nicht unbedingt Bahn dadurch, dass wir jetzt hier eine extreme rechte Szene oder so was hätten. Aber man merkt es einfach in ganz vielen Gesprächen, wenn ich draußen irgendwo in einem Dorf erkläre, was ich mache, dann so: <Ja, und haben sie da nicht Angst? Und die Frauen werden doch eh alle unterdrückt.> Also solche platten Aussagen. Da merkt man das dann einfach.“

„Und insoweit gebe ich ihm auch Recht, dass heute mit Sicherheit auch wieder dieser ganze Antisemitismus sehr stark ist. Und das ist dann auch von der muslimischen Seite verstärkt durch die Zuwanderung. Also das muss man auch anpacken. Aber auf der anderen Seite, allgemein in der ganzen Gesellschaft, der stärkste Rassismus ist im Moment entweder der antimuslimische oder gegen Schwarze. Das sind so gesellschaftliche Phänomene, die man nicht vernachlässigen kann. Und dieser Rassismus betrifft nicht nur irgendwie den Bauern auf dem Land oder den Professor von der Hochschule, sondern betrifft genauso den Zuwanderer aus Ungarn oder aus anderen Ländern.“

Fremdenhass und Stimmungsmache gegen Muslime wird von muslimischen IP auf informeller Ebene erlebt. Grundsätzlich wird dies als ein gesellschaftliches Problem eingeordnet, wogegen Kommunen als eher machtlos eingeschätzt werden. In diesem Zusammenhang wird von beiden Seiten die Rolle der Medien erwähnt: mit ihrer Präsenz und Themensetzung bilden sie gesellschaftliche Meinungen (mit), was sich wiederum auf die Lebensrealitäten der kommunalen wie muslimischen Seite auswirkt. Darüber hinaus bemerken beide Seiten, dass und wie Vorurteile gegenüber Muslimen als politische Strategie zur Wiederwahl eingesetzt werden.

„Also man merkt da nicht so viel, dass es so offene Konflikte wären. Klar ist: Es gibt Fremdenhass. Es gibt auch Stimmungsmache gegen Muslime oder gerade gegen die Flüchtlinge. Aber das läuft eher so in diesem informellen Bereich ab, was es halt auch überall gibt. [...] Viele haben diese Vorurteile. Und da entgegenzuwirken, ist sehr schwierig. Auch die Kommune kann da jetzt nicht direkt entgegenwirken. Das ist halt eine Gesellschaftsproblematik. Und die kommt meiner Meinung nach zum größten Teil von den Medien. Weil die Medien kauen schon seit Jahren das Thema immer wieder durch.“

„Das, was vorher nicht in der Presse gestanden hat, steht jetzt in der Presse. Und dadurch wird natürlich auch das Öffentlichkeitsbild von den Flüchtlingen verändert. Mir fällt das in letzter Zeit extrem auf, dass eigentlich nur noch negative Sachen drinstehen, und dass die jetzt auch von der Presse veröffentlicht werden. Dann kommt noch die politische Richtung hinzu, in die man jetzt gehen möchte. Hintergrund waren ja die Wahlen, in denen die AfD so viel Stimmen bekommen hat, und dass man da versuchen will, dass sie die Stimmen bei den nächsten Landtagswahlen bspw. in Bayern nicht mehr bekommen. Und dafür tut man halt jetzt alles, diese Wähler zurückzugewinnen. Und dafür ist ein anderer Asyl-Kurs notwendig. Andernfalls gewinnt man diese Wähler nicht zurück. Und wir merken da schon eine Veränderung in der Bevölkerung. Die Helferkreise sind rückläufig. Das hängt aber auch nicht nur damit zusammen, sondern das hängt eher mit der Frustration zusammen.“

„Meiner Meinung nach ist das Problem, dass der Wähler den Politiker, auch die Kommunalpolitiker bestimmt. Und der Kommunalpolitiker macht eine Politik, damit er gewählt oder wiedergewählt wird. Und da beißt sich quasi der Hund in den Schwanz, weil letztendlich, der versucht irgendwie eine Politik zu machen, damit er wiedergewählt wird. Und dann hat er solche Akzente wie: <Na ja, Flüchtlinge? Nein. Und wir müssen schauen und so weiter. Und Islam? Na ja, Vorsicht. Wir müssen schauen.> [...] Und das ist eine Entwicklung, die ist total falsch, ist realitätsfremd.“

Von muslimischer Seite aus werden diese Vorbehalte als Ursache gesehen, weshalb ihre Aktionen und Veranstaltungen verhindert werden. Zudem würden die kommunalen Ansprechpartnern vor Ort Gesprächen und der Lieferung stichhaltiger Argumente aus dem Weg gehen.

„Da kann es auch sein, dass, wenn man zum Beispiel vorhat, ein Gebäude zu errichten, oder ein Grundstück kauft oder ein Gebäude kauft und es umwidmen möchte zu einem Gebetsraum oder zu einer Gemeinde, dass Konflikte in dem Sinne entstehen, dass die Nachbarschaft sagt: <Nein, wollen wir nicht.> Oder dass der Stadtrat oder die Stadt sagt: <Nein, wollen wir nicht.> Dann gibt es auch von unserer Seite eine Intervention, dass man sagt: <Okay, wir fahren da mal hin. Wir sprechen mit den Beteiligten, mit den Schlüsselpersonen. <Was ist das Problem? Was gibt es da für Konflikte? Und warum gibt es die?> Und wenn man darüber spricht, miteinander sich austauscht, dann löst man meistens die Probleme. Aber manchmal ist es auch der Fall, wo die Behörden jetzt nicht das Problem benennen. Sagen halt: <Na ja, müssen wir schauen.> Oder irgendwie so um den heißen Brei reden, aber nie das Problem ansprechen. Und dann kommt man auch nicht weiter. Also das ist unser größtes Problem oder die größte Herausforderung, dass man auf einer emotionalen Ebene quasi oder auf einer politischen Ebene nicht mehr weiterkommt. Also da stößt man gegen die Wand.“

Die Vorurteile und sozusagen das Imageproblem des Islams erzeugen, so die muslimischen IP, einen gewissen Leidensdruck unter den Muslimen, der allerdings kaum wahrgenommen werde. Vor allem haben sie das Gefühl, dass sie bzw. die muslimischen Stimmen und ihre Bedürfnisse politisch nicht wahrgenommen werden. Als Lösungsvorschlag werden spezielle Trainings für Politiker vorgeschlagen, um die Bedürfnislagen besser einschätzen und einordnen zu können.

„Wir Muslime allgemein leiden natürlich sehr da drunter, dass der Islam mit dem Terrorismus immerzu im Zusammenhang, in einem Satz gesagt wird, und dass die Bevölkerung, dass die Gesellschaft, nicht nur hier in Deutschland, sondern weltweit, auf die Muslime so mit Vorbehalt, mit Vorurteilen begegnen. [...] Na ja, wir gehören dazu. Wir sind hier geboren, hier aufgewachsen. Nur haben wir halt einen anderen Glauben. Aber das heißt ja nicht, dass wir nicht dazugehören. Also wenn jemand sagt, der Islam gehört nicht zu Deutschland, dann haben wir natürlich Bauchschmerzen damit. Weil wir sind ja Muslime und wir gehören dem Islam an. Und dann fühlen wir uns halt ausgegrenzt. Und das dient halt einfach nicht der Sache. Es wäre sehr hilfreich, dass man ins Gespräch kommt, dass Politiker die Muslime, die muslimischen Einrichtungen, alle verschiedensten Einrichtungen kennen, dass sie in Kontakt sind, dass die erst also selber die Erfahrung machen. Das ist meiner Meinung nach das Wichtigste in diesem ganzen Prozess. Und da muss man ansetzen und sagen: <Hey, wir brauchen unbedingt so ein Politiker-Coaching, wo man die wirklich mitnimmt in die Einrichtungen, wo die das mal sehen, wo die mal kennenlernen müssen: Was sind die Menschen? <Was machen die? Warum machen die das so? Und was für Bedürfnisse haben die?>“

1.5. Größe, Segregation und Wirtschaftskraft prägen Kommunen

Die Interviews zeigen, dass die Größe und damit die (Un-)Überschaubarkeit von institutionellen Akteuren in Kommunen für die IP wichtig bei der Beurteilung der (eigenen) Gesamtsituation sind. Die Größe der Kommunen bestimmt dabei die Fragen: Wer sind meine städtischen Ansprechpartner? Wer sind die anderen Institutionen und wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass mein Projekt oder ich, als institutioneller Akteur in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden?

„Es funktioniert bei uns - würde ich jetzt mal ganz platt sagen. Da sind wir auch sehr froh. Ich mache es grundsätzlich an der Größe und an der Struktur unserer Stadt fest. Ich glaube, da haben wir einfach eine ideale Größe: es ist nicht so ganz anonym wie vielleicht in Großstädten und es ist auch nicht zu klein. Wir haben da quasi eine gute Größe, um entsprechend einfach ein Netzwerk aufzubauen oder aufgebaut zu haben.“

Gerade die Größe einer Stadt ist auch für den Umgang mit Vorurteilen und Bedenken seitens der Bevölkerung entscheidend. So können kleinere Gemeinden Herausforderungen schneller erkennen und proaktiv gegensteuern. Auch wenn die Handlungen oft einen symbolischen Charakter haben, werden die beteiligten Personen mitgenommen und eine gewollte Begegnung zwischen Menschen unterschiedlicher Sozialisation geschaffen.

„Da kennt man sich bei uns zu sehr. Das hat dann wiederum den Vorteil, dass wenn du in einer kleinen Gemeinde lebst, es nicht anonym abläuft - oder man schafft es selten, es anonym ablaufen zu lassen.“

„Unser örtlicher Fußballverein oder der Sportverein ist auch da sehr offen auf die Unterkünfte damals zugegangen. Es ist offensiv nachgefragt worden, ob die Kinder oder die Erwachsenen nicht irgendwo Sport machen wollen? Einige Familienväter haben dann das Fußballspielen angefangen. Dann haben wir versucht, die Ausstattung, also die Fußballschuhe, Dress und das Ganze, soweit zu organisieren, zu kaufen und zur Verfügung zu stellen. Und genauso war es bei den Kindern. Diese Vereinsarbeit ist schon was, was da auch sehr, sehr wichtig ist. Und da ist der Sport eigentlich auch ganz weit vorn.“

Im urbanen Raum existiert eine Konzentration von Bürgern muslimischen Glaubens in bestimmten Stadtteilen. Dies liegt daran, dass die Erstmigration zunächst auf das Ankommen ausgerichtet war. Der wirtschaftliche Aufstieg bedeutete allerdings nicht notwendigerweise einen sozialen Aufstieg, sodass sich die Wohnsituation und damit das Stadtbild weiterhin an der Erstmigration orientiert. Ähnliches ist auch bei anderen Migrantengruppen in den befragten bayerischen Städten festzustellen, die ebenfalls überwiegend in einem bestimmten Stadtteil wohnen. Ein weiterer Faktor, der diese Situation zusätzlich verstärkt, ist der Mangel an geeignetem Wohnraum bzw. Baugrundstücken in den meisten Städten. Dieser Umstand wird besonders im Zusammenhang mit Bauvorhaben von Moscheen zum Thema, wenn nach geeignetem kommunalen oder privatem Bau- oder Pachtgrund gesucht wird.

Ein weiterer Punkt ist, dass eine gewisse örtliche Segregation aus zumeist ökonomischen Faktoren stattfindet. Gerade dieser hier als „Kristallisationspunkt“ genannter Faktor ist unmittelbar dafür entscheidend, ob Konflikte bestehen und wie intensiv sich diese gestalten.

„Das Bahnhofsviertel ist bei uns natürlich so ein Kristallisationspunkt der Zuwanderung, generell natürlich auch muslimischer Schwerpunkt in der Stadt selbst, wie in vielen anderen Städten natürlich auch.“

„Es gab auch jetzt so ein paar Entwicklungen, es gibt Stadtviertel, wo vorwiegend Migranten wohnen. Das ist keine gute Entwicklung. Die Flüchtlingsunterkünfte wurden auch dann dort wieder gebaut. Wo das einfach nochmal zusätzlich so ein bisschen verschärft wird, was jetzt nicht unbedingt positiv ist.“

„Wohnumfeld und Sozialraum, da muss man einfach immer ein bisschen gucken, inwiefern es möglich ist, auch als Stadt oder als unsere Stelle, Gettoisierungen zu vermeiden. Das ist natürlich ein großes Thema, das man sagt, okay, da mit den ganzen negativen Begleiterscheinungen, dass man die ein Stück weit fernhält, soweit es möglich ist.“

Ökonomisch weniger gut ausgestattete Menschen, ob Migrant, mit oder ohne Migrationsgeschichte kommen meist in denselben Stadtteilen zusammen. Es stellt sich die Frage, ob und inwiefern Prinzipien einer „Hierarchie-des-Hier-Seins“ und eine zunehmende Konkurrenzsituation Einfluss auf die Stimmung in den jeweiligen Stadtteilen haben. Umgekehrt gibt es auch Formen, so ein IP, von „Elite-Migration“. Damit sind Migrationsbewegungen von hochausgebildeten Fachkräften gemeint, die wiederum auch in bestimmte Stadtteile bzw. Städte ziehen. Aufgrund ihrer Qualifikation werden sie im Zusammenhang mit Integration nicht wahrgenommen. Bestimmte Kommunen setzen, insbesondere seit der Fluchtbewegung von 2015, auf Bürgerdialoge, Bürgerversammlungen bzw. auf ein Bürgertelefon. Bürger werden einbezogen in die Strategien der jeweiligen Stadt, um eine gewisse Transparenz zu vermitteln und Verständnis für die Anfragen der Bürger aufzuzeigen.

„Wir hatten eine ganz lange Zeit hier auch gerade in der Hochphase der verstärkten Zuwanderung auch ein Bürgertelefon geschaltet, was hier aufgelaufen ist dann, da wurden auch schon, jetzt sage ich mal Ängste und Sorgen kommuniziert für diesen Themenbereich.“

„In der Bürgerversammlung haben wir die Bürger informiert. Wir haben uns kritischen Fragen gestellt. Und haben die informiert. Und das hat auch dazu geführt, dass das so gut angenommen wurde. Weil wir uns da hingestellt haben und gesagt haben: <So und so sieht es aus. Wir müssen. Wir können nicht anders>, und so weiter. Also das war wirklich sehr, sehr gut mit diesen Bürgerveranstaltungen. Und wir hatten dann auch sehr, sehr große Helferkreise.“

Die IP in den Kommunen betonen, dass die wirtschaftliche Stärke ein wichtiger Faktor von gutem Zusammenleben sei. Der Faktor Solidarität wird dabei kaum bis gar nicht erwähnt, der allerdings besonders dann zum Tragen kommen kann, wenn sich die wirtschaftliche Stärke einer Region verändert oder nicht mehr gegeben ist. Gleichzeitig zeigt sich in manchen Städten, dass die real existierende wirtschaftliche Stärke sich nicht präventiv darauf auswirkt, wenn es darum geht, dass Konflikte aus Herkunftsländern in den städtischen Kontext eingebracht werden.

In Anbetracht der unterschiedlichen kommunalen Größen, die bei der Auswahl der IP berücksichtigt wurden, ist festzustellen, dass insbesondere Kirchen und kirchliche Wohlfahrtsverbände eine wichtige Rolle bei der Vernetzung, Logistik und Organisation einnehmen. Darüber hinaus haben sie ihr Angebot der Fachexpertise im Bereich Asyl auf Themen der Migration ausgeweitet und entsprechend besetzt. Genauso hat die Bedeutung des bürgerlichen Ehrenamts (auch so genanntem „fachfremden Ehrenamt“ wie Einrichtungen für Umweltschutz) und der Nutzung, Anpassung und Ausweitung der dort bestehenden Strukturen und Netzwerke auf die Thematik Flüchtlingshilfe sowie Asyl- und Migrationsarbeit zugenommen. Aus Sicht der kommunalen IP hätte diese Arbeit, wenn sie von Seiten der Verwaltung organisiert worden wäre, nicht so gut funktioniert:

„Ganz klare Auskunft: Wenn ich das von der Verwaltung her machen müsste, würde es nicht funktionieren. Sondern da ist für mich unerlässlich, dass sich die Ehrenamtlichen vor Ort tatsächlich engagieren. Es ist ja ganz häufig, dass Fragen auftauchen, die sicherlich nicht zu Bürozeiten zu klären sind. Denn die Arbeit passiert ja im Lauf des Samstags oder Sonntages.“

2. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, muslimischen Einrichtungen sowie die gegenseitige Wahrnehmung

Die kommunalen IP versuchen die lokalen muslimischen Gemeinden mit bestimmten und ihnen vertrauten Begriffen zu bewerten. Entlang dieser Einordnungsschemata gestaltet sich die Einstellung zu ihren jeweiligen Gesprächspartnern und erhöht oder vermindert die Qualität der Zusammenarbeit. Dabei ist festzustellen, dass der Kontakt zu einzelnen aktiven Personen, persönliche negative oder positive Erfahrungen in retrospektiven Einordnungen, Einschätzungen oder als Kausalketten in die Bewertung miteinfließen. Insgesamt lassen sich gleichermaßen verschließende und öffnende Bewertungen finden. Dieser durchaus pragmatische Ansatz hat Vorteile in der lokalen Beziehungspflege, jedoch Nachteile darin, dass Förderungen vom Land oder Bund für bestimmte Projekte unter Umständen nicht bewilligt werden. Insgesamt handhaben die Kommunen ihren Pragmatismus sehr unterschiedlich und orientieren sich an eigenen Leitlinien.

Auffallend ist, dass Bürger muslimischer Zugehörigkeit in der Ansprache eine „Muslimisierung“ und die vermeintlich sie betreffenden Themen eine „Islamisierung“ erfahren. In den meisten Städten wird damit gerungen, vereinsübergreifende (innermuslimische) Themen zu finden, um damit gemeinsame für die Stadtgesellschaft zu etablieren. Diese eingesetzten Strukturen sind Muslimforen, Muslimräte und Islamforen. Einerseits sollen dadurch die Bedürfnisse von Bürgern muslimischer Zugehörigkeit vertreten werden, andererseits bezwecken Stadtverwaltungen damit eine Vereinfachung von Abstimmungsprozessen, die zwar für ihre Arbeitsabläufe ressourcenschonend sind, die jedoch Gefahr laufen, die Pluralität muslimischer Lebenswelten auszublenden. Das mögliche Potenzial einer Vielfalt anerkennenden, demokratischen Entscheidungs- und Handlungseinheit wird somit nicht genutzt. Ein weiterer Grund hierfür könnte dabei sein, dass für diese Prozesse die notwendigen Moderations- und Koordinierungsressourcen fehlen. Trotz intensiver Gespräche und der Identifikation mit der Stadt werden muslimische Akteure oft nicht als außerhalb der islamischen Themen agierende Bürger wahrgenommen. Ebenfalls werden die „muslimisierten“ Bürger nicht als potenzielle Ehrenamtliche der kommunalen Zivilgesellschaft erkannt.

2.1. Muslime werden in die Verantwortung genommen – nur nicht immer sichtbar

Aus Sicht der muslimischen IP haben die jüngsten Fluchtzuwanderungen die Diskurse zum Themenfeld „Islam und Muslime“ weiter verschärft. Die muslimischen IP sagen, dass ihnen bewusst sei, dass gesellschaftlich eine gewisse Gleichsetzung von geflüchteten Menschen und Muslimen vorgenommen werde. Gerade diese Situation ist mitunter ein Beweggrund für sie, dass sie die Rolle der differenzierenden Brückenfunktion zwischen geflüchteten Menschen und der Mehrheitsgesellschaft einnehmen möchten. Dieses Engagement wird theologisch begründet, damit die Tragkraft in den Gemeinden größer ist. Ihre differenzierende Brückenfunktion nehmen sie indes so wahr, dass Begegnungen mit jenen initiiert werden, die sie zuvor als interreligiöse Freunde gewinnen konnten.

„Und daher, um die Spannungen zu reduzieren, haben wir was ganz Konkretes initiiert, nämlich, dass wir jeden Samstag in einem Ort zusammenkommen: an einem Samstag in der Evangelischen, an einem anderen Samstag in der Katholischen Kirche, am nächsten Samstag in der Moschee und dann an folgenden Samstag in einem neutralen Ort. Wir machen das deshalb, damit die Flüchtlinge und diejenigen, die sich um Flüchtlinge kümmern und auch gegenüber den Flüchtlingen offen sind - dass wir zusammenkommen und uns über mögliche Schwierigkeiten und Herausforderungen unterhalten.“

Auch sensible Themen der „neuen Heimat“ werden bzw. sollen von den muslimischen Gemeinschaften angenommen werden, um sie in ihrer neuen Brückenfunktion zu thematisieren.

„Das Thema Antisemitismus ist auch in den letzten Monaten ein spürbares Thema. Wir haben natürlich das Thema mit Antisemitismus immer ernstgenommen, vor allem jetzt innerhalb der Flüchtlinge ist das Thema. Da wäre unsere Aufgabe, die jetzt schon in Deutschland seit vielen Jahren leben, einfach unsere Flüchtlinge sensibel zu machen, was Antisemitismus bedeutet und Judenhass. Und die Geschichte Deutschlands. Das wäre dann die Aufgabe für Muslime.“

Dafür sollen wiederum junge Menschen gewonnen werden, die als Personen mit kulturellen und sprachlichen Zusatzqualifikationen wahrgenommen werden. Durch ihre Sozialisation in der deutschen Gesellschaft und durch das Kennen der religiös-kulturellen Gesellschaftsräume der Eltern bzw. Großeltern, wären sie in der Lage, die geforderte Brückenposition in Zukunft einzunehmen.

„Und deswegen brauchen wir in den Moscheegemeinden zuständige Menschen, die zwischen Migranten, weil das ist jetzt allerwichtigstes Thema, diejenigen, die in Deutschland geboren sind oder hier aufgewachsen sind, das ist kein Thema mehr, sondern die Flüchtlinge. Um diese Brücke zu schlagen, brauchen wir auch kompetente Menschen in der Moschee, die da zuständig sind, diese Brücke aufzubauen.“

Auch die kommunalen IP beobachten, dass manche muslimische Gemeinden sich der Aufgabe angenommen haben, ohne wirklich alle Beweggründe nachvollziehen zu können, geflüchteten Menschen zur Seite zu stehen. Migranten, oft auch Muslime, sind im Ehrenamt durch die Wohlfahrtsverbände eingebunden. Dort werden sie auch geschätzt, jedoch wird dieses Engagement kaum in der Stadtverwaltung und in der Öffentlichkeit bzw. auch in den Moscheen gesehen. Ein Grund, weshalb eher Einzelpersonen als eine Vielzahl von Muslimen im Ehrenamt für die Wohlfahrtsverbände tätig sind, besteht darin, dass kaum bis keine Kontakte zwischen den Wohlfahrtsverbänden und den muslimischen Moscheegemeinden bestehen. Aus Sicht der Wohlfahrtsverbände, so die eigenen Einschätzungen, sollte an diesem Defizit gearbeitet werden:

„Also das sind unsere Dolmetscher, die nicht wirklich Dolmetscher sind, sondern einfach schon ein bisschen besser Deutsch können. Und die haben eine ganz wichtige Rolle und werden über die Ehrenamtsakademie von professionellen Dolmetschern begleitet. [...] Aber es sind keine Behördenbegleiter. Sie sind hauptsächlich Arabisch-

sprechende, Farsi, Dari, Persisch, Tigrinya, weil wir viele Äthiopier im Landkreis haben. Die gehen auch tatsächlich mit zu Behörden und begleiten. [...] Und wir haben kein Geld für diese Sprachmittler, außer man hat mal ein Projekt, [...] da konnten wir eine Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche bezahlen. Aber ansonsten machen sie das aus gutem Willen und da ist auch so eine Erwartungshaltung in der Community. [...] Ich war die letzten zwei Jahre im Wesentlichen damit beschäftigt, Menschen einzustellen, die Struktur wieder anzupassen, dem Ganzen eine Richtung zu geben. Deswegen merken wir jetzt einfach, tatsächlich ein bisschen schmerzlich, dass die Kontakte in die Community gar nicht da waren. [...] Es ist einfach wirklich eine sehr unglückliche Struktur, dass diese Trennung zwischen Asyl und Migration über so lange Jahre so stur war und eigentlich erst jetzt zum 01.01. 2018 aufgehoben wird. Und dass, ja, dass es von daher für uns eigentlich nicht die Aufgabe und auch nicht die Möglichkeiten gab, da wirklich die Struktur oder ein Netzwerk aufzubauen. Das kommt jetzt alles. Da sind wir jetzt plötzlich mit konfrontiert.“

2.2. Wunsch nach konstanter Kommunikation über die Projektarbeit hinaus

Muslimische Gemeinden sind den Kommunen bekannt und es findet rudimentärer Austausch statt. Da jedoch keine konstante Kommunikation aufrechterhalten werden kann, findet meistens keine richtige Zusammenarbeit statt. Mehrere IP waren der Meinung, dass sie bspw. über Entwicklungen und Pläne, wie den Bau einer Moschee, gerne Bescheid wüssten, um präventiv agieren und Konflikte vermeiden zu können. In projektbezogener Zusammenarbeit gab es schon sehr positive Erfahrungen im Austausch. Die kommunalen IP wünschen sich jedoch eine gewisse Konstante in der Kommunikation. Des Öfteren wurde geäußert, dass feste Ansprechpartner aus den Moscheen nötig sind, die auch Entscheidungsbefugnisse haben und auch in die Städte selbst die Entwicklungen in ihren Gemeinden kommunizieren können.

„Was manchmal insgesamt in dem Bereich so ein bisschen fehlt oder was man sich vielleicht mehr wünscht, ist so ein bisschen mehr die Kommunikation, also das Senden von Botschaften. Manches erfährt man über drei Ecken, wenn sich bspw. wieder die Frauenbeauftragte aus der DITIB verändert hat. Das kriege ich nicht direkt von der DITIB mit, sondern über drei Umwege. [...] Ja, oder man will sich vergrößern oder hat jetzt ein neues Objekt im Auge und hat Vorgespräche geführt mit Notaren, und dann kriegt man das erst mit. Dann ist es manchmal auch schon zu spät, wenn es darum geht, okay, können wir das als Stadt, wie beurteilen wir das, etc.? [...] Also da könnte noch ein bisschen mehr Zuarbeit kommen, sage ich mal, durch die Bank durch.“

„Wir haben unser städtisches Friedhofskonzept überarbeitet und wollten die Muslime mehr berücksichtigen wollen mit eigenen Abteilungen und so weiter und so fort. Und da war es möglich, dass die Moscheen einen Vertreter bestimmt haben. Alle Moscheen haben einen Vertreter bestimmt, und der war dann der Ansprechpartner der entsprechenden Fachstelle hier im Haus und hat da mitgewirkt. Also da hat es mal funktioniert, es war gut. Wie gesagt, ob es immer und überall so funktioniert, weiß ich nicht.“

2.3. Der Imam als Schlüsselperson und Mediator im Konfliktfall

Von muslimischer Seite wird der Position des Imams eine besondere Rolle zugesprochen. Er könne die Potenziale seiner eigenen Gemeinde entdecken und sie mit weiteren Menschen vernetzen. Bedingung dafür ist jedoch, dass er eine gewisse Offenheit mitbringen müsse.

„Also der Imam als Schlüsselperson in der Gemeinde, wie er seine Gemeinde steuert, hängt von ihm ab. Er ist entweder ein offener Mensch, aber vielleicht selber nicht in der Lage. Aber von der Grundidee, vom Prinzip ist er offen und kann dann in seiner Gemeinde einfach dieses Potenzial entdecken, dass es Jugendliche oder Menschen in der Gemeinde gibt, die diese Arbeit erwünschen.“

Zugleich liegt es in der theologischen Ausrichtung des Imams, ohne an gemeindedienlicher Authentizität einzubüßen, inwiefern Vorstellungen und Lebensweisen der Gesellschaft als religiös konform und gewollt wahrgenommen werden. Darüber hinaus kann ein Imam in Konfliktsituationen für Kommunen als Mediator und Brückenbauer wirken, gerade wenn die Konflikte mit theologischen Argumentationen begründet werden. Er wird mit seiner Expertise herangezogen und kann im Idealfall den Konflikt durch seine authentisch wahrgenommene Expertise auflösen. Dass Imame deutsch sprechen, um einen direkten Kontakt für konkrete Fälle aufbauen zu können, ist aus Sicht einer kommunalen IP wichtig:

„Also wir hatten zum Beispiel Gespräche beim staatlichen Schulamt, wo es um diese ewige Schullandheim-Schwimmen-Frage ging, was ja immer ganz häufig mit als erstes thematisiert wird. Und dann haben wir den Imam mitgenommen der arabischen Moschee. Und der hat dem Schulamt dann erklärt, wie das ist, und dass das alles geht und so weiter und so fort. Also das sind sehr zuverlässige und auch sehr kompetente Gesprächspartner.“

2.4. Strukturen als Grundlage für die Zusammenarbeit

Eine kommunale IP deutet darauf, dass das Engagement häufig von Einzelpersonen abhängt. Sie vermutet, dass Strukturen, auch durch Förderungen aufgebaut werden müssten, um in Form von hauptamtlichen Stellen eine konstante Arbeitsweise zu gewährleisten.

„Manchmal habe ich so das Gefühl, dass da noch Strukturaufbau notwendig wäre, in den Organisationen. Vielleicht sind sie auch lange Zeit, ich glaube in den Kirchen und so weiter, da ist das ja immer auch gewachsen traditionell über die letzten Jahrhunderte, hätte ich fast gesagt, oder zumindest die letzten Jahrzehnte. Das ist vielleicht so bei diesen ganzen Migrantorganisationen, insbesondere vielleicht muslimischen Migrantorganisationen, auch Moscheevereinen, weniger der Fall irgendwie so. Also insgesamt Hauptamtlichkeit zum Beispiel. Es gibt keine Hauptamtlichkeit in einer Moschee-Gemeinde nach meinem Kenntnisstand. Also muss man einfach drauf bauen, dass Ehrenamtliche entsprechend dann auch mit ihrer zur Verfügung stehenden Zeit, die ja nicht immer da ist, weil wie wir das ja alle kennen, hauptberuflich tätig und so weiter. [...] Die Frage ist, und da fehlt es dann vielleicht wieder an der Struktur: Wie gelingt es, wenn da mal Interessierte sind, das weiterzugeben? Sich zu vergrößern vielleicht so ein bisschen auch, sich zu vernetzen, um das dann entsprechend auch weiterzugeben, dass es nicht immer so dieses Auf und Ab ist, sondern dass man es vielleicht als Organisation schafft, noch besser aufgestellt zu sein.“

„Und, ja, auf den Webseiten der Moscheegemeinden steht, es gibt eine Zusammenarbeit. Ich sehe die Zusammenarbeit eher als ein bisschen einseitig. Möchte mir kein Urteil darüber bilden, an wem es liegt.“

Zeitweise benötigt eine Stadt projektbezogenes Engagement, oft hat sie aber nicht die Netzwerke dafür, auch die muslimischen Vereine um Personen zu bitten, die für einen Tag bspw. ein Festzelt mitaufbauen. Hier bräuchte es die Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und den direkten und auch informellen Weg und Austausch zu stärken.

Andere Kommunen wiederum, die bereits Erfahrungen mit Migration hatten, konnten andere Formate etablieren, die teilhabeorientiert sind. Es gibt Städte, die bemüht sind, neue Formate auszuprobieren, in denen bspw. verschiedene organisierte Muslime die Möglichkeit erhalten, gemeinsame Handlungen zu initiieren und Aktivitäten durchzuführen. Alle Arbeitsschritte der Stadt und der muslimischen Partner orientieren sich dabei an Leitbildprozessen, die partizipativ erarbeitet wurden und in den sogenannten Ausländer- bzw. Integrations- oder Migrationsbeiräten eingebunden werden.

„Also wie gesagt, wir haben ein Leitbild Integration. Das haben wir vor über zehn Jahren in einem partizipativen Prozess entwickelt. Das heißt, wir haben über achtzig Akteure der Stadtgesellschaft dazu eingeladen, also von Migrantenselbstorganisationen, über Religionsvertreter, bis hin zur Polizei, Wohnungsbaugesellschaft, Universität, natürlich die städtischen Vertreterinnen und Vertreter, interessierte Bürgerinnen und Bürger. So dass da insgesamt achtzig verschiedene Akteure daran gearbeitet haben, dieses Leitbild partizipativ zu entwickeln.“

Diese Beiräte haben die Möglichkeit, die „blinden Flecken“, die den Kommunen sonst entgehen, aufzuzeigen und gemeinsam über Lösungswege nachzudenken. Das ganze Vorhaben wird, zumindest in manchen der befragten Kommunen, dann erfolgreich, wenn den Beiräten durch die (Ober-)Bürgermeister Kompetenzen zugesprochen und die Anträge der Beiräte auch wahrgenommen werden. Sobald das Thema auf die Agenda als Priorität beim (Ober-)Bürgermeister gesetzt wird, können mehrdimensionale Wege gegangen werden.

„Ich glaube, das Ganze wäre nicht so gut gelaufen, wenn wir nicht glücklicherweise immer Oberbürgermeister gehabt hätten, die gesagt haben: Diese Aufgaben, die sollen bei mir im Amt bearbeitet werden und nicht sozusagen ganz verstreut in Fachämtern.“

2.5. Zivilgesellschaftliches Engagement oder Abschottung? Hindernisse der Teilhabe Bürger muslimischer Lebenswelten

Die Gründung muslimischer Selbstorganisationen und das zivilgesellschaftliche Engagement werden von einem kommunalen IP als Abschottung wahrgenommen. Dabei bieten die muslimischen Selbstorganisationen erste Anlaufstelle für Neueingewanderte. Die muslimischen Selbstorganisationen können auch in Zeiten fremdenfeindlicher Haltungen in der Mitte der Gesellschaft als ein Schutzraum vor Stigmatisierungen der übrigen Gesellschaft betrachtet werden, der ermöglicht psychische Ressourcen aufzubauen. In gleicher Weise sind sie Ausdruck zivilgesellschaftlicher Tätigkeit, werden aber von IP als Entstehung von Parallelgesellschaften gedeutet. Gerade deswegen werden sie nicht genügend in wichtige Entscheidungsgremien der Städte und Kommunen einbezogen, um bspw. die Bedarfslage der jeweiligen Einwohner zu erfahren. Das führt wiederum dazu, dass das Engagement und die Sichtbarkeit des Engagements von Bürgern mit Migrationsgeschichte als zu gering bewertet werden. Obwohl die IP dazu neigen, muslimische Selbstorganisationen als parallele Strukturen zu verstehen, die Integration hemmen würden, deutet ein IP ihre Anwesenheit als Autonomiebestrebungen.

„Vielleicht kennt man sich oder so. Also mein Eindruck ist, dass es viele von diesen ethnischen Organisationen, also viele Migranten, Migrantenorganisationen gibt, die sich organisieren und einfach so ihr, wie sagt man, Freizeitleben oder ihre Beteiligung an Vereinen und so, aufgrund ihrer Herkunft ein bisschen organisieren. Aber das sehe ich jetzt nicht als was Kritisches oder Negatives. Ich finde, das ist auch in Ordnung. Weil die Leute müssen sich das aussuchen, was ihnen gefällt und was ihnen Spaß macht.“

Weiterhin existieren Hindernisse der Teilhabe an anderen Vereinen und der Beteiligung an nicht-herkunftsorientierten Strukturen. Insbesondere für die erste und zweite Generation der Migranten ist die Sprache und die damit verbundenen Annahmen ein kaum überwundenes Hindernis. Die sprachlichen, für viele nicht überwindbaren Anforderungen sind dabei im Beruf, in Freizeit und im Alltag zu finden. Gerade weil viele Menschen die Sprache nicht gut genug beherrschen, werden sie, so aus der Wahrnehmung eines IP schlechter behandelt.

„Für viele ist die Arbeitssuche sehr schwierig. Insgesamt läuft es gut, aber gerade für Migranten, wenn sie nicht so gut Deutsch sprechen, wenn sie nicht so qualifiziert sind, wenn sie ein bisschen älter sind, ist es sehr schwierig. Und natürlich dann empfinden sie die Stadt als sehr ablehnend. Und das andere ist diese institutionelle Seite. Also dass, wenn diese Leute zu den Ämtern gehen, zu Behörden, dann: die fühlen sich nicht

nur schlecht behandelt, die werden auch schlecht behandelt. [...] Es ist nicht nur das Problem, dass sie vielleicht bestimmte Leistungen oder Sachen nicht bekommen, sondern auch, wie sie behandelt werden. Das hat fast genau das gleiche Gewicht dann in dieser, wie sagt man, Betroffenheit von den Leuten.“

Diejenigen der ersten und zweiten Generation meinen, dass gewisse Vorbehalte ihnen gegenüber existieren könnten. Diese Annahmen produzieren weitere Annahmen über das „deutsche Gegenüber“ und blockieren ein mögliches Engagement für die Gesellschaft.

„Der zweite Faktor ist, es gibt gewisse Vorbehalte oder Angst: <Werden die anderen mich akzeptieren, wenn ich dort hingehere und ich bin der eine oder nur zwei von 20, 30 Leuten>. Was macht ein Mensch, der fremd ist, wird gut angenommen oder nicht?“

In der Wahrnehmung der muslimischen Akteure wäre ein aktives Zugehen der lokalen Einrichtungen eine geeignete Möglichkeit, diesen schwelenden Annahmen entgegenzutreten und auch Muslime als Mitglieder zu gewinnen.

„Ja, das ist auch ein Wunsch, dass die selber also zu solchen Gedanken kommen und auch dieses Angebot machen, da habe ich bis jetzt keine Erfahrung, dass die zu uns gekommen sind [...]. Aber ein Angebot vom Roten Kreuz oder wie auch immer, dass mal hier ihre Arbeit vorstellen oder hier eine Übung machen will, das war nicht der Fall bis jetzt.“

Darüber hinaus lassen sich lokal Ausschlussmechanismen bestimmter kommunaler Prozesse feststellen, die bei muslimischen Bürgern Irritationen erzeugen.

„Nun, als die Kundgebung stattgefunden hat, waren die Muslime nicht erwünscht, wurden die Muslime nicht erwähnt. Und da ist sofort diese bei Muslimen angekommen, ja: Obwohl wir das mitmachen, und dann wurden alle Initiativen und alle Unterzeichner erwähnt und wir bewusst nicht erwähnt. Und da erwarte ich von der Politik, von der Stadtverwaltung, die Stimme zu erhöhen und einfach zu sagen: <Das geht nicht.> Die Verantwortlichen in Religionsgemeinschaften, die Würdenträger und die politische Spitze trägt eine große Verantwortung, welche Botschaften in der Gesellschaft hinschickt.“

Für die kommunale Seite dagegen erschließt sich die Sachlage nicht immer. Oft können sie nur spekulieren, woran es liegen könnte, dass Bürger muslimischer Religionszugehörigkeit in den lokalen Vereinen fehlen. Dabei zeichnen sich zwei Umgangsformen ab: die sogenannte „Komm-Struktur“, die davon ausgeht, dass Interessierte selbst zu den Vereinen gehen würden, oder eine Tendenz zur Reflexion über die mögliche Geschlossenheitswirkung der eigenen Vereine.

Ein kommunaler IP nimmt beide Seiten in Augenschein. Er hinterfragt auch kritisch die lokalen Vereine und vermutet, dass sich die Vereine selbst abschotten und so andere Menschen abschrecken.

„Das ist das, was mir auffällt und was mich ein bisschen stört, obwohl ich es immer wieder nachfrage. Wenig. Sie [die Muslime] bleiben schon als Gruppe. Sie machen vieles mit, so wie bei unserem Bürgerfest, man hilft sich. [...] Aber wo ich sie zum Beispiel vermisste, aber auch andere Bevölkerungsgruppen, muss nicht jetzt an ihnen liegen, das kann auch an den deutschen Mitgliedern des Vereins liegen: warum treffe ich so wenig Leute, das kreide ich meinen deutschen Bürgern genauso an, warum treffe ich keinen bei der Feuerwehr? Warum treffe ich keinen bei der Wasserwacht? Wo ich glaube, wo die Akzeptanz bei der Bevölkerung, wenn einer bei der Feuerwehr ist, bei der Wasserwacht, beim Roten Kreuz hilft, dann hat er wirkliches Ansehen. Kann aber auch sein, dass die Vereine selber zu geschlossen sind. [...] Gerade weil die Stadt dieses Problem erkannt hat, hat sie im Kleinen damit angefangen, dagegen zusteuern und zum bürgerlichen Engagement einzuladen.“

Des Weiteren ist festzustellen, dass muslimische Bürger in den lokalen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und auch in der Stadtverwaltung unterrepräsentiert sind. Die Arbeit der muslimischen Akteure (bspw. Imame) besitzt eher einen repräsentativen (Einweihung eines Autohauses), demonstrativen (Moscheebesuche) oder performativen (Veranstaltungen zum Iftar) Charakter. Zugleich sind die muslimischen IP aufgrund ihrer ehrenamtlichen Organisationsweise oft nicht in der Lage, den Anfragen aus der Öffentlichkeit und sich selbst gerecht zu werden. Darüber hinaus existieren nur wenige sichtbare „muslimische“ Strukturen. Hauptgrund ist, dass diese oft durch eigenes finanzielles Engagement aufgebaut worden sind, und nicht durch zusätzliche öffentliche Fördermittel. Für die Zukunft gilt es zu fragen, inwiefern es möglich sein wird, muslimische Bürger zu stärken, kommunale Förderungen abzurufen und damit eine Planungssicherheit zu haben.

Die Nicht-Teilhabe von Bürgern muslimischer Identität wird von Seiten der kommunalen IP oft als Desinteresse, Abschottung oder auch Aufbau einer Parallelgesellschaft gedeutet. Gleichzeitig werden durch die städtische Verwaltung nur jene Bedürfnisse ihrer Bürger angegangen, die auf einem offiziellen Weg verbalisiert werden. Diese sogenannte „Komm-Struktur“ geht davon aus, dass ihre Bürger bereits wissen, wer ihre jeweiligen kommunalen Ansprechpartner bei bestimmten Anliegen und Themen sind. Die Etablierung einer muslimischen lokal handelnden Zivilgesellschaft benötigt jedoch eine aktive Hinwendung der Kommune als „Servicestellen“ für ihre lebensweltlich plurale Bürgerschaft.

2.6. Kaum politische Beteiligung – oder doch?

Bürger muslimischen Glaubens werden seitens der Kommunen kaum als politisch aktiv wahrgenommen. Die Interviews zeigen, dass die IP zwischen einzelnen Migrantengruppen unterscheiden, die aufgrund ihrer Geschichte keinen oder einen besonderen Bedarf an einem politischen Amt sehen.

„Es gibt generell ganz wenige Politiker mit Migrationshintergrund. Also ganz vereinzelt. Es gibt alevitische Menschen, die haben schon in ihrem Heimatland bestimmte Unterdrückung erfahren und haben so politische Ambitionen mitgebracht und sagen: Ich möchte meine Rechte, meinen Standpunkt verteidigen und auch zu Wort bringen. Und dann gibt es halt 90 Prozent der türkischstämmigen oder muslimischen Menschen, die haben keinen Bedarf. Die haben so einen Ansatz gar nicht.“

„Es interessiert sie nicht. Das haben Sie aber auch bei katholischen Zuwanderern. Die haben sich eingerichtet in ihrem Leben. Sie haben auf der Mesoebene der Community, also die Gemeinde, ihrer Herkunftsnationalität, das reicht denen völlig aus. Das gibt es bei den anderen Nationalitäten und Religionen auch.“

Neben dem persönlichen Anliegen und aktuellen Prioritäten, die auch mit der Verfügbarkeit von Ressourcen zusammenhängen, ist die Mitgliedschaft in einer Partei und das Mittragen der Parteientscheidungen eine wesentliche Hürde. Denn um politisch teilzuhaben und engagiert zu sein, benötigt es auch eine Öffnung der Parteien. Wenn dies nicht geschieht, kann kein Bürger muslimischen Glaubens gewählt werden. Zudem bedarf es zugleich der Würdigung des Engagements, indem bspw. die Personen einen Listenplatz erhalten, mit denen eine Wahrscheinlichkeit besteht, dass sie in den Gemeinde-, Stadtrat oder Kreistag gewählt werden.

„Liegt vielleicht ja auch daran, dass man als Partei entsprechend sich öffnen müsste und die Kandidaten entsprechend auf die Liste lassen müsste, auf Positionen, die dann auch Erfolgsaussichten haben. Also ich glaube, da gibt es noch einen Schließungsmechanismus aus der Politik.“

„Letztendlich musst du ja einer Partei beitreten. Man muss sich mit den Werten der Partei identifizieren. Wenn ich mich mit den Werten nicht identifizieren kann, dann kann ich der Partei nicht beitreten und dann kann ich auch nicht gewählt werden. Es ist nur Spekulation, aber es ist das zweite Heimatland, es ist nicht das erste Heimatland. Und vielleicht will man sich im zweiten Heimatland nicht unbedingt politisch engagieren.“

Und da ist die Frage, ob man sich schon so zu Hause fühlt, dass man sich politisch engagieren möchte.“

Als eine weitere Hürde wurde aufgeführt, dass insbesondere im ländlichen Raum Gemeinde- und Stadträte oft solchen Familien entstammen, bei denen politische Auseinandersetzung und Beteiligung zum Alltag gehören. Für ein politisches Amt benötigt es jedoch Brückenpersonen, die sich als solche wahrnehmen und auch von der Mehrheitsgesellschaft als solche wahrgenommen werden. So wird die Frage, ob jemand muslimischen Glaubens im Stadtrat sitzt, so beantwortet:

„Es gibt eine Türkin. Das sind unsere Quotenmigranten im Stadtrat. Das muss man ganz ehrlich so sagen“.

Zumeist sind es arrivierte Einzelpersonen, die aufgrund ihres Bildungsstands oder ihrer ökonomischen Stärke Interesse daran haben, sich in Beiräten, Gremien, Arbeitsgruppen oder in Gemeinde-, Stadträten bzw. Kreistagen zu engagieren. Festsustellen ist eine Veränderung der Ausrichtung. Während muslimische Gemeindevertreter in der Vergangenheit auf repräsentative Termine konzentriert waren, wenden sie sich heute verstärkt politischen Themen zu.

2.7. Muslimisches Leben im Kontext von Politik und Konflikten – die Herausforderung der Transnationalität

Die herkunftsbezogenen oft politischen, meist religiös eingebetteten Konflikte sind ein Hauptgrund dafür, warum die vorhandenen, jedoch meist oberflächlichen Beziehungen zwischen kommunalen und muslimischen Ansprechpartnern von Seiten der Kommunen eingefroren werden. Diese Konflikte beeinflussen maßgeblich die mehr oder weniger guten Beziehungen zu den jeweiligen Migrantenselbstorganisationen, von denen man nicht weiß, welche Rolle sie in dem jeweiligen Konflikt als Institution einnehmen. Beispiel hierfür ist die Frage nach dem Umgang mit DITIB bzw. Hizmet-Vereinigung / Gülen-Bewegung nach dem Putschversuch in der Türkei oder Einordnung der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) oder Kontroversen zwischen Aleviten und sunnitischen Muslimen. Festsustellen ist ebenfalls, dass in diesen konfliktreichen Zeiten mehr miteinander gerungen und ausgehandelt wird, als in konfliktarmen Phasen. Zugleich hat die Be- bzw. Verurteilung einer muslimischen Organisation wie DITIB, maßgeblich negative Folgen auf die dazugehörigen Jugendverbände. So werden die Jugendverbände, trotz ihres zivilgesellschaftlichen Engagements bspw. für geflüchtete Menschen, aus kommunalen Projekten ausgeschlossen bzw. werden bei offiziellen Danksagungen nicht erwähnt. Gleichzeitig ist festzustellen, dass mit Integrationsthemen erfahrene Kommunen in politisch aufgeheizten Situationen, wie dem Putschversuch in der Türkei und der Stimmung vor dem türkischen Referendum, beginnen, gezielte Gespräche mit allen betreffenden Personengruppen zu suchen, um sowohl den Gruppen als auch der Zivilgesellschaft zu verdeutlichen, dass sie trotz der transnationalen Verbindungen, in erster Linie Bürger der jeweiligen Stadt sind.

„Die haben das erst mal alle sehr wertgeschätzt, dass der Oberbürgermeister da eingeladen hat. Aber es war natürlich auch klar, dass mit einem so einem Gespräch jetzt die Differenzen nicht aufgehoben werden können. Das war uns völlig klar. Aber es ging ja auch um ein Zeichen, das der Oberbürgermeister sendet, dass eben innerhalb der türkischen Community, wo ja dann auch schon so eine/ wo wir schon so Gerüchte gehört haben, dass <sie werden nicht mehr gesehen, sie nimmt keiner mehr ernst.>“

Gerade weil die Einordnung dieser globalen Ereignisse lokal reale Auswirkungen entfalten, ist es umso wichtiger, dass die städtische Verwaltung über mögliche Konfliktfelder in Kenntnis gesetzt wird. In einigen Kommunen ist ein Bemühen festzustellen, die eigenen Mitarbeitenden zu sensibilisieren, da sie entweder gar nicht, zu wenig oder falsch über bestimmte Vergemeinschaftungen und allgemein über das Themenfeld „Islam und Muslime“ informiert sind. Diese „Grundsensibilisierung“ ist auch von Nöten, um bspw. ganz basale Fragen der Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement zu beantworten. Der Vorteil einer solchen Grundsensibilisierung liegt für die kommunalen Mitarbeitenden vor allem darin, möglichen Konflikten präventiv zu begegnen und Begegnungen und Veranstaltungen entsprechend konfliktarm zu organisieren. Da es in den Kommunen keine flächen-

deckenden Ansprechpartner gibt, die sich um Konflikte kümmern, übernehmen oft freie Träger, wie Wohlfahrtsverbände und Vereine, die Rolle der Moderation. Sie versuchen dann die bereits entstandenen Konflikte zu verstehen und sie einzuordnen. Problematisch an solchen Konstellationen ist die Frage nach einer möglichen Neutralität und bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen, weshalb ein externer, lokal sowie politisch unabhängiger Ansprechpartner zu empfehlen ist.

„Also es braucht sozusagen so eine Vertrauensperson erstmal vor Ort, die so die Brückenfunktion übernimmt. Und danach sich tatsächlich auch bereit erklärt, eine gewisse Rechenschaft abzulegen und zu sagen: <Ich gehe in Verantwortung für die und diese Person oder für diesen Konflikt.>“

Eine besondere Herausforderung stellt die Vereinbarkeit von mehreren Identitäten, wie bspw. deutsch-muslimisch oder deutsch-türkisch dar. Diese Transnationalität oder sogenannte hybride Identität erzeugt bei einigen IP Irritationen und oft auch Zweifel, da die Gleichzeitigkeit eines Deutsch-und-Muslim-Seins bzw. eines Deutsch-und-Türke-Seins kein allgemeiner Konsens ist. Kommunen sind oft nicht darauf eingestellt, dass ihre Bürger auch anderweitig Verbindungen haben und auch Meinungen mit in den eigenen Kontext bringen, die nicht vorauszusehen sind.

„Also dass ich die Kultur pflege, meine Sprache noch pflege, finde ich völlig in Ordnung, aber wenn ich hier leben will, dann bin ich der Meinung, dann muss ich allmählich auch mit, also nicht im parteipolitischen Sinne, überhaupt nicht, da muss ich mit dem gesellschaftspolitischen Ding irgendwann Kontakt suchen und sagen: <Wir wollen hier miteinander, ich Muslimin, du Deutscher.>“

„Beim türkischen Ding habe ich nicht das Gefühl, dass sie mit deutschen Parteien, allgemein mit dem Staatswesen- da habe ich immer den Eindruck: <Ich will hier leben, aber ich will Muslim bleiben>, völlig okay, <aber ich will auch Türke bleiben.> Und da fängt mein Verständnis an zu wanken. Wenn ich hier leben will, meine ich, müsste ich auch mit dem Staat hier leben, mich zum Beispiel auch politisch engagieren. Wurscht, welche Partei oder wo. Aber da habe ich den Eindruck: <Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen schon noch sehr eigen bleiben.>“

Die transnationalen Spannungen verändern sowohl das Verhältnis von Türkeistämmigen untereinander als auch das Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft. Gerade die Problematisierung politischer Konflikte erzeugt reaktionäre Haltungen und Stigmata, die das Zusammenleben erschweren.

„Hey, hallo? Ich soll mich wie ein Deutscher benehmen. Ich soll mich integrieren. Ich habe den deutschen Pass. Ich habe ja nicht mal den türkischen Pass. Und trotzdem höre ich es immer raus: <Ja, aber euer Erdoğan.> Da denke ich mir, sage ich: Das ist nicht mein Erdoğan. Ich lebe hier in Deutschland. Für mich ist die Merkel meine Bundeskanzlerin. Und das ärgert mich. Muss ich ganz ehrlich sagen. Dass du es halt immer wieder aufs Butterbrot geschmiert kriegst.“

Wie die befragten kommunalen IP des Öfteren geäußert haben, ist ein weiterer und wichtiger Aspekt, der diese Herausforderungen aufzufangen versteht, die Erfahrungsebene, nämlich die Begegnung, das gemeinsame Aufwachsen und ein gemeinsam erlebter Alltag, wodurch ein Zusammenleben ermöglicht werden kann. Hingegen würden die Verfügbarkeit einer Vielzahl von Medienformaten und damit die Möglichkeit transnational informativ und emotional eingebunden zu sein, neue Konflikte befördern. Diese medialen Zugänge ermöglichen auch Muslimen (mit Migrationsgeschichte) Anteil an Krisen und Konflikten in anderen Ländern zu haben und damit zugleich emotional belastet zu werden.

3. Das „gemeinsame Narrativ“: Islam und Muslime als Integrationsthema

„Also Integration ist ja jetzt kein Verwaltungsakt.“

Obgleich die durchgeführten Interviews sich mit den Themen Zusammenleben und Muslime in der Kommune auseinandersetzen, ist zu beobachten, dass die angesprochenen Themen weiterhin in den Bereich Integration eingeordnet werden. Das liegt unter anderem daran, dass Muslime als Migranten bzw. als Menschen mit Migrationsgeschichte wahrgenommen werden. Dabei changiert jedoch die Vorstellung darüber, was Integration bedeutet, welche Forderungen an Bürger und Kommune zu stellen sind und welches Gewicht diesem Thema in der Kommune zugestanden werden soll.

„Schwierig zu sagen. Vielleicht weil man es nicht so als Zukunftsthema wahrnimmt, was es ja eigentlich ist. Das ist jetzt so ein bisschen: <Ja, okay, 2015 war schlimm, aber das haben wir jetzt irgendwie so hinter uns und jetzt läuft alles wieder in den normalen Bahnen.>“

Gerade die Positionierung des Integrationsthemas in den Kommunen, entweder als abschließbarer Prozess, der sich in der Besetzung von wenigen Stellen ausdrückt, oder als Querschnittsaufgabe und damit als ein eigenes Ressort, verändert gleichsam den Blick kommunaler Akteure auf die notwendigen Schritte, die noch zu gehen sind. Problematisch sei jedoch, dass die einzelnen Ämter und Behörden, gerade weil das Thema Integration häufig als Querschnittsaufgabe aufgefasst wird, nicht ressortübergreifend zusammenarbeiten. Die Herausforderungen der letzten Jahre hinsichtlich geflüchteter Menschen hat in manchen der befragten Kommunen dazu geführt, dass die Integrationsarbeit bzw. die Beziehungsarbeit mit den bereits anwesenden muslimischen Strukturen in den Hintergrund gerückt ist.

„Ansonsten, das heißt von diesen allgemeinen Integrationsthemen, wo eben auch die, ich sage jetzt mal die Zusammenarbeit mit islamischen Gemeinden, der Moschee in [...] zusammenhängt, die ist da komplett untergegangen.“

Insgesamt ist festzustellen, dass Städte und Kommunen, die von der defizitären Konnotation der Integrationsdiskurse wegzukommen versuchen, an gemeinsamen Narrativen für die eigene Stadtgesellschaft arbeiten (vgl. hierzu die Übersichtskarte „Die Kommunen im Überblick“, S. 48). Trotzdem wird das Themenfeld „Islam und Muslime“ weiterhin im Bereich der Integrationsdebatte eingeordnet. Obgleich einige Städte bemüht sind, teilhabeorientierte Modelle von Bürgerschaft zu etablieren, ordnen auch sie Bürger muslimischer Identität meistens in Referaten für Soziales und Integration ein. Darüber hinaus operieren manche kommunale IP mit einem Integrationsbegriff, der auch eine stückweise Anpassung berücksichtigt. Sie wissen, dass die vorhandenen institutionellen Hürden nur durch eine individuell verträgliche Anpassung überwunden werden können.

„Dass man Begegnungsstätten schafft bei Werte und Teilhabe, das muss noch entwickelt werden. Wo sich dann die Flüchtlinge mit Deutschen treffen können, um dort einen Austausch zu ermöglichen, so Begegnungsstätten.“

Trotz aller Vielfaltsnarrative benötigt es, so die IP, eine andere Rhetorik und konsequente Gleichheitspolitik durch die Stadtverwaltung und kommunalen Spitzenämter, um einer landes- bzw. bundesweiten Negativeinschätzung von Islam und Muslimen gegenzusteuern und mittels einer positiven Symbolpolitik, oder einer tatsächlichen physischen wie materiellen Veränderung, die Freiheit kommunaler Arbeit zu sichern.

3.1. Integration als strategisches Handlungsfeld, aber muslimisches Erfahrungs- und Expertenwissen wird nicht genutzt

Es ist zu beobachten, dass das Thema Integration immer mehr strategisch betrachtet wird und die Tendenz vorherrscht, nicht integrative, sondern inklusive Modelle zu planen.

„Und hier wollen wir jetzt einen Integrationsfahrplan entwickeln. Und ein Integrationsfahrplan ist aber nur ein kleiner Teil von Integration, weil damit natürlich nur eine, die Zielgruppe der Flüchtlinge und der Migranten abgedeckt wird, aber es gibt natürlich Integration noch für ganz andere Bereiche im sozialen Leben. Also ob das jetzt Behinderte sind, oder sozial schwächer Gestellte, die teilweise genauso ausgeschlossen sind aus der Gesellschaft. Also das wäre eigentlich so das Ganzheitliche.“

Es werden zwar neue Handlungsfelder erarbeitet und auch nicht-kommunale und freie Träger eingebunden, jedoch fehlt die Einbindung von migrantischen bzw. sich explizit muslimisch kennzeichnenden Strukturen, die aufgrund zumeist eigener Integrationserfahrungen ein Erfahrungswissen beisteuern könnten. Diese Expertise wird jedoch kaum gesehen und auch nicht eingebunden. So werden Menschen mit Migrationsgeschichte, insbesondere arabischsprachige Migranten nicht im strategischen, sondern eher im operativen Bereich eingebunden.

Obwohl viele Kommunen mit dem Narrativ „Wir sind bunt“ arbeiten bzw. „In Vielfalt leben“ gebrauchen, werden die strukturellen Konsequenzen, wie bspw. diversitätssensible Ansprachen der Bürger, Möglichkeiten der mehrsprachigen Beratungen zu wenig angegangen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass das Themenfeld „Islam und Muslime“ weiterhin als defizitär und migrantisch eingeordnet wird. Die Bedürfnislagen jener Menschen mit Migrationshintergrund werden als integrative Maßnahmen betrachtet, sodass auch weiterhin mit dem Fördern-und-Fordern-Prinzip gearbeitet wird. Dies ist wohl mitunter ein Grund dafür, warum auch in den migrationsstarken Jahren 2015, 2016 und 2017 die muslimisch geprägten Verbands- bzw. Gemeindestrukturen kaum oder nicht als mögliches Integrationsinstrument wahrgenommen worden sind. Konkret kann man sagen, dass die Expertise und Erfahrungen der eigenen Integrationsbemühungen der Bürger muslimischer Religionszugehörigkeit nicht in die integrativen Prozesse miteinbezogen wurden. Wenn der Einbezug von muslimischen Akteuren geschieht, dann zumeist in Einzelfällen. Dadurch liegen in den Kommunen Möglichkeiten brach, Bürger muslimischen Glaubens und mit Migrationserfahrung prominent zu positionieren und damit wertschätzende Lokalpolitik zu betreiben.

3.2. Das Ressourcenproblem – eine Gegenüberstellung muslimischer (institutioneller) Akteure, die kommunale Sicht darauf sowie integrative Stellen und Ämter

Auch wenn ein hohes – innergemeindliches und teils öffentliches – Engagement bei muslimischen Gruppen zu beobachten ist, ist festzustellen, dass die Aktionen und Projekte bereits in der Ideenkonzeption scheitern. Das liegt nicht an der Ideenlosigkeit der jeweiligen Gemeinden, sondern daran, dass ihnen bestimmte Ressourcen nicht zur Verfügung stehen bzw. muslimischen Gemeinden nicht bewusst ist, welche Ressourcen für sie in Frage kommen könnten. Dadurch werden finanzielle Ressourcen, die Kommunen für alle ihre Bürger bzw. Gruppen zur Verfügung stellen, nicht abgeschöpft und die geplanten Aktionen müssen mit eigenen Investitionen und hohem persönlichen Einsatz durchgeführt werden. Das, was die muslimischen IP als „Struktur“ bezeichnen, wird von einer kommunalen IP mit „Manpower“ wiedergegeben. Ob muslimische Gemeinden oder kommunale Experten, beiden Akteuren ist ein wesentlicher Hindernisgrund zur Teilhabe bekannt: die Ressourcenknappheit. Gleichzeitig ist festzustellen, dass seitens der Kommunen kaum an der Erschließung von weiteren Ressourcen gearbeitet wird.

„Also die sind sehr engagiert, wobei die einfach nicht so eine riesen Manpower haben. Wie gesagt, sie haben diese Tage der offenen Moschee, dann ist ja sowieso, ich glaube, am dritten Oktober ist ja bundesweit dieser Tag der offenen Moschee, da sind sie dabei. Sie haben auch, das ist aber stadtteilbezogen, ein Nachhilfeangebot, wo auch sozial benachteiligte Kinder ohne Migrationshintergrund hinkommen können. Also da läuft schon einiges. Aber wie gesagt, die laufen da ziemlich am Limit, also die haben einfach nicht so die Riesenkapazitäten.“

Die IP sprechen ebenfalls an, dass sich die Ehrenämter muslimischer Zugehörigkeit bereits an ihren Grenzen des Machbaren befinden. Das bedeutet auch, dass die muslimischen Strukturen mit der bisherigen Ehrenamtsstruktur, die sie vornehmlich noch besitzen, nicht weiterhin operativ eingebunden werden können. Möglichkeiten wären wohl in der Etablierung weiterer ehrenamtlicher Personen und der Besetzung einzelner hauptamtlicher Stellen, die sich einerseits um die Ressourcenakquise und den Aufbau einer personellen Infrastruktur kümmern. Bereits einige IP haben das Problem erkannt, sind jedoch noch nicht vorangekommen.

„Also ich werbe immer dafür, Migrantenselbstorganisationen stärker auch strukturell zu unterstützen, finanziell zu fördern.“

Eine große Aufgabe für die Zukunft ist die bessere Bekanntmachung und öffentliche Förderung von muslimischen Gruppen gerade im sozialen Bereich wie Kindertagesbetreuungseinrichtungen, Sozialdiensten und Pflege. Kommunen profitieren beim Thema Asyl und Integration von Landes- und Bundesprogrammen, wie bspw. den Integrationslotsen des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit, Soziales und Integration (seit November 2018 Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration) oder den Bildungskoordinatoren durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, weil durch Förderungen Stellen und Arbeitsbereiche eröffnet werden können. Bei fehlender Förderung passiert auch in Kommunen vergleichsweise wenig.

„Wir haben aber auch gesagt, dass wir natürlich für diejenigen, die nicht bleiben dürfen, genauso irgendwas brauchen. Aber es gibt kein Geld dafür, also keine staatlichen Gelder dafür. Und das macht es halt sehr, sehr schwierig, für die Angebote zu schaffen.“

Auch integrative und partizipative Projekte sind nur möglich, wenn dafür Ressourcen bereitstehen. Dafür werden bayernweite Projekte und Förderungen in die lokale Arbeit aufgenommen.

„Und dann haben wir noch das MiMi-Projekt, das ist ja auch ein bayernweites Projekt, das wir hier in der Region quasi mit durchführen. <Mit Migranten für Migranten>, das ist ein Gesundheitsprojekt sozusagen, wo eben Migrantinnen und Migranten geschult werden über das Gesundheitssystem quasi und dann in ihrer Muttersprache, in ihrer Community entsprechend dann diese Informationen auch weitergeben.“

„Dann natürlich der finanzielle Aspekt. Also es ist für mich wirklich immer eine gewisse Hemmschwelle, diejenigen Ex-Geflüchteten zu kontaktieren und die dann zu bitten, mich zu solchen Familienbesuchen zum Beispiel mit zu begleiten, weil ich kann denen nichts dafür geben. Und klar, die sagen, die machen das gerne, aber die sind mittlerweile jetzt, die sitzen auch nicht mehr in der Unterkunft und haben nichts zu tun, sondern die studieren oder machen C1-Kurs oder was auch immer. Also finanzielle Mittel. Finanzielle Mittel auch für Publikationen. Also wirklich, dass man den Gemeinden was an die Hand geben kann. Klar, können die mich anrufen und die dürfen mir auch gerne immer wieder dieselben Fragen stellen, aber wenn wir jetzt einfach so einen kleinen Leitfaden hätten, Integration im Landkreis: Wenden sie sich bei Fragen zu Arbeitslosengeld II ans Jobcenter, etc., einfach so was, und das dann vielleicht noch übersetzt, das wäre ganz großartig.“

4. Normalisierung des Miteinanders - erfolgreiche Handlungsstrategien in der Zusammenarbeit von muslimischen Akteuren und Kommunen sowie ihre Grenzen

In den Interviews zeigten sich erfolgreiche Handlungsstrategien, die im Sinne von Best Practice der Zusammenarbeit von muslimischen Akteuren und Kommunen im Folgenden vorgestellt werden. Darüber hinaus wurde auch deutlich, dass sich die IP durchaus auch der Grenzen und Verbesserungspotentiale bestehender Handlungsstrategien bewusst sind. Besonders wichtige Aspekte waren dabei die Präsenz, das Erzeugen alternativer Narrative zum Themenfeld „Islam und Muslime“, die

Forderung nach Öffnung und Diversitätssensibilität sowohl seitens der Kommunen als auch muslimischer Gemeinden und ihrer Jugendarbeit, sowie die Chancen der durch interreligiöse Begegnung und Dialog gewachsenen Beziehungen.

4.1. Präsenz als Präventionsmittel und die Grenzen von Präsenz aus kommunaler Sicht

Die Vertreter der Religionsgemeinschaften, auch die der islamischen, nutzen auch „profane“ Einweihungen dafür, um in der Öffentlichkeit Präsenz zu zeigen. Auch kommunale Mitarbeitende sind daran interessiert muslimische Ansprechpartner bei der Einweihung eines öffentlichen Gebäudes einzubeziehen, um so auch ihre Anwesenheit und Präsenz allen Bürgern zu demonstrieren und die muslimischen Gemeinden gleich zu behandeln.

„Und was wir machen: Wenn wir städtische neue Gebäude einweihen, dann sind da natürlich die Dekane eingeladen. Aber es sind auch immer die Muslime eingeladen, ein Gebet zu sprechen, und auch die jüdische Kultusgemeinde. Das ist auch wichtig.“

Aus der Warte der muslimischen IP wird das gute öffentliche Image als präventiv gegenüber islamfeindlichen Übergriffen eingeschätzt. Muslimische Akteure sind an einem guten Stimmungsbild in ihrer Kommune interessiert, von dem alle Menschen profitieren können. Gleichzeitig zeigt sich an ihrem Einsatz, aktiv Positives zu gestalten, ein eigenes Interesse des Selbstschutzes vor Übergriffen. Daran wird deutlich, dass und wie die Angriffe auf Moscheen und Muslime eine konstante Denkgröße sind, die nicht ausgeblendet werden kann.

„Das ist so normal, dass wir als Muslime bis jetzt Gott sei Dank keinen Angriff bekommen haben. Also dieses normale Bild, diese normale Betrachtung des Islams hier, dass wir uns nicht diskriminiert fühlen, dass wir uns nicht ausgegrenzt fühlen, das kommt sehr gut bei Muslimen an. Und da sind dann alle stolz auf ihre Stadt. Und das vermisse ich in anderen Städten.“

Die Beobachtungen der muslimischen IP decken sich mit der Einschätzung kommunaler IP. Die Abwesenheit bzw. Nicht-Präsenz von muslimischen Vertretern führte in einem Fall dazu, dass bei einer Gemeinde Intransparenz und Nähe zu salafistischen Strukturen vermutet wurde. Andererseits ist zu entnehmen, dass jene Kommunen, die die Öffnung und Präsenz von muslimischen Gemeinschaften fördern möchten, durchaus in Handlungskonflikte geraten aufgrund manch ablehnender Haltung von Bürgern. Deshalb sollte in einem konkreten Fall die Organisation eines Iftars durch die muslimische Gemeinde nicht auf dem prominentesten Platz der Kommune stattfinden. In diesem Fall wurde eine Präventivstrategie gewählt:

„Die Stadt ist auf jeden Fall auch dabei, nicht als Veranstalter, aber als Kooperationspartner und Unterstützer. Der Bürgermeister hat Geld dafür lockergemacht. Richtig viel. Aber man war interessiert daran, dass es bitte nicht vorm Rathaus stattfindet, sondern dort, wo auch sonst immer das Fest der Kulturen zum Beispiel stattfindet.“

4.2. Alternative Narrative von Islam und Muslimen

Hervorgehoben wird, dass Religiosität mit gesellschaftlicher Partizipation einhergehen müsste. Das bedeutet, es werden intern theologische Gründe bzw. Ansprachen genutzt, um die muslimischen Gemeindemitglieder für die städtische Zivilgesellschaft zu aktivieren. Das dient wiederum der Präsenz in der Öffentlichkeit von Muslimen, die mit ihrer ehrenamtlichen Arbeit alternative Perspektiven zum Themenfeld „Islam und Muslime“ hervorbringen; ob explizit durch eine gemeinwohlorientierte theologische Argumentation oder implizit durch ihr Engagement. Dadurch beteiligen sich die muslimischen Gemeinschaften an den bildungsbürgerlichen Diskursen, die mitunter die Zivilgesellschaft einer Kommune prägen.

„Langsam spüre ich, dass die Moscheegemeinden angefangen haben, von diesem Getto rauszukommen, [...] dass die Menschen gleichzeitig religiös sind, und aber auch in der Gesellschaft partizipieren. [...] also ich muss ehrlich sagen, ich erwarte und erwünsche ein Engagement von Muslimen in anderen Vereinen mehr, als es jetzt der Fall ist.“

„Die Moscheegemeinden müssen sich mehr öffnen gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Wir als Imame und Vorstände tragen eine große Verantwortung. Wir dürfen nicht die Sprache, die Rhetorik der Menschen nutzen und dieselbe Sprache sprechen. Die Menschen sprechen nur negativ, die sehen nur negative Sachen. Wir müssen Menschen mobilisieren und immer wieder die positive Sache in der Gesellschaft sehen und für diese positiven Sachen unsere Menschen gewinnen.“

4.3. Das Potential muslimischer Schlüsselfiguren für zivilgesellschaftliche Teilhabe und die „De-Islamisierung“ des Ehrenamts

Wie sich bereits öfters in den Ausführungen der IP gezeigt hat, wird die Frage nach dem Einbezug muslimischer Bürger außerhalb eines migrantischen Kontextes äußerst ambivalent beantwortet. Während einige IP von Schwierigkeiten, Hindernissen und Hemmschwellen berichten, gibt es auch Beispiele, in denen Muslime als Schlüsselfiguren auftreten und aufgrund ihrer Vorbildfunktion diese Hemmschwellen überwinden und damit die zivilgesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten von Bürgern und insbesondere von Jugendlichen muslimischer Lebenswelten fördern.

„In der Feuerwehr. [...] Also wir haben ein paar mittlerweile, also ich habe einen Neffen, der ist jetzt auch zwanzig, der ist auch mit Leib und Seele bei der freiwilligen Feuerwehr. Also es sind aber nicht viele. [...] Es sind also zwei oder drei Türken. [...] Dass die mal sehen: Mensch/ Und vielleicht, wenn ein Türke da ist und in seiner Uniform und sagt, wie toll das ist und das ihnen erklärt, dass da vielleicht mal jemand sagt: <Ja, da gehe ich mal hin.> Und dann, bei einem Zwölfjährigen ist es so, da müssen die Eltern dich wieder da hinbringen. So. Hast du die Eltern, die das machen? Die bringen dich fünfmal hin und sagen: <Ja, schon wieder fahren?> <Im Winter!>“

Gleichzeitig zeigt sich, dass solche Handlungsstrategien der Teilhabeförderung durchaus erfolgreich sein können. Oft sind die Gründe des Scheiterns solcher Bestrebungen oder Umsetzungsschwierigkeiten sehr allgemeiner und oft sehr praktischer und genereller Natur. Beispielsweise kann ein Termin einfach ausfallen oder die Eltern haben keine Zeit, ihre Kinder zu Freizeitbeschäftigungen zu fahren.

„Also wenn ich zu Feuerwehr was sagen darf? Da bin ich grade dran. Aber das fällt leider jetzt in die Hose. Weil ich kann ja nicht vor die Moschee irgendein Feuerwehrauto hinstellen und sagen: <Jetzt können die Kinder mal löschen.> Es muss ja irgendwas stattfinden, wo ich sage: Da ist jetzt ein Fest oder so diese Frühlingsfeste, die die Moscheen machen, und da stelle ich es hin. Dann hast du natürlich nicht den Platz dazu, weil so ein Auto braucht halt viel Platz. Und da ist mir eben der Sportverein, der Fußballverein eingefallen. Und die wollten eben am 14. Juli ein Sommerfest noch machen zum Abschluss. Da habe ich mit einem schon gesprochen, der will mit seinem Feuerwehrauto kommen. Kinder löschen und so weiter und so fort. Das fällt leider in die Hose, weil dieses Sommerfest nicht stattfinden wird, weil einfach zu viele Aktivitäten drum herum sind im Moment.“

So wird die Frage, warum sich denn keine muslimischen Jugendlichen in nicht-migrantischen Kontexten engagieren würden, umgedacht und ihrer zugrundliegenden kausalen Verbindung von Religion/Kultur und zivilgesellschaftliches Engagement entzogen, sozusagen „de-islamisiert“ und in einen allgemeineren Kontext gestellt. Nicht die muslimischen Jugendlichen fehlen, sondern es besteht ein ganz allgemeines Nachwuchsproblem, das sämtliche Vereine und Organisationen in Deutschland betrifft und Lösungen im Umgang mit den veränderten Interessensgebieten von Jugendlichen fordert:

„Ich denke auch bei den Jugendlichen immer, das ist wurscht, ob das jetzt in der türkischen oder – die fehlen ja auch in der deutschen Gesellschaft, der Nachwuchs bei der Feuerwehr. Die Jugendlichen wollen sich nicht mehr fest binden. Ich meine, Feuerwehr, freiwillige Feuerwehr, das heißt, du musst auch bestimmte Etappen erstmal durcharbeiten. Erst bist du da, dann kommst du höher und immer höher. Und das ist für viele

zu langfristig. Die Jugendlichen sind schnelllebig. [...] Ich rede jetzt von allen, ja. Die sind sehr schnelllebig. Und so kann ich mir das jetzt auch bei den Türkischen vorstellen, dass sie sagen: <Hach, dahin?> Okay, vielleicht gehen sie es sich ein-, zweimal anschauen. Aber dann ist schon wieder langweilig. Also bei den Jugendlichen ist das so: Die wollen immer neue Herausforderungen, neue Actions, oder was weiß ich. Die haben dieses Durchhaltevermögen nicht. Ich meine, das ist in allen Bereichen, nicht bloß bei der Feuerwehr. Ob das jetzt bei uns in der Politik ist, ob das jetzt irgendwo anders ist, das Ehrenamt.“

4.4. Die Öffnung muslimischer Gemeinden und Jugendarbeit

Die Öffnung der muslimischen Gemeinden wird vielfach über die Jugendverbände angeregt und durchgeführt. Eine muslimische IP stellt dabei fest, dass die Projekte und Veranstaltungen, die in Erwachsenenverbänden nicht funktionieren, eher auf Jugendverbandsebenen umsetzbar sind.

„Also wir haben letztes Jahr eine Kooperation mit der Freiwilligen Feuerwehrjugend gehabt und uns gegenseitig besucht. Also die waren bei uns in der Jugendgruppe, Jugendstunde und haben unsere Arbeit kennengelernt. Und unsere Jugendgruppe war auch bei denen. Und die haben dann natürlich vorgeführt, wie das funktioniert mit Feuer löschen, wie Einsatzwagen funktionieren. Also das war auch total interessant für unsere Jugendlichen. Also das schließen wir nicht aus und das würden wir auch fördern, dass unsere Jugendlichen nicht nur bei uns Mitglied sind, sondern wenn sie sich denn dazu berufen fühlen, wenn es denen taugt, dass sie dann auch zu einem Technischen Jugendhilfswerk oder Jugendfeuerwehr oder auch ganz andere Verbände wie Alpenverein oder Pfandfinder gehen.“

Muslimische Verbände sind in den letzten Jahren sehr stark daran interessiert, für „ihre“ Jugendlichen Strukturen aufzubauen. Neben Freizeitaktivitäten bieten sie Fortbildungsprogramme für junge Muslime unter anderem in den Bereichen Identität und strukturelles Empowerment an. Innerhalb des Themenfeldes Identität werden auch Bereiche wie theologische Bildungsprozesse, Heimat, hybride Identitäten oder Transnationalität besprochen. In den eher auf Empowerment ausgelegten Reihen geht es darum, junge Muslime als kompetente Ansprechpartner der nahen Zukunft zu schulen. Konkret bedeutet das, sie auf die strukturellen Herausforderungen, wie bspw. die Vereinsarbeit, vorzubereiten und sie auf dem Weg zu begleiten, hauptamtliche Strukturen zu professionalisieren.

„Und deswegen ist es schon total wichtig, also wir unterstreichen es auch sehr gerne, dass wir hier beheimatet sind, aber auch dem muslimischen Glauben gehören. Also diese Fragestellung: <Deutsch und muslimisch?> Dass es nicht geht, also das haben viele im Kopf so: <Ja, das geht doch gar nicht. Also ich kann doch nicht Muslim sein und gleichzeitig deutsch sein oder bayerisch sein.> Und dann gibt es halt ähnliche Beispiele, so: <Ja, vegan, deutsch. Geht auch. Warum nicht? Also oder vegetarisch, deutsch.> Oder halt ganz andere: <Manche mögen Fußball, manche mögen das.> Wenn ich Bayer bin, muss ich kein Weißbier oder Helles trinken oder Bier trinken. Also ich muss mich nicht damit identifizieren. Ich kann mich mit ganz anderen schönen Sachen auch identifizieren. Und am Ende des Tages sollte halt rauskommen: <Das funktioniert, überhaupt kein Thema. Deutsch, muslimisch, Muslim, deutsch ist gut. Tut gut.>“

Auffällig ist jedoch, dass bei allem Potential der Synergien zwischen den unterschiedlichen muslimischen Gemeinde- bzw. Verbandsstrukturen kaum Austausch und Kooperationen genutzt werden.

4.5. Die Chance interreligiöser Freundschaften und Veranstaltungen – Religion als Brückenbauer

„Freundschaftliche Beziehung: Ganz banale Beispiele, also dass wir alle Würdenträger der Religionsgemeinschaften hier, dass wir uns duzen zum Beispiel, dass wir auch Privatbesuche machen. Das heißt, dass ich auch meinen Kollegen zu Hause besuche, dort mit ihm Kaffee trinke, dass er hierherkommt.“

Würdenträger sehen sich in der freundschaftlichen Pflicht bei den jeweiligen Feierlichkeiten der anderen Religionsgemeinschaften anwesend zu sein. Dieser Gewohnheit entsprechend agiert auch die Kommune, sodass sie ebenfalls bei öffentlichen und offiziellen Veranstaltungen die Würdenträger einlädt. Den muslimischen Ansprechpartnern ist es wichtig, mit anderen religiösen Würdenträgern gemeinsame Themen in der Kommune bzw. persönlich beim (Ober-)Bürgermeister oder der (Ober-)Bürgermeisterin anzubringen. Betont wird damit, dass durch ein kooperatives Verhalten eigene und gemeinsame Interessen mehr Aufmerksamkeit bekommen. Dies kann womöglich als präventive Strategie verstanden werden, die aus dem Erfahrungswissen muslimischer Vereine resultiert. Gerade die Minderheitensituation und die Nicht-Vertretung in weisungsbefugten Gremien ist mitunter dafür verantwortlich, dass ihre „Stimmen“ und die Bedürfnisse nicht – zumindest aus der Perspektive der muslimischen Akteure – wahrgenommen werden. Damit aber die eigenen Interessen ebenfalls Anklang finden und auch tatsächlich umgesetzt werden, werden über interreligiöse Freundschaften, gemeinsame Themen gefunden und damit auch die Wirkungskraft anderer religiöser Organisationen und Zusammenschlüsse genutzt. In erfolgreicher Absprache nehmen die Vertreter der Religionsgemeinschaften die Möglichkeit wahr, die interreligiösen Abende und Gespräche dafür zu nutzen, neben der theologischen Auseinandersetzung, kommunale Themen anzugehen und anzusprechen, die wichtig für sie sind. Ihre gemeinsame Haltung zu dem jeweiligen Diskussionsgegenstand bestärkt die am interreligiösen Dialog Interessierten darin, dass die angesprochenen Themen in ihrer Kommune auf die Agenda gesetzt werden. Sie erfüllen damit die Aufgaben von Multiplikatoren. Damit solche Freundschaften entstehen können, wäre es aus Sicht der IP sinnvoll gemeinsame Erfahrungen und Begegnungen zu stiften.

„Deswegen habe ich gestern in der Vollversammlung was ganz Konkretes vorgeschlagen. Dass wir gemeinsam eine interreligiöse Reise nach Bosnien organisieren. Das wäre dann wahrscheinlich die erste Reise. Und da haben wir gesagt, dann 2020 oder 2021 machen wir nach Jerusalem, nach zwei Jahren machen wir nach Istanbul, nach Rom und so weiter. Durch diese interreligiöse gemeinsame Reise [...] entwickelt sich auch diese freundschaftliche Beziehung unter uns. Es ist etwas völlig anderes, wenn wir als ein Rabbi, ein Imam und ein Pfarrer oder eine Pfarrerin so freundschaftlich miteinander umgehen, dann können die Gemeinden, kann die Bevölkerung auch von uns profitieren.“

Die interreligiösen Freundschaften werden dafür genutzt, um symbolische Akte zu initiieren, die ebenfalls in der Öffentlichkeit und damit eingeschlossen auch in den städtischen Strukturen wahrgenommen werden.

„Solche gemeinsamen Aktionen brauchen wir, wie auch Friedensgebete, wo wir uns über den Frieden auch mal stark in der Öffentlichkeit für das friedliche Zusammenleben einsetzen.“

Auch kommunale Mitarbeiter verknüpfen mit der Etablierung von interreligiösen Dialogen gewisse Möglichkeiten, um gruppenbezogener Fremdenfeindlichkeit zu begegnen.

„Also ich würde mir das ganz stark wünschen, dass man auch für die Zukunft den Dialog wirklich sucht. Also man muss irgendwie versuchen, alle drei großen abrahamitischen Religionen zusammen in ein Boot zu holen. Also das wäre jetzt für mich auch so ein Anliegen. Weil es wirklich stimmt oder weil man/ Also ich kann das auch so ein bisschen nicht messen, aber Antisemitismus ist schon jetzt auf dem Vormarsch wieder. Und ich sehe das schon im Zusammenhang auch mit der neuen muslimischen Community, ohne das jetzt irgendwie ganz da schrecklich negativ zu meinen, aber einfach durch die persönlichen Begegnungen, merke ich immer wieder, da herrschen andere Einstellungen auch gegenüber Israel, die ich auch verstehen kann, aber dann müssen wir als Gesellschaft dran arbeiten.“

Darüber hinaus ist auch den kommunalen IP bewusst, dass die interreligiösen (Herkunfts-)Erfahrungen mitunter entscheidend dafür sind, wie das Zusammenleben funktioniert. Wichtig war es den Organisatoren einer interreligiösen Veranstaltung, dass zunächst Gemeinsamkeiten gefunden und betont werden. Interreligiosität bietet, so die kommunalen IP aus den Wohlfahrtsverbänden, die Möglichkeit auch über gesellschaftliche Spannungsfelder zu sprechen, wie bspw. das konfliktreiche Verhältnis zwischen einem Leben im Glauben und einer säkular verorteten, leistungsorientierten Umgebung und Lebenseinstellung. Hierfür gelte es ebenso pragmatische Lösungen zu erarbeiten:

„Jetzt im Ramadan ein bisschen öfter, wo ich den Stolz spüre, auch der Kinder, wenn wir sie besuchen, und die Mädchen sagen: <Ich habe jetzt Ramadan und ich feiere erst im Sommer>, also dieser Stolz. <Was machst du denn?> Und dann, dass sie von ihrem Glauben erzählen. <Wir machen das so.> Und das ist, ja, das ist so ein Anlass jetzt, der Ramadan, um da drüber ins Gespräch zu kommen. Positiv oder negativ. Dem Friseurlehrling, der zum dritten Mal umkippt, sagt die Chefin: <Wieso, was ist mit dir? Schwindlig?> <Ja, ich halte Ramadan.> <Also wenn du arbeiten willst, dann hältst du keinen Ramadan, wenn du es nicht kannst.> Und dann ist das auch ein Gesprächsanlass und man sucht nach Lösungen: <Okay, die vier Wochen teilen wir auf. Zwei Wochen nimmst du Urlaub und feierst oder begehst deinen Ramadan und zwei Wochen legst du woanders hin.> Also wo dann einfach ein Sprechanlass ist: Wie kann ich meinen Glauben auch umsetzen und leben und was muss ich vielleicht auch nochmal in die Luft werfen, welche Bälle, und mir das anschauen, um das hier zu vereinbaren? Weil hier gibt es keine große Toleranz, wenn es um Leistung geht, dass man sagt: <Nein, ich bin heute müde...> das ist gar nicht so einfach.“

4.6. Diversitätssensibilität und Öffnung

Die diversitätssensible Öffnung wird sowohl von IP der Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und muslimischen Verbänden als unvermeidliche Notwendigkeit angesehen. Dabei gibt es unterschiedliche Ideen und Erwartungshaltungen, was Öffnung bedeutet bzw. von wem Öffnung verlangt wird, die wiederum zu Konflikten führen können. Öffnung wird grundsätzlich als institutioneller, wie auch gesellschaftlicher Öffnungsprozess verstanden, bei dem Vielfalt von Gesellschaft als Bereicherung verstanden wird. In einem solchen Verständnis wird die Chance gesehen, Diskriminierungserfahrungen muslimischer (junger) Bürger vorzubeugen sowie Fehlinformationen und Missverständnisse zu vermeiden.

„Wenn der Vorurteile hat, weil er nie Berührungen mit Muslimen hatte, weil er Angst hat vor Muslimen, das wirkt sich auf das Kind, auf die Gesellschaft, also deswegen würde ich dafür plädieren, dass wirklich gerade bestimmte Personengruppen, Polizei, Lehrer, Pädagogen, Erzieher, also gerade auch bei der Ausbildung schon, diesen Input bekommen, diese Erfahrungen mitmachen.“

„Also es gibt ein Missverständnis, da sind wir auch seit ganz, ganz vielen Jahren dran: Es gibt immer noch ganz viele Menschen mit Migrationshintergrund, die denken, dass manche Angebote für sie einfach nicht offen sind. Das fängt bei Ausbildung bei der Stadt an. Was völliger Unsinn ist. Nur Beamte, dafür muss man deutscher Staatsbürger sein. Aber alles andere, und wir haben ja ganz viele Ausbildungen, wo man hinterher Angestellter der Stadt ist. Das ist selbstverständlich offen. Das heißt, da können die sich ganz normal bewerben. Und das gleiche gilt auch bei der Mitarbeit bei den gängigen Rettungsorganisationen. Ob das das BRK [Bayerische Rote Kreuz] ist oder ASB [Arbeiter-Samariter-Bund e.V.], oder eben auch bei den Feuerwehren.“

Für Institutionen wiederum bedeutet ein solches Verständnis von Öffnung, Vielfalt in ihren eigenen Reihen sichtbar zu machen, um so neue und vielfältige Identifikationsfiguren zu schaffen, weitere Zielgruppen anzusprechen und damit Nachwuchskräfte anzuwerben.

Zugleich sind sich viele kommunale IP bewusst, dass sich bürgerliche Zivilgesellschaft in jedem Land anders organisiert. Die Bedeutung und die Funktionsweise eines stetigen Ehrenamts sind, so die Meinung der Interviewten, vielen Menschen (auch) anderer kultureller Sozialisation nicht bekannt. Hier braucht es Informationen, die die Bedeutsamkeit des zivilgesellschaftlichen ehrenamtlichen Engagements betonen. Den IP ist bewusst, dass sich auch die Vorstellungen allgemein über das Ehrenamt verändert. Das bedeutet, dass auch die kommunalen Institutionen, die zivilgesellschaftlichen Trägerinnen verstehen müssen, dass hier Veränderungsprozesse stattfinden, sodass andere Formen von Projekten und Vereinsarbeit gedacht werden müssten.

Als problematisch wird von Seiten der Kommunen und muslimischen Gemeinden festgestellt, dass Vielfalt als Wert oft nicht anerkannt wird. Eine solche Haltung wird als Hindernis für bestimmte partizipative Prozesse in der Arbeitsstruktur gesehen. Dadurch kommt es nicht zur Einbindung von migrantischen und darunter auch vielen muslimischen Gemeinden, was wiederum dazu führt, dass jene nicht die Möglichkeit erhalten, sich in ihrem Engagement zu präsentieren.

„Dann in der Bevölkerung ist es schon so, dass aus meiner Sicht recht wenig Verständnis dafür da ist, dass die Leute auch einen Mehrwert mitbringen, die hierherkommen, dass Vielfalt auch einen Mehrwert bedeutet, sondern dass es eher so ein bisschen ein Verhaften in den Traditionen ist: <Das war schon immer so. Und wieso soll man das jetzt ändern? Und Integration richtet sich eigentlich an die Zuwanderer, aber nicht an die Einheimischen.> Und das empfinde ich als schwierig, diese Einstellung. Dass man davon auch profitieren kann, dass es eine Weltoffenheit mit sich bringt, neue Erfahrungen, ich glaube, dass das hauptsächlich so in persönlichen Kontakten passiert.“

Besonders wichtig erscheint es einer IP, die Öffnung als „Öffnung der Geisteshaltung“ auch intern an die Verwaltungsmitarbeitenden in entsprechenden sensibilisierenden Informationsveranstaltungen zu kommunizieren. Erst so könne eine institutionelle Öffnung erreicht werden. Dass sich dagegen oft argumentativer Widerstand bildet, dem es wiederum zu begegnen gilt, führte die IP aus:

„Und ich habe das ganz bewusst auch auf eine Folie mit draufgesetzt, dass der Wunsch an die kommunale Politik besteht, der Stadtrat möge sich interkulturell öffnen. Und die Stadtverwaltung möge sich interkulturell öffnen. Es kam natürlich die Nachfrage: <Was versteht man jetzt genau darunter?> Also zum einen, mehr Stadträte mit Migrationshintergrund, aber auch eine gewisse Sensibilisierung, was das Thema Interkulturelles angeht. Vielleicht auch Weiterbildungen zu machen zum Thema Interkulturelle Kompetenzen, sich einfach mit dem Thema auch ein bisschen auseinanderzusetzen und zu überlegen: Welche Hemmschwellen, derer man sich gar nicht bewusst ist, bestehen unter Umständen, warum Migranten nicht Teil des Stadtrats sind? Hat natürlich auch was damit zu tun: Wo auf der Liste landet man? Ich weiß schon, dass es auch im Migrationsbeirat den einen oder anderen gab, der kandidiert hat. Die auf der Liste dann aber wohl so platziert waren, das kann ich jetzt wenig beurteilen, weil das habe ich zu wenig mitbekommen, dass sie einfach nicht reingekommen sind. Und das könnte man natürlich stärker fördern. Da muss natürlich eine Bereitschaft dafür da sein. Und genauso heißt es natürlich, also dass dieses <Interkulturelle Öffnung> meint, es reicht eben nicht aus, einfach nur offenzustehen und zu sagen: <Na ja, die können sich ja auch bewerben>, sondern eben auch zu schauen, dass die dann auch wirklich genauso vertreten sind. Und woran liegt es denn, dass die nicht so vertreten sind? Und da gibt es dann natürlich gern auch so Ausflüchte, kamen auch gestern natürlich prompt wieder. Also: <Wollen Sie uns jetzt vorschreiben, wer hier im Stadtrat drin sitzt? Das entscheidet immer noch der Wähler. Wenn es um die Stadtverwaltung geht, dann zählt die Qualifikation und nicht, ob jetzt jemand so oder so heißt.> Obwohl man natürlich aus Studien ganz genau weiß, dass eine anonymisierte Bewerbung weiterhelfen würde.“

Gerade nach Diversität strebende Institutionen müssen sich bewusst sein, dass Diversität den Einbezug von lebensweltlicher Wahrnehmung meint, die oft nicht der eigenen Lebensrealität entsprechen und dass dies Prozesse der Annahme und des Aushaltens sind. Die Prozesse der Öffnung bedingen auch, dass die kommunalen Mitarbeitenden verstehen, dass es neben den gewohnten Ansprachen, bei Gesprächsanlässen mit Menschen mit Migrationsgeschichte und auch den muslimischen Gemeinden, neue Formen der Ansprache und Kommunikation bedarf, deren Adressaten nicht zwangsläufig die bildungsbürgerliche Stadtgesellschaft darstellt. Die Nicht-Akzeptanz der Bildungsangebote ist wahrscheinlich nicht dem allein geschuldet, dass Migranten, Menschen mit Migrationsgeschichte und auch Muslime kein Interesse haben, sondern dem, dass sie von der Veranstaltung und dem Angebot nicht erfahren haben, weil an ihren Lebensorten entsprechende Werbung und Informationen fehlen.

„Wir haben hier auch über die Bildungsregion die Säule lebenslanges Lernen. Und dann wird darüber nachgedacht, wie wir Menschen mit Migrationshintergrund in die Bildungsangebote bekommen. Ja, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund nutzen die Erwachsenenbildungsangebote? Also das sind alles Partizipationsmöglichkeiten.“

Öffnungsprozesse werden von den Veranstaltern und den Teilnehmern als erfolgreich erachtet, wenn sie inklusiv gedacht werden und das nachvollziehbare Gefühl bleibt, dass Bürger gleichbehandelt werden. Ob es dabei um die Öffnung von Friedhofsverordnungen geht, oder es darum geht, an einem religiösen Festtag frei zu bekommen, zielen solche Öffnungsprozesse darauf ab, Identifikationsmomente mit der Kommune zu schaffen.

Öffnung für mehr Diversität meint für die IP auch, dass Migrantengruppen auch untereinander füreinander offen sein sollten. Denn auch hier wären mitunter Spannungen und Tendenzen des Verschließens zu beobachten. Die starke Zuwanderung von bestimmten Nationalitäten und Glaubenszugehörigkeiten hat in manchen Kommunen dazu geführt, dass sich die Verteilung und Anwesenheit in den Städten gegenüber anderen Migrantengruppen verschoben hat. Diese Verschiebung hat auch innerhalb migrantischer Gruppen Verunsicherungen ausgelöst. Die zumeist türkischsprachigen Moscheen haben es in der befragten Kommune, aus Sicht einer IP, nicht geschafft, sich gegenüber den arabischsprachigen Zugewanderten zu öffnen. Diese haben die bereits vorhandenen Strukturen solange genutzt, bis sie sich institutionell durch die Gründung eines eigenen Vereins emanzipieren konnten. Dies wird wohl langfristig weitere Konflikte erzeugen: Jeder zusätzliche Verein bedeutet, weitere Forderungen, an kommunalen Ressourcen teilzuhaben und Ansprechpartner am Diskurs zum Thema „Islam und Muslime“ zu sein.

„In den türkischen Moscheen haben sie halt nicht die Gebete oder die Predigten verstanden. Viele konnten ja Türkisch, weil sie eben über die Türkei geflüchtet sind, aber nicht alle. Und dann haben sie gesagt, okay, sie würden gerne auch auf Arabisch entsprechend die Gebete abhalten, den Koran lesen und die Predigt hören. Und deswegen haben sie da einen eigenen Verein gehabt.“

5. Bedarf, Ansatz und Herangehensweise einer Islamberatung in Bayern

Insgesamt zeigt die Auswertung der Interviews, dass die IP den Bedarf einer Islamberatung äußern und bereits konkrete Handlungsfelder, Beratungsfälle und Konzeptionen formulieren. Die Interviews zeigen, dass von einer Islamberatung eine „authentisch wahrgenommene Person“ erwartet wird, die zur Konfliktlösung gerufen werden kann.

„Dann braucht es wirklich einen, der sich auch auskennt und der auch wahrgenommen wird und auch glaubwürdig ist und der dann sagen kann: <Du, Kinder im Alter von bis müssen, wenn sie in der Schule sind, eigentlich nicht fasten.> So. Oder: <Brauchen kein Kopftuch zu tragen bis zum Alter von x.>“

„Was uns nochmal interessieren würde, ist natürlich, wie man zum Beispiel, wenn es einen religiös aufgeladenen Konflikt gibt, was der andere Grund ist, das muss man natürlich immer herausfinden, aber wie man mit diesen Problemen auch in der Kommune umgeht? Und für uns ist aber auch die Frage, wer kann unterstützen, dass genau dieses Problem aufgelöst werden kann, also auch als Externer? Und das ist so ein bisschen auch unsere Frage, was könnte man so als Externer da machen, um reinzukommen, oder wie müsste dann diese Beratung auch aussehen, wie prozessorientiert muss sie tatsächlich sein?“

Um diese Fragen zu beantworten, ist die Erarbeitung von Handreichungen bzw. einer Sammlung von bereits existierenden Handlungsempfehlungen zu bestimmten Konfliktfällen notwendig, die für Kommunen, Schulen usw. zugänglich gemacht werden. Konkret wird erwartet, dass eine Islamberatung (niedrigschwellige) Vorträge hält, Workshops und Beratungen durchführt. Thematisch erwünscht sind dabei unter anderem Informationen zur Struktur und Charakterisierung von muslimischen Organisationen, über Zugänge zu Moscheegemeinden und ihre Ansprechpartner sowie islamwissenschaftliche Grundlagen.

„Also wenn irgendwie institutionalisiert da so eine Unterstützung kommen könnte mit diesem ganzen menschlichen Hintergrund auch, was die beiden da hier reingebracht haben, das wäre auf jeden Fall mal ganz gut.“

„Und Beratung wäre ganz, ganz interessant, mal das kennenzulernen, wie das läuft. Dass vielleicht man mal zuhört, man auch so interreligiösen Kreis und danach auch Feedback gibt, was wäre da vernünftig?“

Begegnungen entstehen in Institutionen, weil sie unvermeidbar sind. Deswegen ist es wohl notwendig, auch Begegnungen zu initiieren, in denen sich Menschen treffen, die normalerweise kaum Chancen haben voneinander zu erfahren. Als Brückenbauer beinhaltet das Handlungsfeld einer Islamberatung, die unterschiedlichen Begegnungsprojekte, die bereits erfolgreich arbeiten, jedoch wenig Aufmerksamkeit erhalten, zu kennen und sie gegebenenfalls den kommunalen Akteuren zu empfehlen, vorzustellen und unter Umständen zu vernetzen. Ebenso gehört es zum Aufgabenbereich einer Islamberatung, neue Akteure für das Themenfeld zu gewinnen, neue Begegnungen und Sprechkanäle zu initiieren und das Themenfeld insgesamt zu erweitern.

„Aber die Bürgerinnen und Bürger, also der Otto-Normal, die kommen da nicht. Das ist gerade so unsere Herausforderung, dass nicht nur die Ehrenamtlichen, die sowieso ein Bewusstsein haben zu helfen, mit diesen Menschen zusammen[kommen], sondern dass die Teil des Ortes werden.“

Dabei kann sich eine interreligiöse Sprachfähigkeit als gewinnbringende und konfliktvermeidende Kompetenz erweisen. Denn auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen benötigen ein Basiswissen und Grundverstehen für die religiösen Akteure und ihre Belange.

Ein sehr aktueller Bereich, der die Islamberatung fordern wird, ist die Verdichtung des Themenfeldes „Islam und Muslime“ durch die Fluchtbewegungen nach Deutschland im Jahr 2015. Auf der einen Seite kann hier eine Islamberatung für und in Zusammenarbeit mit Kommunen geeignete Konzepte entwickeln, um mit der gesteigerten Komplexitäts- und Vielfaltssteigerung umgehen zu können. Auf der anderen Seite kann eine Islamberatung in ihrer Funktion als Brückenbauerin bestehende Netzwerke mit muslimischen Organisationen oder muslimische Akteure selbst als Brückenbauer aktivieren, um dieser Vielfaltsverdichtung in der Praxis zu begegnen, sie sichtbar und nutzbar zu machen.

Aufgrund der von den IP angesprochenen Unsicherheiten in der Erklärung und Einordnung des kontextabhängigen Verhaltens von muslimischen Bürgern, zeichnet sich der Themenbereich „Islam und die Identitätsstiftung über den Glauben“ als Arbeitsfeld einer Islamberatung ab.

„Es gab mal türkischen muttersprachlichen Unterricht an den Schulen, also eigene türkische Klassen, die aber genauso Deutsch hatten. Und erst, vielleicht seit 15 Jahren so speziell, merke ich, dass der Islam sehr viel, wie soll ich sagen, missionarischer auftritt. Sehr viel mehr auf sich, seine Stellung, auf seine Religion pocht, wo ich sage, geben manchmal Richtungen vor, die mir nicht gefallen. An den Schulen taucht jetzt auf einmal viel öfter das Kopftuch auf, dann aber auch die Vollbekleidung, auch in der Grundschule schon, ja im Kindergarten schon. Das gab es in den Siebziger-, Achtzigerjahren überhaupt nicht. Dann sieht man auf einmal im Straßenbild auch jemanden vollverschleiert. Selten, aber vollverschleiert.“

Dabei kann eine Islamberatung Hilfestellung in den Wissensbeständen anbieten sowie Ratsuchenden hinsichtlich Identitätszuschreibungen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Debatten sensibilisieren. Auch hier besteht die Möglichkeit, aufzuzeigen, welche fremden und eigenen Identitätszuschreibungen und damit verbunden welche gesellschaftlichen Debatten, dazu geführt haben, dass Menschen bestimmter Migrationsbiographien als Muslime eingeordnet werden und mit welcher Motivation und sozialen Codes bestimmtes Verhalten erklärbar ist.

Zusammengefasst können Ansatz und Herangehensweise einer „Islamberatung in Bayern. Brückenbauer zwischen muslimischen Lebenswelten und Kommunen“ folgendermaßen benannt werden:

Brückenbauer statt Projektpartner

Die Islamberatung unterstützt als prozessbegleitende Gesprächspartnerin den Austausch zwischen kommunalen Akteuren und muslimischen Ansprechpartnern und ist eine operative, koordinierende, vermittelnde und unparteiische Instanz.

Normalität statt defizitorientierte Grundhaltungen im Miteinander

Die bereits bestehende zivilgesellschaftliche Beteiligung von muslimischen Einzelpersonen und Gruppen, die oftmals innergemeinschaftlich ausgerichtet ist und kaum in die Öffentlichkeit kommuniziert wird, wird in Kommunen selten wahrgenommen. Durch die Sichtbarmachung dieser Aktivitäten und die Beratung muslimischer Akteure bezüglich ihrer Außenwahrnehmung, kann die Einbindung in die lokale Gesellschaft verbessert werden.

Komplementär statt Konkurrenz

Bestehende Angebote zum Themenfeld „Islam und Muslime“ erfüllen zwar ihren angedachten Zweck der Präventionsarbeit und politischen Bildung. Sie sind allerdings insofern unvollständig, als dass sie kaum geeignet sind zwischen den unterschiedlichen Akteuren wertebildend zu agieren. Die Islamberatung wird daher als Möglichkeit gesehen, einen ganzheitlich orientierten Zugang zu diesem Themenfeld zu eröffnen.

Kooperation statt Isolation

Die „Unsichtbarkeit“ von muslimischen Akteuren in der Kommune wird oft als gewollte Isolation gepaart mit dem Vorwurf der Etablierung von Parallelstrukturen interpretiert. Die vermeintliche Isolation ist oftmals dem Mangel an Strukturen geschuldet, dessen Ursache wiederum am Kapazitätsmangel muslimischer Organisationen liegt. Die Islamberatung zielt darauf ab, bestehende Organisationen zu informieren, Missverständnisse aufzulösen und den Nutzen einer Zusammenarbeit für die Kommunen und die muslimischen Partner aufzuzeigen.

Vielfaltsgedanke statt Einheitlichkeit

Die faktische und gefühlte Heterogenität der Gesellschaft drängt insbesondere Minderheiten zu stärkerer Ausprägung der gemeinschaftlichen Identitätspolitik. Zugleich löst sie bei einer Vielzahl von Menschen Irritationen aus. Diese Rückbezogenheit ist jedoch darin hinderlich, die gesellschaftliche Vielfalt in Deutschland als Potential zu verstehen und anzunehmen. Die Islamberatung bietet hierfür eine moderierende Form, um mit gesellschaftlicher Vielfalt und ihren Herausforderungen religionskompetent und kommunaladäquat umzugehen.

Die Kommunen

im Überblick

Schweinfurt (Unterfranken) 13

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
54.566 (Stand 31.12.2017)

Slogan der Stadt
Zukunft findet Stadt

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Stabsstelle Gerne daheim in Schweinfurt (seit 2003)

Integrationskonzept
-

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Integrationsbeirat (seit 2015)

Dialogformate
-

Erlangen (Landkreis Mittelfranken) 4

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
113.164 (Stand 30.06.2018)

Slogan der Stadt
Offen aus Tradition

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Integrationskonzept
Leitbild für Integration (2007)

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Ausländer- und Migrationsbeirat (seit 40 Jahren)

Dialogformate
christlich-islamischer Arbeitskreis (seit 1996)
Freundeskreis der muslimischen Gemeinden in Erlangen (seit 2010)

Ingolstadt (Oberbayern) 6

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
137.520 (Stand 30.09.2018)

Slogan der Stadt
IN Vielfalt leben, Die hunderttürmige Stadt

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Stabsstelle Integrationsbeauftragter (2006), Städtischer Beauftragter für den christlich-islamischen Dialog (seit 2002)

Integrationskonzept
Integrationsbericht (2013)

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Migrationsrat (seit 1979)

Dialogformate
christlich-islamischer Dialog (seit 1999)
Migrationsforum (seit 1999)

Kempten (Schwaben) 7

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
70.157 (Stand: 31.12.2017)

Slogan der Stadt
Kempten - die Römerstadt

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Amt für Integration (seit 2015/2016),
Amtsleiter ist Integrationsbeauftragter

Integrationskonzept
-

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Integrationsbeirat

Dialogformate
Projekt „Interreligiöser Dialog“ in Kooperation mit Integrationsbeirat

Augsburg (Schwaben) 1

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
295.895 (Stand 31.12.2017)

Slogan der Stadt
Friedensstadt – Eine Stadt für alle

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt

Integrationskonzept
Integrationsentwicklungskonzept (2018)

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Integrationsbeirat (seit 1974)

Dialogformate
Islamforum (seit 2010)

Penzberg (Oberbayern) 12

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
17.619 (Stand 01.07.2018)

Slogan der Stadt
Penzberg Gut Leben

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
-

Integrationskonzept
Integriertes Stadtentwicklungskonzept

Ausländer-/ Integrationsbeirat
-

Dialogformate
Private Initiative



Hof (Oberfranken) **5**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
47.296 (Stand 28.02.2018)

Slogan der Stadt
In Bayern ganz oben

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Integrationslotsen werden eingerichtet

Integrationskonzept
soll erstellt werden

Ausländer-/ Integrationsbeirat
-

Dialogformate
-

Bayreuth (Landkreis Oberfranken) **2**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
103.876 (Stand 31.12.2016)

Slogan des Landkreises
Vielfalt und Vision

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Amt für Kinder, Jugend, Familie und Integration (Allianz gegen Rechtsextremismus beigetreten 2011), Integrationslotsin

Integrationskonzept
-

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Integrationsbeirat (seit 2016)

Dialogformate
Demokratie leben! (seit 2015) über das Projekt werden Integrationslotsen gefördert

Neutraubling (Oberpfalz) **11**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
14.402 (Stand 2017)

Slogan der Stadt
Niemand war schon immer da

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
-

Integrationskonzept
-

Ausländer-/ Integrationsbeirat
-

Dialogformate
-

Landshut (Niederbayern) **8**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
70.675 (Stand 31.05.2017)

Slogan der Stadt
-

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Amt für Migration und Integration (seit 2017)

Integrationskonzept
soll erstellt werden

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Beirat für Migration und Integration (seit 2009)

Dialogformate
interreligiöses Forum

Mintraching (Oberpfalz) **9**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
5.056 (Stand 31.12.2017)

Slogan der Stadt
-

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Ehrenamtlicher Helferkreis

Integrationskonzept
-

Ausländer-/ Integrationsbeirat
-

Dialogformate
-

Bayern

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
12.997.204 (Stand 31.12.2017)

Slogan des Landes
Welcome Dahoam

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung (seit 2008)

Integrationskonzept
Bayerische Integrationsgesetz (2008), (neu 2016)

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Bayerische Integrationsrat (seit 2010)

Dialogformate
Koordinierungsrat des christlich-islamischen Dialogs (KCID), Dialog für Demokratie

München (Oberbayern) **10**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
1.532.706 (Stand 31.08.2018)

Slogan der Stadt
einfach München, Weltstadt mit Herz

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Stelle für interkulturelle Arbeit (seit 1998)

Integrationskonzept
Integrationskonzept (2008)

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Migrationsbeirat (seit 1974)

Dialogformate
MFI Münchner Forum für Islam
Muslimrat München e.V.
Gesellschaft Freunde Abrahams e.V.
Rat der Religionen

Starnberg (Landkreis Oberbayern) **14**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
134.732 (Stand 31.12.2016)

Slogan des Landkreises
-

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Integrationsamt von Caritas, Landkreis

Integrationskonzept
soll erstellt werden

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Ausländerbeirat

Dialogformate
-

Ebersberg (Landkreis Oberbayern) **3**

Einwohnerzahl (Haupt- und Nebensitz)
140.027 (Stand 30.06.2017)

Slogan des Landkreises
-

Integrationsbeauftragte/Integrationsamt
Integrationsbeauftragter (seit 2014)

Integrationskonzept
-

Ausländer-/ Integrationsbeirat
Integrationskonferenz (2007)

Dialogformate
-

Kommunen und die Herausforderungen einer vielfältigen muslimischen Lebenswelt in Bayern

Eine aktuelle Situationsbeschreibung

Vielfalt muslimischer Lebenswelten in Bayern

Migration, vor allem muslimische Migration, hat seit der frühen Neuzeit eine lange und zumeist unbekannte Geschichte. Ein Blick in die bayerische Geschichte verdeutlicht, dass muslimische Präsenz nicht erst seit dem Anwerbeabkommen in den 1960er Jahren oder den globalen Entwicklungen der jüngsten Zeit auszumachen ist, sondern viel weiter in die Vergangenheit reicht. Bereits im 16. Jahrhundert kamen die ersten Muslime als osmanische Kriegsgefangene („Beutetürken“), als Leibeigene des Kurfürsten Max Emanuel, als Studierende, Diplomaten und auch als Geflüchtete in das Gebiet des heutigen Deutschland. Sie lebten in Bayern (und Deutschland), gründeten Studierendenwohnheime, Vereine und religiöse Versammlungsorte (Rohe 2018:11f)¹. Die entstandenen Gemeinschaften weiteten sich zu Institutionen aus, die das religiöse Leben organisieren und ihren Platz als Sprachrohr für die religiöse Gemeinschaft in der Gesellschaft suchen und einnehmen.

Nachfolgend soll die aktuelle Situation bezüglich kommunaler Herausforderungen im Bereich Integration und islambezogene Themen, Vielfalt der muslimischen Gruppen und ihrer öffentlichen Wahrnehmung nachgezeichnet werden, um abschließend das Thema junge Muslime als neue Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen zu behandeln.

Religion in Zahlen?

Über die Zahl der heute in Bayern lebenden Muslime gibt es aktuell keine verlässlichen Daten. Zuletzt wurde für Deutschland die Zahl der Muslime zwischen 4,4 und 4,7 Millionen geschätzt, was einen Anteil von 5,4% – 5,7% an der Gesamtbevölkerung ausmacht (Stichs, 2016:5)². Werden Schätzungen aus dem Jahre 2008³ als Grundlage zur Bestimmung der Anzahl von Muslimen in Bayern herangezogen, lässt sich errechnen, dass „13 Prozent von rund 4,5 Millionen Muslimen in Deutschland 2008 in Bayern lebten“ (Rohe 2018:8). Dies entspricht in etwa einer Zahl von 585000 Muslimen in Bayern. Das Fehlen verlässlicher statistischer Daten zu muslimischem Leben in den einzelnen Kommunen Bayerns führt vielerorts zu Vorbehalten, welches durch Unwissenheit zu Verunsicherungen in der Begegnung und im Handeln führt. Versuche, quantitative Daten zu generieren, stehen vor der Herausforderung, dass die persönliche Überzeugung nicht mit der formalen Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft übereinstimmen muss und umgekehrt, eine formale Zugehörigkeit nichts über die Glaubensintensität und Religionsaffinität aussagt. Darüber hinaus kann die Glaubensintensität zeitlich sogar variieren, so etwa, wenn Muslime zu Ramadan fasten,

1

Rohe, Mathias (2018). ISLAM IN BAYERN. Policy Paper für die Bayerische Staatsregierung im Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Erlangen: EZIRE.

2

Stichs, Anja (2016). Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015. Working Paper 71 des Forschungszentrums des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

3

MLD, Muslimisches Leben in Deutschland, Köln: ZA5244 GESIS Datenarchiv 2008.

sonst aber kaum religiöse Praxis im Alltag aufweisen. Folglich ist die Kommunalpolitik mit dem Problem konfrontiert, dass eine Erhebung über Religiosität nicht dazu führt, konkrete Zahlen über gläubige und/oder praktizierende Bürger mit muslimischer Religionszugehörigkeit vorzulegen, anhand dieser konkrete Handlungsstrategien, die bedarfsorientiert sind und alle erreichen, erfasst und umgesetzt werden können. Dennoch gibt es einige Erfolgsbeispiele, die zeigen, wie auch ohne konkrete Zahlen bedarfsorientierte Angebote möglich sind: Die Stadt Landshut feiert seit Jahren ein Fest der Kulturen und hat sich in diesem Jahr als Kooperationspartnerin beim Ramadan-Fest beteiligt. Aschaffenburg feiert seit 33 Jahren das Fest „Brüderschaft der Völker“ und zeigt damit, wie „Stadtgemeinschaft mit Leben gefüllt“ werden kann⁴. Der Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt lädt jährlich zum Dialog der Religionen ein, um über aktuelle Themen zu sprechen und gemeinsame Veranstaltungen zu planen⁵. In anderen Fällen kann das Nichtvorhandensein von empirischen Daten zur Hemmung in der Integrationsarbeit und der Chancengerechtigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft führen. Unbestritten ist, dass das Bestreben auf Basis der religiös-weltanschaulichen Überzeugungen ein dauerhaft stabiles und friedvolles Verhältnis zu schaffen, einen positiven Beitrag für das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben bietet.

Integration im Aufgabenspektrum der Kommunen

Laut dem Statistischen Bundesamt lag 2017 der Anteil der Bevölkerung mit Migrationserfahrung in Deutschland bei 23,6%⁶. Für Bayern wurde im selben Mikrozensus der Anteil der Personen mit Migrationserfahrung an der Bevölkerung mit 28% bis 30% ausgewiesen⁷. Dieser Umstand wird von Kommunen, insbesondere von größeren Städten aufgegriffen, die in ihrer Selbstdarstellung auf die Internationalität und Vielfalt der Lebenswelten und Lebensentwürfe in ihrer Stadt als ein positives und gemeinsames Narrativ verweisen⁸. Das Aushängeschild, eine vielfältige, weltoffene, multireligiöse und mehrsprachige Stadt zu sein, führt allerdings nicht zwangsläufig zu einer politischen Strategie der Entwicklungsförderung von Vielfalt. Ökonomische und auch soziale Faktoren beeinflussen häufig das politische Handeln und damit die Ausrichtung der Verwaltung hin zur Öffnung für Diversität der Bevölkerung oder der Hürden für Migrationszugänge. Innerhalb einer Kommune wird der Diskurs über Migration ebenso über das Verwaltungshandeln und insbesondere die politische und amtliche Sprache mitbestimmt. Während die Integrationsarbeit keine genuine Pflichtaufgabe der Kommunalverwaltung darstellt, verstehen manche Kommunen, unter anderem aufgrund ihrer Geschichte, Integration als eine Querschnittsaufgabe, die zum einen in die (Stadt-) Gesellschaft und zum anderen in die eigenen Verwaltungsstrukturen hineinstrahlt. Der kommunale Qualitätszirkel zur Integrationspolitik schreibt 2012 in seiner Empfehlung: „Die Kommunen sind im Sinne der Daseinsvorsorge zwar im Prinzip allzuständig, sie haben aber keinen religiösen Auftrag. Auch der interreligiöse Dialog ist keine kommunale Aufgabe, sofern es um Glaubensinhalte geht. Allerdings ist es im kommunalen Interesse, diesen Dialog aktiv zu fördern.“⁹

Damit wird der Idee, dass das Erlernen des Umgangs mit divergierenden Überzeugungen als eine grundsätzliche Kompetenz für alle Gesellschaftsmitglieder wichtig ist, Bedeutung beigemessen.

Kommunale Belange von Religionsgemeinschaften

Die Bertelsmann Stiftung stellte im Religionsmonitor 2017 die Frage nach der Rolle der Religion für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe. Insgesamt wurde festgestellt, dass sich 2016 44% der Muslime ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten¹⁰. Darüber hinaus ist der Studie zu entnehmen, dass unter den Muslimen 30% angaben, sich in verschiedenen Bereichen freiwillig zu engagie-

4 <https://www.bruederschaft-der-voelker.de/> [Zugriff am 31.10.2018].

5 Die Beispiele stellen eine Auswahl dar. Aus Platzgründen wird darauf verzichtet, alle Erfolgsbeispiele im Einzelnen aufzuzeigen.

6 https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/08/PD18_282_12511.html [Zugriff am 22.10.2018].

7 Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.2, 2017 https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund-2010220177004.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff am 22.10.2018].

8 Aus den Ergebnissen der Interviews dieser Studie.

9 „Umgang mit religiöser Vielfalt – Handreichung für die kommunale Praxis“, 2. <https://www.stuttgart.de/img/mdb/item/385012/82577.pdf> [Zugriff am 31.10.2018].

10 Bertelsmann Stiftung, Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens?, S. 24. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/BSt_Religionsmonitor-Fluechtlingshilfe_3_2017_web.pdf [Zugriff am 31.10.2018].

11

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH (2016). (Hrsg.) Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten von 2016 mit Integrationsbarometer. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/04/SVR_JG_2016-mit-Integrationsbarometer_WEB.pdf [Zugriff am 31.10.2018].

12

MUSA - Muslimische Seelsorge Augsburg, ABCami - Alphabetisierung und Grundbildung an Moscheen. ABCami möchte Personen erreichen, die zu bestehenden Alphabetisierungs- und Grundbildungskurse schwer Zugang hatten oder schwer zu motivieren waren. Dabei wird der Lernort Moschee genutzt, um die Menschen dort zu erreichen, wo sie sich in ihrem Alltag wohlfühlen. <https://www.abcami.de/> [Zugriff am 29.10.2018].

13

Ein Weiterbildungsangebot der Stadt München, Imame und Seelsorger in die säkulare Stadtgesellschaft zu integrieren und als Multiplikatoren auszubilden. Vgl. http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/388_muenchen_kompetenz_broschuere.pdf [Zugriff am 29.10.2018]. Träger der Projektarbeit ist der Verein MünchenKompetenz für Imamweiterbildung e. V., welcher sich aus ehrenamtlichen Projektteilnehmenden 2010 gründete und heute über ein starkes Netzwerk in Bayern verfügt. Vgl. Fadai, Sidigullah und Sebastian Johna (2014). Die Arbeit von MünchenKompetenz. In: Handbuch Christentum und Islam in Deutschland, Mathias Rohe u. a. (Hrsg.). Bd.2. Freiburg: Herder, 1267–1278.

14

Als ein positives Beispiel ist hier die Broschüre „Willkommen in Deutschland. Wegweisung für muslimische Migranten zu einem gelingenden Miteinander in Deutschland“ zu erwähnen, die vom Münchener Forum für Islam im Jahr 2015 herausgegeben wurde. Vgl. <http://www.islam-muenchen.de/wp-content/uploads/2015/12/03-Willkommen-in-Deutschland.pdf> [Zugriff am 8.11.2018].

ren. Verschiedene Forschungen haben ergeben, dass das Ehrenamt die soziale bzw. zivilgesellschaftliche Teilhabe fördert und damit einen Beitrag für eine friedvolle und tolerante Gesellschaft leisten kann¹¹. Durch das muslimische ehrenamtliche Engagement (an dieser Stelle sind für Bayern unter anderem MUSA, MUSI¹², wie auch Alphabetisierungskurse im Projekt ABCami zu nennen) können Begegnungen initiiert und im allgemeinen Präventionsbestreben und Demokratiebildung (auf der persönlichen Ebene) neue Impulse gesetzt werden. Werden derartige Angebote ohne die Einbindung der Kommunen geleistet, kann es zu Missverständnissen und Unverhältnismäßigkeiten bis hin zum Scheitern führen. Zugleich können bedarfsorientierte Angebote, die ohne die muslimischen Akteure von Kommunen konzipiert werden, zu fehlenden Teilnehmenden führen und womöglich Unbehagen und Misstrauen aufseiten der Muslime auslösen (Rohe 2018:39). Empfängnisse wie Bevormundung oder Ausschluss führen zu entgegengesetzten Ergebnissen, nämlich der Distanzierung und Abschottung der Zielgruppe. Damit das Engagement ausgebaut, Projekte umgesetzt und nachhaltig etabliert werden können, bedarf es nicht nur engagierter Menschen, sondern auch konkrete Planungs- und Organisationshilfe. In diesem Kontext sind Qualifizierungsangebote in Form von Fortbildungen (z. B. MünchenKompetenz¹³) und Projekten in den verschiedensten Themenbereichen zu sehen, die auch heute weitergeführt und neu konzipiert werden.¹⁴

Integration vs. islambezogene Themen

Häufig werden verschiedene Themen, z. B. Asyl, Geschlechterdifferenz/-trennung, Sport, Partizipation an Gesellschaft, Moscheebau etc. unter dem Arbeitsfeld Integration subsumiert, wodurch sich Vorstellungen, Bedürfnisse und Funktionen vermischen können. So werden vielerorts islambezogene Themen unter dem Gesichtspunkt Integration behandelt, obschon Muslime seit vielen Jahren mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft hier leben. Die Vermischung von Themen, die das genuin religiöse Handeln und das allgemeine Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen Lebensphilosophien betreffen, hat mindestens zwei Gründe: Zum einen fehlt es Kommunen an entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen der Themenbearbeitung und Informationsbeschaffung, zum anderen zeigt sich darin das hohe Maß an Verunsicherung und unzureichender (Fach-)Kenntnisse zur Migrationsgeschichte und Migrationsprozessen in der Gegenwart wie auch in der Vergangenheit. Die vergangenen und gegenwärtigen Vorgänge und Auswirkungen von Migration wie auch die Herausforderungen und Chancen für die Gesamtgesellschaft werden unzureichend thematisiert, wodurch einer Teilung der Gesellschaft in Wir- und Ihr-Gruppen Raum gegeben wird. Bestehende Konflikte haben unter anderem ihren Ursprung in der Verunsicherung, die auf Seiten der Muslime und Nicht-Muslime auszumachen sind.

Der Islam in der öffentlichen Wahrnehmung

Debatten über Zugehörigkeit(en), Anpassung und Teilhabe sind häufig negativ konnotiert und entsprechen nicht der Lebensrealitäten und Lebensnormalitäten vieler Menschen mit und ohne eigener Migrationserfahrung. Oft wird „der Islam“ als Forschungsgegenstand essentialisiert¹⁵. Dabei führt der Versuch starker Thesenbildung, also Annahmen über Muslime und muslimisches Leben, zur Vereinfachung und Komplexitätsreduktion. Das führt letztlich dazu, dass sie als eine homogene Gruppe verklärt, wahrgenommen, stigmatisiert und häufig unter Generalverdacht gestellt, sowie als Gruppe mit einer feindseligen Grundhaltung abgewertet werden (Rohe 2018: 81). Die Religion oder eine Weltanschauung ist zwar ein wichtiger identitätsstiftender Faktor für viele Menschen, sie ist aber nicht die einzige Richtschnur. Der Vorgang der „Muslimisierung“ vollzieht sich über xenophobe Einstellungen, phänotypische Zuschreibungen, Vorurteile und besonders durch fehlendes Wissen. Für die Wahrnehmung der

Binnenpluralität im Islam wird durch eine Fremdzuschreibung, die auf den eben genannten Phänomenen gründet, wenig Raum eröffnet. Trotz der Selbstbeschreibung und Selbsteinschätzung wird versucht, alle Muslime als eine Einheit zu denken. Die Reduzierung auf die Seinsform „Muslim“ lässt die alltäglichen Probleme und Bedarfe z. B. von Kindern, jungen Erwachsenen, Arbeitnehmenden, Rentnerinnen und Rentner und auch Geflüchteten nicht differenzieren. Oft haben migrationsbedingte Probleme wie z. B. Zugänge zu Wohnraum oder Arbeitsmarktintegration nichts mit der Religion bzw. Religionszugehörigkeit zu tun, wie auch kulturelle Phänomene bestimmter Lebensformen religionsübergreifend auftreten (Rohe 2018:10f, 72). Vermischungen von „Religion und ethnisch-rassistischer Ausgrenzung sind ebenso zu beobachten, wie verschwörungstheoretische Positionen, die eine gezielte islamische Eroberung Europas, angeblich unterstützt von den politischen Eliten, herbeiphantasieren („Islamisierung Deutschlands/Europas““ (Rohe 2018:81). Daraus ergibt sich ein weiteres Konfliktfeld: Muslime sind oft Zielgruppe von Präventionsmaßnahmen und Deradikalisierungsprogrammen, während sie zugleich wie andere Menschen in Deutschland Opfer von kriminellen Übergriffen, Anschlägen und allgemeinen Verdächtigungen sind. Dieser Zustand erschwert es ihnen häufig, Ansprechpartner auf Augenhöhe zu sein und sich für zukunftsweisende Themen und Aufgaben einzusetzen, statt wie gegenwärtig, sich immer wieder mit den auf sie einprasselnden Vorurteilen und Vorbehalten auseinanderzusetzen.

Muslimische Gruppen vor Ort: Die Wirkung kirchlicher Organisationsstrukturen und die Einbettung im politischen Kontext

Eine unübersehbare Herausforderung ist das Ungleichgewicht der Religionsgemeinschaften im Vergleich. Kirchliche Strukturen sind im Laufe der Jahrhunderte gewachsen, wodurch es insbesondere der katholischen und evangelischen Kirche gelungen ist, feste Strukturen zu etablieren und hauptamtliche Mitarbeitende nicht nur für Seelsorge, sondern auch für verschiedene Bereiche des sozialen Arbeitens einzurichten. Demgegenüber stehen muslimische Gemeinden, die als Vereine oder Verbände überwiegend ehrenamtlich strukturiert sind. Trotz der sich verändernden Situation fehlt es oftmals immer noch an geeigneten Vertretern, die den Bedingungen der kommunalen Zusammenarbeit strukturell und sprachlich gewachsen sind. Entsprechend dem Vorbild der Kirchen wird nach Vertretern gesucht, die eindeutige und für eine große Gruppe verbindliche Aussagen und Vereinbarungen treffen können. Diskrepanzen, die auf das Ehrenamt und die fehlenden Professionen und Ressourcen zurückzuführen sind, kollidieren mit Eigeninitiative, Interesse, Engagement sowie Budget der Kommunen und der politischen Stimmung. Konkret bedeutet dies, dass sich muslimische Organisationen aufgrund ihrer derzeitigen Situation überfordert fühlen, wenn ihnen darüber hinaus spezielle Aufgaben der Integration von Kommunen übertragen werden, wie beispielsweise ehrenamtliche Deutschkurse, die nicht zu ihren genuinen Tätigkeitsfeldern gehören. Demgegenüber fehlt es Kommunen an Mitteln für die Einrichtung planmäßiger Stellen, um von einer losen Aufgabenübertragung zu einer strukturierten, themenorientierten und stabilen Zusammenarbeit zu kommen.

Der Kontaktweg der Kommunen in die muslimische Community führt meist zu organisierten Muslimen, die über die Moscheegemeinden einen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Der religiösen Begegnungsstätte, die als die spirituelle Heimat zu deuten ist, fühlen sich Muslime, zugehörig. Es ist ihnen ein Anliegen, ihr Engagement, welches sich aus der religiösen Weltansicht speist, in die Gesellschaft hineinzutragen. Im Laufe der Zeit haben einige Kommunen trotz Hürden Möglichkeiten gefunden, Beziehungen aufzubauen und Moscheegemeinden als zivilgesellschaftliche Akteursgemeinschaft wahrzunehmen. Bis heute stehen Kommunen vor dem Problem, die ideologische Gesinnung der Gemein-

15

Vgl. Amir-Moazami, Schirin (2018). Epistemologien der „muslimischen Frage in Europa. In: Der inspizierte Muslim. Zur Politisierung der Islamforschung in Europa. Schirin Amir-Moazami (Hrsg.). Bielefeld: transcript Verlag, 91–123.

den einzuordnen. Rohe konstatiert, dass „Moscheevereine sowohl eine positive, stabilisierende und kommunikationsoffene Politik verfolgen [können] wie auch das Gegenteil – überhebliche Ablehnung Andersdenkender und Selbstausgrenzung“ (Rohe 2018: 20). Verbandsunabhängige Gemeinden stehen ebenso vor der Herausforderung wie jene, die sich einem Verband angeschlossen haben. Dachverbände versuchen Einfluss auf die Gemeinden zu nehmen, um die Kursrichtung anzugeben oder, weil sie Mitgliedergemeinden brauchen auf Landes-/ bzw. Bundesebene sprachfähiger und hörbar zu werden. Dennoch ist „vielen dieser Organisationen gemeinsam, dass sie kein scharf abgrenzbares religiöses Profil aufweisen, sondern religiös-kulturelle Prägungen, die mit der Migrationsgeschichte der Mitglieder zusammenhängen. [...] Eine pauschale Einschätzung „der Verbände“ als „konservativ“, „traditionalistisch“ oder gar als integrationsfeindlich ist populär, verfehlt aber die differenzierte Faktenlage“ (Rohe 2018:19). Festzustellen ist, dass die meisten bisherigen Hauptansprechpartner Moscheegemeinden waren, die im Dachverband DITIB organisiert sind. Dabei wurde das Potential jener Muslime nicht berücksichtigt, die ihre spirituelle Heimat nicht in der Moschee sehen und zugleich mit ihrem ehrenamtlichen oder politischen Engagement einen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Die jüngsten Ereignisse in der deutschen Politik wie auch im Ausland (z. B. Türkei, Iran) haben dazu geführt, dass besonders junge Menschen mit neuen Perspektiven auf Teilhabe an der Gesellschaft blicken und sich von den Moscheegemeinden oftmals nicht mehr adäquat repräsentiert und vertreten sehen. Die Seins- und Lebensfragen in den Moscheen sind nicht nur andere als die junger Menschen, auch die Antworten sind für sie oft nicht befriedigend genug. Des Weiteren führen Radikalisierungseinstufungen der Sicherheitsbehörden, Razzien in Moscheen und Schließungen von Moscheen aufgrund von baurechtlichen Fragen mit gleichzeitiger mangelnder Teilhabemöglichkeiten der jungen Experten¹⁶ zur Abgrenzung der jungen Menschen von den Gemeinden. Zum einen sind es die politischen und gesellschaftlichen Debatten zu Zugehörigkeit und Teilhabe, zum anderen sind es neue innerislamische Aushandlungsprozesse und Ansprüche an die Gesellschaft.

16

Diese Einschätzung beruht auf Arbeitsgespräche mit jungen Menschen und Jugendverbänden.

Transnationale Konflikte und ihre Auswirkungen auf bayerische Kommunen

So sind die jüngsten Ereignisse in der Türkei (z. B. Putschversuch im Jahr 2016, Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018) und ihre Rezeption in Deutschland (medial wie auch bei öffentlichen Wahlsiegesfeiern) und schließlich die im September 2018 in Anwesenheit des türkischen Präsidenten stattfindende Eröffnung der DITIB-Zentralmoschee in Köln zu deuten, die auch auf lokaler Ebene zu Brüchen im Vertrauensverhältnis führten. Am Beispiel der DITIB, der Debatten um die Hizmet-Vereinigung¹⁷ (in der Türkei und in Deutschland) und weiterer politischer transnationaler Konflikte (z. B. Syrien-Krieg, sogenannter Islamischer Staat) lassen sich das fragile Verhältnis und die direkten Auswirkungen auf die hiesigen Lebenswelten ablesen. Kooperationen mit dem DITIB-Dachverband und einzelnen DITIB-Gemeinden sowie Initiativen aus den Hizmet-Vereinigungen wurden zunächst oder zum Teil auf Eis gelegt und mitunter sukzessive abgebrochen. Den bisher geleisteten Teilhabeprozessen und dem bereits bestehenden Engagement wurde die Anerkennung entzogen, was schließlich bei vielen zu Resignation, Rückzug und Frust führte. Häufig werden Muslime, wenn keine pauschale Einordnung als Geflüchtete oder Arabischstämmige stattfindet, türkisiert. Internationale politische Ereignisse werden als Schablone für lokale Vorkommnisse herangezogen und miteinander vermengt. Eine zunehmende Politisierung des Individuums ist dabei zu beobachten, die von außen aber zugleich auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft stattfindet.

17

Eher bekannt als Gülen-Bewegung.

Auch innermuslimische Aushandlungsprozesse über Deutungshoheiten und Vormachtstellungen zwischen den islamischen Konfessionen, Exklusion und Ansehen in der muslimischen Community und damit in der Gesamtgesellschaft sind durch Außenstehende schwer entzifferbar. So etwa bei „ethnisch oder politisch motivierte[n] Rivalitäten, um ausschließliche Repräsentation gegenüber dem Staat oder den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften“ (Rohe 2018: 42) oder aus theologischen Positionierungen innermuslimische Konkurrenz besteht. Um repräsentative Ansprechpartner zu finden, so eine große Gruppe anzusprechen und zugleich den innerislamischen Frieden und Zusammenschluss verschiedener Gruppen zu befördern, braucht es bei allen Seiten der Beteiligten ein hohes Maß an Kreativität, Resilienz¹⁸ und Mut auch neue Kommunikationswege zu beschreiten.

Innermuslimische Transformationsprozesse vollziehen sich auch entlang der Generationenfrage: Junge Muslime als neue Ansprechpartner

Junge Muslime beginnen ihre Religion neu zu deuten, die Inhalte über die sie sprechen möchten, eigenständig zu bestimmen und selbstbewusst ihren Weg zu beschreiten. Die Emanzipation vollzieht sich auf zwei Ebenen: Viele von ihnen sind mit Zuschreibungen aufgewachsen, die das Muslimsein und Deutschsein als verschiedene, unvereinbare Kategorien definieren und beginnen nun, sich aus dem Korsett der Zuschreibungen und Viktimisierungen¹⁹ zu befreien und die Deutungshoheit über sich selbst und ihren Glauben zurückzugewinnen. Sie stehen vor der Aufgabe als ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sichtbar und aktiv zu sein und sich von den Erwachsenen-Strukturen zu lösen. An ihnen lässt sich die neue Entwicklung von Migrantenselbstorganisation hin zu deutschen religiösen Organisationen erkennen, die in Zukunft für das Bild und den Umgang mit Muslimen prägend sein wird.

Das Projekt „Junge Muslime als Partner“²⁰ untersuchte 2012–2014 hauptsächlich in Baden-Württemberg islamische Jugendarbeit auf ihre Strukturen, Schwerpunkte und Ausrichtung hin und stellte fest, „dass die Jugendarbeit noch stark von Erwachsenenverbänden oder Gemeindevorständen abhängig ist. Allerdings sind langsam Emanzipationsprozesse zu beobachten. [...] Loslösungsprozesse von etablierten Strukturen sind zum Teil auch auf lokaler Ebene zu sehen.“²¹ Weiter wird erwähnt, dass Kooperationsformen junger Muslime sich demnach im Engagement zur Aufnahme in Jugendringen oder interreligiösen Dialogprojekten äußern.

In diesen Kontext lässt sich das im Frühjahr 2017 geschlossene Niederlegen aller Ämter durch den Vorstand des Bundesverbandes der DITIB-Jugend, dem Bund der Muslimischen Jugend (BDMJ), einordnen. Die zurückgetretenen jungen Erwachsenen formierten und organisierten sich neu, woraus der Jugend- und Bildungsverband, das *Muslimisches Jugendwerk*²², entstand, welcher „[...] vor allem da ansetz[t], was fehlt, auszugleichen und die Jugendarbeit, die in DITIB, Milli Görüs und Co verrichtet wird, so ein bisschen ergänzen und auch Jugendliche, die sich in der Verbandsarbeit von den klassischen islamischen Religionsgemeinschaften nicht vertreten sehen, mit einzubeziehen und ihnen eine Möglichkeit zu geben, auch Jugendarbeit zu machen, unabhängig von einem Dachverband, unabhängig von einem Verband, der türkisch oder arabisch ist.“²³

Ausreichende Beispiele hierfür sind deutschland- und auch bayernweit zu finden, exemplarisch sollen hier die Jugendverbände Islamische Jugend Bayern (IJB), DITIB Jugend Bayern und Bund der Alevitischen Jugendlichen in Bayern (BDAJ Bayern) als Mitglieder des Bayerischen Jugendrings Erwähnung finden. Die

18

Resilienz meint die Fähigkeit eines Menschen oder eines Systems, aus Belastungen oder Krisen gestärkt hervorzugehen.

19

Meint das zum-Opfer-Werden bzw. Zum-Opfer-Machen.

20

Hamdan, Hussein, Hansjörg Schmid (2014). *Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

21

<https://www.ufuq.de/islamische-jugendarbeit-in-deutschland-junge-muslime-als-partner/> [Zugriff am 22.10.2018].

22

<https://muslimisches-jugendwerk.de/> [Zugriff am 22.10.2018].

23

https://www.deutschlandfunk.de/erstes-muslimisches-jugendwerk-raus-aus-den-moscheen.886.de.html?dram:article_id=414587 [Zugriff am 22.10.2018].

24

Der BDAJ Bayern versteht das Alevitentum als eine eigenständige Religion. <https://www.bdaj-bayern.de/alevitentum/kurzportrait> [Zugriff am 22.10.2018].

25

<https://www.bjr.de/themen/partizipation-und-demokratie/dialog-fuer-demokratie.html> [Zugriff am 05.11.2018].

26

Vgl. Gümüşay, Ali Aslan (2014). Das Zahnräder Netzwerk. In: Handbuch Christentum und Islam in Deutschland, Mathias Rohe u. a. (Hrsg.). Bd. 2. Freiburg: Herder Verlag, 1237–1245. Weitere Informationen sind auf der Homepage zu finden <http://www.zahnraeder-netzwerk.de/> [Zugriff am 05.11.2018].

27

Die Gruppe i,Slam bietet jungen Muslimen eine Bühne, sich zu Wort zu melden und die Gesellschaft mitzugestalten. Dafür wird die Tradition des amerikanischen Poetry-Slam genutzt. <http://i-slam.de/index.php/de/> [Zugriff am 05.11.2018].

28

<https://www.infranken.de/regional/erlangenhoechstadt/erlangengruendet-muslimisches-bildungswerk;art215,3240052> [Zugriff am 30.10.2018].

institutionelle Verstetigung der Jugendarbeitsstrukturen eröffnet jungen Menschen neue Kommunikationsmethoden und verschafft ihnen auch durch die finanziellen Grundlagen von Regelstrukturen die Möglichkeit, sich selbst verorten und für sich selbst sprechen zu können. Besonders die Alevitische Jugend kann diese Strukturen zur Selbstbestimmung nutzen und entscheiden, wo sie sich – unabhängig der Fremdzuschreibung – religiös und auch kulturell einordnet²⁴. Zudem beteiligen sich die DITIB-Jugend Bayern und die IJB am Projekt Dialog für Demokratie²⁵. Neben den etablierten Gruppen sind zahlreiche kleinere Ortsgruppen auszumachen, die dabei sind, sich zu formieren und strukturell aufzustellen, wie z. B. die Jugendgruppen der Hizmet-Vereinigung oder muslimische Pfadfindergruppen (zuletzt in Neumarkt gegründet).

Vereinigungen wie Zahnräder Netzwerk²⁶ oder i,Slam²⁷, aber auch Satire- und Bildungsformate, die in sozialen Netzwerken auf sich aufmerksam machen, zeigen die Veränderungen der Repräsentation und Teilhabe junger Muslime in Deutschland. Fragen, die das alltägliche Leben betreffen, werden auch in dem neu gegründeten muslimischen Bildungswerk Erlangen (MBE) angeboten. „Wir schließen die Lücke zwischen theologischen Diskussionen und Alltagsthemen mit niederschweligen Bildungsangeboten zu religiösen und gesellschaftlich relevanten Fragestellungen“ formuliert die MBE-Sprecherin die Zielsetzung des Bildungswerks.²⁸

Fazit

Die Situation in Bayern befindet sich im Wandel. Während sich manche Kommunen schon sehr lange mit den Themen religiöse Pluralität und den Potentialen von Begegnung und Kontakt zur Wahrnehmung der Existenz des Anderen beschäftigten, ist es für andere Kommunen eine neue Aufgabe und Herausforderung. Der Versuch, Daten zu erheben, um den Bedarf zu eruieren, ist nicht zwangsläufig notwendig, um tragfähige Beziehungen und zukunftsweisende Zusammenarbeit aufzubauen. Die religiöse Vielfalt ist, neben den Mühen der Vielfalt, eine Chance für ein tolerantes und friedvolles Zusammenleben. Dafür braucht es Mut, aber auch die Bereitschaft, sich offen zu begegnen und den interreligiösen und interkulturellen Dialog zu fördern. Für Kommunen bedeutet das ebenso auf die Wirkungen und Äußerungen der Religionen in der Öffentlichkeit durch Symbole, Praktiken, Riten, Institutionen und Kommunikationsstrukturen und -formen genauso sensibel zu reagieren, der bisherigen Tradition des Zusammenlebens und der Bedeutung der Religion für die individuelle Sphäre des gesellschaftlichen Lebens Bedeutung beizumessen. Diese schwierige Aufgabe ist ein langandauernder Prozess, welcher immer wieder neu diskutiert und ausgehandelt werden muss. Die jungen Muslime sind die Ansprechpartner von morgen. Ihre derzeitigen Bestrebungen lassen auf gute Beziehungsebenen in Kommunen hoffen. Ihr Potential kann zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe führen. Es bleibt abzuwarten, wie und wohin sich die jungen Muslime entwickeln werden.

Religionen als Brücken eines gelingenden Lebens?

Sinnsuche im Kontext von Migration und neuer gesellschaftlicher Einbettung

1. Einleitung

Der literarische Topos „Sag mir, wie hältst du es mit der Religion?“ ist im Kontext von Zuwanderung religiöser und insbesondere anders-religiöser Menschen wieder virulent geworden. Gegenwärtig ist vielmehr die Frage im Fokus, wie man es mit „anderen Religionen“ hält. Wir haben in Deutschland, wie der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR, 2016) bereits in seinem Jahresgutachten von 2016 festgehalten hat, gegenläufige bzw. gleichzeitige Trends: auf der einen Seite eine Säkularisierung dahin gehend, dass in modernen Gesellschaften Religion zunehmend an Bedeutung verliert, was sich insbesondere am rückläufigen Anteil der konfessionell gebundenen (christlichen) Gläubigen an der Bevölkerung zeigt. Wir haben aber gleichzeitig, und zu diesem quer liegend, eine Individualisierung von Religion, und zwar dahingehend, dass die Bindungen an institutionelle Religionen abnehmen, die subjektive oder individuelle Religiosität für den Einzelnen jedoch unvermindert bedeutsam erscheint. Und zugleich haben wir mit der Zuwanderung eine Pluralisierung von Religion: Religiöse Sinnangebote werden vielfältiger.

Als ein historischer Trend kann jedoch festgehalten werden (mit Ausnahme einiger explizit sich als ein religiöser Staat verstehender Gesellschaften, wie etwa dem Iran, Saudi-Arabien oder auch Israel), dass gegenwärtig Religionen in modernen Gesellschaften es nicht mehr ganz so leicht haben: Ein Großteil ihrer Wahrheitsansprüche sind durch die empirischen Wissenschaften, insbesondere der Naturwissenschaften, zurückgedrängt worden. Die religiösen Deutungen der physisch-materiellen Welt wirken gegenwärtig antiquiert und nicht mehr als ernst zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund sind Religionen nunmehr dabei, ihre eigene Rolle in der Gesellschaft neu zu definieren und sich zu fokussieren auf einen Bereich, den die Wissenschaft in dieser Form nicht abdecken kann, und zwar zum Sinnreservoir des Individuums zu werden, als Konkurrenz und in Abgrenzung zu anderen „Sinnanbietern“. So lassen sich in der Gegenwart religiöse Lehren in ihrer expliziten Funktion der Sinnstiftung menschlichen Handelns legitimieren: mittels religiöser Glaubensinhalte und Einstellungen können im Leben des Einzelnen Vorgänge gedeutet werden (so etwa als Gottes „weiser“ Entschluss, als „Kismet“ im Islam etc.), die sonst eher sinnlos, unerklärlich blieben. Damit wird die erfahrene Wirklichkeit für das Individuum verstehbar, die Fragilität, die Zerbrechlichkeit des Alltags sowie Erfahrungen des Leides können in einen sinnvollen Kontext eingerahmt werden.

In spezifischen Kontexten, häufig bspw. in ländlichen Regionen, wird auch auf die (eigene) Religion zurückgegriffen, um Moralität und moralische Ansprüche zu erheben, gleichwohl dieser Rekurs auf die Religion als Legitimationsquelle moralischer Sätze zu Recht umstritten ist: Warum sollten Menschen eine verbindliche moralische Haltung einnehmen, nur weil Gott es so will, oder weil es in der Bibel, im Koran steht usw.? Dabei wird der Rückgang auf die Religion als unhintergehbare Dimension seinerseits wieder religiös begründet. Der Philosoph Herbert Schnädelbach (2009) hat sehr schön gezeigt, dass wir eigentlich keine transzendente Referenz brauchen, um eine ethisch gute bzw. moralisch integre Person zu sein. Dies lässt sich auch mit Vernunftgründen erreichen. Deshalb scheint die ernsthafte Konkurrenz für die Religion in der Philosophie zu liegen, die ebenfalls den Anspruch hat, jenseits von einzelnen Detailfragen des Mensch-Welt-Bezuges das Ganze des Daseins in den Blick zu nehmen.

Nichtsdestotrotz sind religiöse Orientierungen nicht nur in Dritte-Welt-Ländern oder in Schwellenländern, sondern auch in hochentwickelten Industriestaaten nach wie vor präsent. Exemplarisch ist bspw. den Untersuchungen zur Wertebindung zu entnehmen, dass Religiosität kein obsoletes, vernachlässigbares Phänomen darstellt. So bezeichneten sich in einer Studie rund 2/3 der befragten EU-Bürger als religiös; in den USA waren es dagegen sogar rund 90% (Vgl. Bucher, 2005).

Richtet man jedoch den Blick auf Deutschland und auf den hiesigen religiösen Diskurs, so ist er dominiert von einer Fokussierung auf den Islam, wobei hier im Alltagsdiskurs nicht so sehr die theologischen Inhalte, Doktrinen, Praktiken und Weltdeutungen des Islam im Vordergrund stehen, sondern die Frage, welche Integrationspotenziale oder welche Integrationshemmnisse er als eine neue, „fremde“ Religion mit sich bringt. Spätestens mit den Terrorakten des 11. Septembers 2001 und dem sogenannten „Islamischen Staat“ wird die Fragestellung auf Themen wie Terror, Fundamentalismus, Gewalt und Bedrohung eingeschränkt. Flankiert werden solche Engführungen durch massenmedial inszenierte Suggestionen einer „islamistischen Unterwanderung“ der Bundesrepublik, was die soziale Distanz zwischen Muslimen und Einheimischen (Nicht-Muslimen) vergrößert, Ängste wachruft und Vorurteile bestärkt. Diese Verengung wird jedoch dem Verständnis einer Religion kaum angemessen, und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens geht der Islam nicht auf in dieser Verkürzung auf Gewalt und zweitens hat die Religion nicht prima facie die Funktion der Sozialintegration in andere Gesellschaftsformationen, auch wenn sie ungewollt und beiläufig schon immer die Funktion hatte, die soziale Integration in die jeweilige Gesellschaft, in der sie entstanden ist, zu festigen.

2. Die öffentliche Wahrnehmung von Muslimen

Der soziale Alltag von Muslimen ist vielfach von Stereotypen und Diskriminierungen durchsetzt (Vgl. Uslucan & Yalcin, 2012). Insbesondere Muslime, die trotz ihrer prinzipiell integrationsoffenen Orientierung in ihrem Alltag Ausgrenzungen ausgesetzt sind, erleben nicht nur Ärger und Frustration. Solche Erfahrungen können insbesondere bei der ersten Generation, die selbst zugewandert ist, zu einer Festigung der sozialen Identifikation mit der Herkunftsgesellschaft und zu einer stärkeren Selbstsegregation führen, wodurch wechselseitiger Informationsaustausch und wechselseitige Kenntnisse, und damit die Möglichkeiten der Korrektur des Zerrbildes, verringert werden. Muslime der zweiten und weiteren Nachfolgenerationen befinden sich, wenn sie explizite Ausgrenzungserfahrungen machen, in der paradoxalen Situation, dass sie objektiv besser als ihre Eltern integriert sind (hier geboren, gute Deutschkenntnisse, erfolgreiche Bildungskarrieren etc.), sich aber subjektiv nicht einfach dazu gehörig fühlen können, wenn sie in alltäglichen Interaktionen und öffentlichen Darstellungen nicht als fraglos dazugehörig akzeptiert werden. Das stellt wiederum eine emotional höchst ambivalente, angespannte und belastende Situation dar. Solche Erfahrungen können den Boden bereiten für weitere Vorurteile und Stereotype, aber auch für sogenannte selbst erfüllende Prophezeiungen (*self-fulfilling prophecy*), die nur schwer zu durchbrechen sind. Denn wenn bspw. Muslimen mit Ablehnung begegnet wird (aufgrund des negativen Stereotyps über sie) und sie auf diese Ablehnung ihrerseits zurückhaltend und ablehnend reagieren, was eine angemessene Reaktion auf diese Ablehnungserfahrung darstellt, dann wird in der öffentlichen Wahrnehmung das negative Bild über sie (verschlossen, in Parallelgesellschaften lebend etc.) lediglich bestätigt.

Die Einschätzung, wie gut oder wie schlecht die Integration von Muslimen gelungen ist, hängt also nicht nur von den objektiven Gegebenheiten ab, das heißt, vom tatsächlichen Ausmaß ihrer Teilhabe an der Gesellschaft und ihren eigenen Integrationsleistungen, auf die später noch kurz eingegangen wird, sondern auch vom Image, das sie haben und von den Bildern über sie in der Gesellschaft. Aus sozialpsychologischen Theorien ist bekannt, dass Menschen nicht nur aufgrund objektiver Wirklichkeitskenntnis handeln, sondern der subjektiven Perzeption dieses Wirklichkeitsausschnittes; handlungsleitend ist die mentale Repräsentation dieser Wirklichkeit.

Eine Studie des Sachverständigenrates für Integration und Migration deutscher Stiftungen im Jahre 2013 (SVR, 2013) zeigt, dass auf der einen Seite sowohl zugewanderte Muslime als auch Einheimische zwar zufrieden sind mit den sozialen Interaktionen im Alltag und darin keine Probleme sehen, auf der anderen Seite aber beide Gruppen (Deutsche 70%; Muslime 74%) der Meinung sind, dass Muslime in den Medien überwiegend negativ dargestellt werden (SVR, 2013). Insbesondere Muslime aus arabischen Ländern sowie Türkeistämmige sehen sich dabei als ausgesprochen negativ dargestellt.

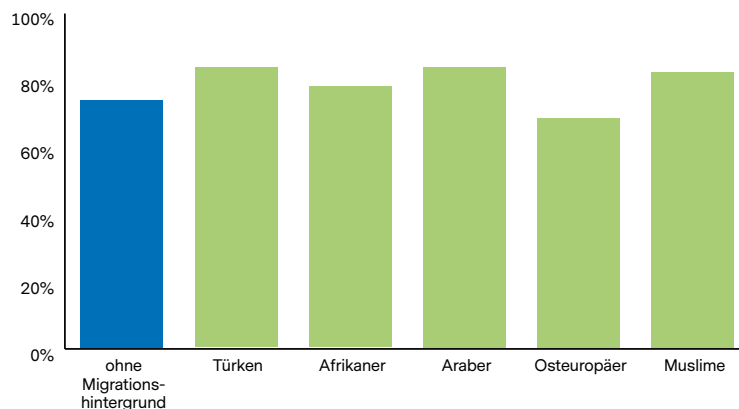


Abbildung 1: Zu negative Darstellung von Zuwanderern in den deutschen Medien aus der Sicht verschiedener Gruppen (SVR, 2013).

Die Abbildung unterstreicht, dass auch bei Zuwanderern aus Osteuropa (68%) und den Personen ohne Migrationshintergrund (73%) eine beträchtliche Anzahl die Meinung vertritt, dass Zuwanderer in den Medien inadäquat dargestellt werden. Diese Rate ist jedoch bei Personen mit einem arabischem (84%) und türkischem Hintergrund (83%) deutlich höher; bei Muslimen allgemein liegt sie immerhin auch bei 82%.

Vergleicht man die Einstellungen gegenüber verschiedenen religiösen Minderheiten in einigen europäischen Ländern, so zeigt sich, dass vor allem gegenüber Muslimen die meisten feindseligen Einstellungen vorherrschen, wobei bemerkenswerterweise Deutschland besonders negativ hervorsticht; und hier noch einmal der Osten Deutschlands.

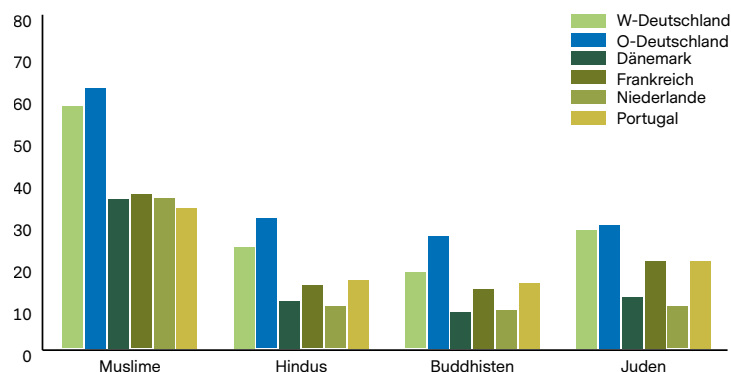


Abbildung 2: Negative Einstellungen gegenüber Muslimen, Hindus, Buddhisten und Juden (Vgl. Foroutan, 2012).

Abbildung 2 verdeutlicht, dass negative Einstellungen gegenüber Muslimen in ausgewählten westeuropäischen Ländern weit verbreitet, die Ablehnungsraten gegenüber anderen religiösen Gruppierungen jedoch etwas moderater sind.¹

Die hohen Raten in Ostdeutschland sind insofern bemerkenswert und irritierend zugleich, da dort kaum sichtbare muslimische Communities vorhanden sind. Diese eher feindseligen Einstellungen können also nicht primär das Produkt einer falschen Generalisierung vorhandener Erfahrungen sein, sondern vermutlich basieren sie auf die allgemeine mediale Wahrnehmung der Muslime. Über die Gründe der geringeren Toleranzrate gegenüber Muslimen lässt sich viel spekulieren; historisch kann jedoch festgehalten werden, dass die Erfahrungen Deutschlands mit dem Islam im Vergleich zu bspw. Großbritannien oder Frankreich deutlich jünger sind. Während Muslime in Großbritannien und Frankreich vielfach aus den früheren Kolonien kamen und bei ihrer Ankunft zumindest sich sprachlich verständigen konnten und es eine höhere Interaktionsdichte mit den Einheimischen gab, begann die deutsche Erfahrung mit dem Islam in der Bevölkerung weitestgehend mit den ersten Gastarbeitern aus der Türkei in den frühen sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts (Vgl. Waardenburg, 2000).

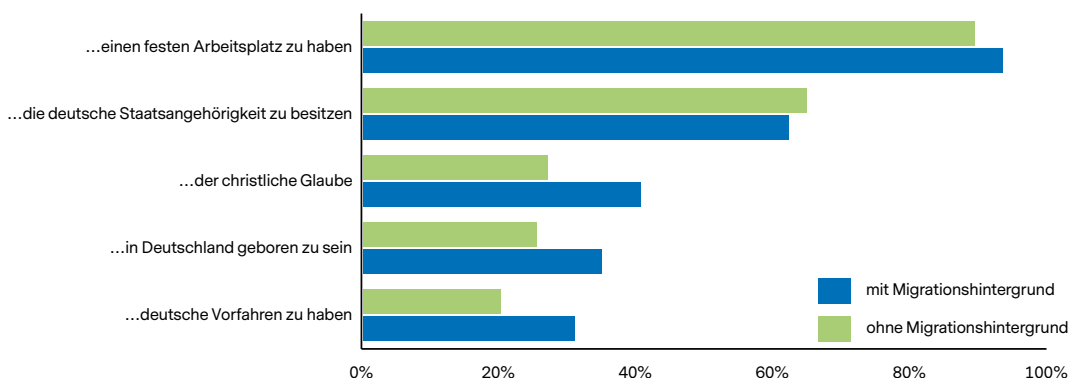
In der Fluchtlinie dieser Argumentation liegen auch die Befunde des SVR (2016), die die Gefühle der Zugehörigkeit religions- und generationsspezifisch ausgewertet hat: Hier zeigte sich, dass Muslime der ersten Zuwanderergeneration sich deutlich weniger zugehörig fühlten als Neuzuwanderer christlichen Glaubens (66,9 Prozent Zustimmungswerte, davon nur 30,6 Prozent voll und ganz, versus 91,2 Prozent bei Christen). Über alle Gruppen zeigte sich jedoch, dass die in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund (zweite Generation) sich deutlich zugehöriger fühlen als ihre zugewanderten Eltern; allerdings war auch hier bei den Muslimen das Gefühl der Zugehörigkeit etwas geringer ausgeprägt.

Ein klassischer Topos im öffentlichen Diskurs ist die Feststellung einer generell größeren Distanz von Muslimen zu westlichen Gesellschaften; verbunden mit der Annahme, diese Distanz sei auch Ausschlaggebend für misslingende Integration. Doch wie sehen die empirischen Befunde jenseits dieses „Bauchgefühls“ aus? Der „Klassiker“ zu dieser Frage ist die Studie von Inglehart und Norris (2012) „*Muslim Integration into Western Countries: Between Origins and Destinations*“. Der zentrale Befund dieser Arbeit lautet, dass sich Muslime in westlichen Gesellschaften zum einen von Einstellungen ihrer Herkunftsgesellschaften distanzieren, aber auch nicht in gänzlichem Umfang die Einstellungen der Aufnahmegesellschaften teilen, also „eher in der Mitte“ liegen, mit leichten Assimilationstendenzen. Es sind nicht in erster Linie religiöse Distanzen, die die Werteunterschiede erklären, sondern vielmehr unterschiedliche Gesellschaftsformationen: So zeigen bspw. die Autoren, dass Muslime und Christen aus Nigeria in ihrem Wertehaushalt einander ähnlicher sind als Muslime aus Nigeria und Muslime aus Indien in westlichen Gesellschaften. Etwas salopp formuliert, lässt sich festhalten: Religiös-kulturelle Distanz bildet nicht das zentrale Hindernis der Integration. Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass kulturelle oder religiöse Distanz nur eines von vielen Merkmalen, wie etwa dem Alter, der Bildung, der Freiwilligkeit der Migration etc., darstellt, auch wenn in den letzten Jahren aus bestimmten politischen Richtungen gern der Einzelne auf seine Kultur reduziert wird und diese als prominentestes Merkmal, in ausgrenzender Absicht („die sind halt anders als wir“), hervorgehoben wird.

Wenn wir uns die Kriterien für Zugehörigkeit genauer anschauen, so ist einer repräsentativen Studie des SVR (2016) der erfreuliche Befund zu entnehmen, dass sowohl bei Personen mit als auch bei Personen ohne Migrationshintergrund viel eher änderbare und erwerbbar (Teilhabe am Arbeitsmarkt und Staatsbürgerschaft) als statische und nicht änderbare Merkmale (in Deutschland geboren worden zu sein, deutsche Vorfahren, christliche Glaube) die zentralen Dimensionen der Zugehörigkeit bilden.

1
Von der Tendenz her ähnliche Werte ließen sich auch in den Daten des GMF-Surveys (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) finden: rund 30–40% der Befragten hatten explizit ablehnende Haltungen zu Muslimen in Deutschland, wünschten, dass ihre Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte bzw. fühlte sich durch die Präsenz von Muslimen in Deutschland „fremd“ (vgl. Leibold & Kühnel, 2008).

Abb. 3: Zugehörigkeitskriterien
 „Um zur Gesellschaft dazuzugehören, ist wichtig ...“
 Zusammenfassung der Antworten „sehr wichtig“ und „eher wichtig“



3. Rolle und Leistung muslimischer Gemeinden und Organisationen für die gesellschaftliche Integration

Muslime werden beständig mit der Frage konfrontiert, was sie für die gesellschaftliche Integration in Deutschland leisten. Auf diese Frage soll im folgenden Kapitel kurz eingegangen werden.

2
 Für diese Debatte, die bereits in den 1980-er Jahren zwischen Esser und Elwert geführt wurde vgl. Halm, 2015.

Der generelle Diskurs um die Rolle und Funktion migrantischer Organisationen war lange Zeit geprägt von recht unterschiedlichen Einschätzungen: einerseits die Betonung von eher integrationshemmenden Effekten, weil dadurch Rückzugstendenzen gestärkt werden (Bildung von angeblichen Parallelgesellschaften und „ethnic mobility trap“ bzw. ethnische Mobilitätsfalle), andererseits die Herausstellung integrationsförderlicher Aspekte durch Bildung von Sozialkapital, das dann in mehrheitsgesellschaftliche Strukturen transferiert werden kann (aus „bonding social capital“ wird „bridging social capital“).²

Unbestritten ist jedoch, dass Migrantenorganisationen zu Organen ihrer Interessenverarbeitung werden können, dadurch Druck auf die Mehrheitsgesellschaft ausüben, um Vorurteile und Diskriminierungen zu verringern und infolgedessen die kollektive Handlungskompetenz von Minderheiten zu stärken. Somit stellen sie eine wichtige Ressource der Migranten dar (Gaitanides, 1992). Welche integrativen Potenziale sind aber mit Blick auf muslimische Organisationen vorhanden und wie können diese Ressourcen für die gesellschaftliche Zusammenarbeit genutzt werden?

Hierzu hat das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) an der Universität Duisburg-Essen die erste deutschlandweite Studie zu Angeboten und Organisationsstrukturen muslimischer, einschließlich alevitischer Gemeinden durchgeführt (Vgl. Halm, Sauer, Schmidt & Sticks, 2012). Somit können auf der Grundlage der Befragungsdaten von über tausend religiösen Organisationen Aussagen über den Beitrag der Gemeinden zur gesellschaftlichen Integration und zu ihrer Bedeutung für das muslimische Leben in Deutschland getroffen werden. Bei dieser Befragung wurden etwa die Hälfte (1141) der rund 2350 muslimischen, einschließlich alevitischen, Gemeinden in Deutschland erreicht. Ein bedeutsames Ergebnis war, dass die meisten Gemeinden weit über religiöse Dienstleistungen hinausgehende Angebote offerieren, sie also in ihrer Arbeit nicht in ihrer religiösen Identität und Identifizierung aufgehen. Einen enorm bedeutsamen Raum nahmen Orientierungshilfen für die deutsche Gesellschaft ein, so etwa Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberatung, Hausaufgabenhilfe, Sportangebote etc.

In den meisten Fällen bestand zwischen den explizit religiösen und nicht religiösen Angeboten kein Konkurrenzverhältnis. So hatte bspw. ein knappes Drittel der Gemeinden deutsche Sprachkurse für Jugendliche angeboten. Als ein durchgängiges Muster hatte sich gezeigt: Je vielfältiger das religiöse Angebot, desto vielfältiger auch das nicht religiöse Angebot der jeweiligen Gemeinde.

Mit Blick auf die Vielfalt der Angebote wurde deutlich, dass die Ressourcenausstattung der Gemeinden (z. B. die Existenz von Abteilungen, ansprechende Räumlichkeiten, Immobilienbesitz) den zentralen Einflussfaktor der Organisationen bildete. Sie determinierte im Wesentlichen den Umfang religiöser und sozialintegrativer Aktivitäten gleichermaßen (Vgl. Halm, Sauer, Schmidt & Stichs, 2012). Die gelegentlich im öffentlichen Diskurs laut werdende Forderung nach einer Ausweitung der sozialintegrativen Funktion muslimischer Gemeinden ist also primär an ihre finanzielle/materielle Förderung geknüpft, weniger an die ideologische Ausrichtung der muslimischen Gemeinde (so etwa ob DITIB, Milli Görüş oder VIKZ). Die Stärkung dieser Ressourcen kann ihre integrativen Effekte unterstreichen.

Allerdings sind gegenwärtig, nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei, die Spannungen und Kooperation zwischen den muslimischen Gemeinden untereinander deutlich schwieriger geworden, wie diese bspw. auch in den Auswertungen des „Brückenbauer-Projekts“ der Eugen-Biser Stiftung deutlich wird.

Aber auch die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen mit der DITIB steht, aufgrund ihrer Nähe und teilweisen Abhängigkeitsverhältnisses zur Politik Erdoğans in der Türkei, auf wackeligen Beinen. Deshalb müssen künftig neue Strukturen der Zusammenarbeit mit bisherigen Akteuren gefunden werden.

4. Abbau von Vorurteilen

Doch was kann getan werden, um diese verzerrten Wahrnehmungen, um diese Vorurteile, abzubauen?

Ein wesentlicher Aspekt ist, „Brücken“ zu bauen, wie es das Brückenbauer-Projekt der „Islamberatung in Bayern“ avisiert bzw. anstrebt. Brücken sind Wege zum Anderen; Wege auf die andere Seite, auf das andere Ufer, in eine andere Stadt, aber im übertragenen Sinne, die Herstellung von Nähe zum anderen bzw. als anders wahrgenommenen Menschen und Gruppen. Hierzu ist zunächst Wissen über den anderen notwendig, warum das Brückenbauer-Projekt auch eine „Islam-Beratung“ anbietet, um elementare Wissenslücken aufzufüllen. Doch reicht Wissen allein vielfach nicht aus; unsere Vorurteile resultieren nur in den seltensten Fällen aus einem mangelnden Wissen bzw. einer geringen Information über die Anderen; vielmehr sind es affektive, ablehnende Haltungen. Vorurteile werden am ehesten abgebaut, wenn jenseits von differenzierten Informationen über den Anderen auch Kontakte, physische Nähe existiert. Insofern erscheint es nur folgerichtig, dass die avisierten Islam-Berater ihre Aufgabe auch in der Vernetzung und Herstellung von Kontakten sehen.

Aber auch hier ist die kritische Frage: Reichen Kontakte allein aus? Wenn es so wäre, müssten wir sagen: Lasst uns mehr Begegnungen gestalten, gemeinsame Feste feiern und dann werden wir unsere wechselseitigen Zerrbilder los. Hier zeigt die sozialpsychologische Forschung, dass Kontakte nur unter bestimmte Bedingungen tatsächlich Vorurteile abbauen, und zwar dann, wenn bei dem Kontakt auf folgende Randbedingungen geachtet wird:

- a) gleicher Status der kontaktaufnehmenden Gruppen bzw. Kommunikation auf Augenhöhe (die interessanterweise auch in den Auswertungen des „Brückenbauer-Projekts“ auftaucht),
- b) Fremdgruppe widerspricht dem Stereotyp,
- c) Kontakt erfordert Kooperation zur Zielerreichung (gemeinsame Ziele),
- d) individueller (und tiefgehender) persönlicher Kontakt der Einzelnen und nicht eine einmalige Begegnung,
- e) begünstigende soziale Normen: günstiges soziales Klima, Unterstützung des Kontaktes durch Autoritäten (vgl. Jonas, 1998). Es reicht also nicht aus, dass der Kontakt bzw. die Gestaltung der Begegnung auf die Initiative einzelner Engagierter zurückgeht, wenn bspw. die dahinterstehende Institution, so etwa bspw. die Schulleitung bei Lehrkräften, diesen nicht aktiv positiv fördert.

Und umgekehrt: Finden keine Kontakte statt und sind die Diskriminierungen anhaltend, so hat diese Ausgrenzungserfahrung Einfluss auf die Reaktion der betroffenen Gruppe: Die Folgen sind vermehrter Rückzug; Reethnisierungsprozesse und die Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft als undurchlässig (Skrobanek, 2007).

Wie wichtig das persönliche Engagement einzelner Akteure vor Ort auch ist, die vertrauensvoll gegenüber beiden Seiten wirken und bestehende Hemmnisse abbauen können, so ist doch unausweichlich, diese Zusammenarbeit eher strukturell und institutionell zu verstetigen. Darauf weisen – im Einklang mit der Forschung zum Abbau von Vorurteilen (Vgl. Sassenberg et al. 2007) – auch Zinsmeister und Karakaya (2018) hin, wenn in dem Brückenbauer-Projekt die bisherige Zusammenarbeit mit Moscheen bspw. stark personengebunden war, deshalb es von diesem Einzelakteur abhängig war, aber mit dem Weggang/Stellenwechsel dieser Person die bisherigen Erfahrungen und erarbeiteten Kooperationsstrukturen und Netzwerke verlustig gingen.

Etwas salopp zusammengefasst, ließe sich das bisherige wie folgt festhalten: Kenntnis-Kontakt-Kooperation, diese 3 K's sind zentrale Bedingungen gelingender kommunaler Einbindung. Die Frage nach diesen drei Dimensionen bildet insofern sinnvoll auch die Folie, vor dessen Hintergrund das Projekt „Brückenbauer“ die Integrationsarbeit der Kommunen in Bayern untersucht hat. Dabei sind diese drei K's nicht nur im interreligiösen Dialog, zu dem es eine Vielzahl von Bemühungen, Projekten und Erfahrungen gibt, unter anderem auch von der Eugen-Biser-Stiftung initiiert, sondern auch im Dialog mit einer a-religiösen bzw. religionsindifferenten Umwelt wichtig. Denn auch religionskritische bzw. a-religiöse Diskurse sind erst im Kontext der Auseinandersetzung mit Religionen, so etwa als Gegennarrative, alternative Deutungsmuster etc. sinnvoll einzuordnen (Vgl. Zinsmeister & Karakaya 2018).

5. Ausblick

Ein Teil unserer wechselseitigen Zerrbilder basieren auf Vergleichen von Muslimen und Deutschen mit ungleichen Voraussetzungen: So wird bspw. die gebildete „emanzipierte“ deutsche Frau mit der (eher traditionellen) muslimischen Frau verglichen und es wird gezeigt, welche Modernitätsdefizite die Muslimin aufgrund ihres Glaubens (bzw. der Islam als Ganzes) aufweist. Ignoriert wird zum einen, dass bspw. verschleierte Ordensfrauen oder Diakonissen für ihren besonders christlichen Lebensstil kaum den vergleichbaren Diskriminierungen ausgesetzt sind wie etwa verschleierte muslimische Frauen und dass es auch „emanzipierte“ Muslima gibt, deren Emanzipation anderen Herausforderungen ausgesetzt war.

Gruppennormen werden vielfach von prototypischen Repräsentanten der Eigengruppe bestimmt; sowohl welche Bilder die Eigengruppe über sich hat, als auch, welche Bilder sie über die Fremdgruppe kommuniziert. Deshalb ist es enorm wichtig, wie muslimischen, aber auch nicht-muslimischen und einheimischen deutschen Personen des öffentlichen Lebens die jeweils andere Seite wahrnehmen und Sensibilität darüber walten lassen, ob in der Kommunikation mit und über den anderen latente oder manifeste Stereotypisierungen und Vorurteile vorherrschen. Daher ist es wichtig, dass wir in der öffentlichen Kommunikation und Berichterstattung nicht nur das Trennende und die Unterschiede herausstellen oder diese fein säuberlich registrieren, also Differenzen maximieren, sondern auch die weiten Facetten der Gemeinsamkeiten von Minderheiten/Muslimen mit der einheimischen Bevölkerung herausarbeiten.

Argumentiert sollte vielmehr aus jenem Referenzrahmen heraus, der die Mehrheit wie die Minderheit einschließt, und so auf Fragen der Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft, die Sorge um die Nachfolgenerationen, auf die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, auf die Folgen der Umweltverschmutzung, auf die Gestaltung des individuellen Heils in einer fast heillosen Welt fokussiert.

Einer der bedeutendsten Philosophen des 20. Jahrhunderts, Hans-Georg Gadamer, hat einst versucht, bündig die Bedingungen des Dialogs festzuhalten: „In den Dialog treten heißt, eingestehen, dass auch der Andere Recht haben kann“. Diese Maxime sollte – als eine selbstkritische Prüfung – die Grundlage des gemeinsamen Zusammenlebens bilden.

Literaturverzeichnis:

- Bucher, Anton (2005). Religiosität verstehen. In: Dieter Frey & Carl Graf Hoyos (Hrsg.). *Psychologie in Gesellschaft, Kultur und Umwelt*. Weinheim: Beltz Verlag, 253–258.
- Foroutan, Naika (2012). *Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Gaitanides, Stefan (1992). Psychosoziale Versorgung von Migrantinnen und Migranten in Frankfurt am Main. Gutachten im Auftrage des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten. *IZA - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit*, 3/4, 127–145.
- Halm, Dieter, Martina Sauer, Jana Schmidt & Anja Stichs (2012). *Islamisches Gemeindeleben in Deutschland – im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz*. Herausgegeben vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg: Bundesamt für Flüchtlinge und Migration.
- Halm, Dieter (2015). Potenziale von Migrantenorganisationen als integrationspolitische Akteure. In: *IMIS-Beiträge*, 47. Osnabrück, 37–67.
- Inglehart, Ronald F. & Pippa Norris (2012). Muslim Integration into Western Countries: Between Origins and Destinations. *Political Studies*, 60, 2, 228–251.
- Jonas, Klaus (1998). Die Kontakthypothese: Abbau von Vorurteilen durch Kontakt mit Fremden. In: Margit E. Oswald & Ulrich Steinvoth (Hrsg.). *Die offene Gesellschaft und ihre Fremden*. Bern: Huber, 129–154.
- Leibold, Jürgen & Steffen Kühnel (2008). Islamophobie oder Kritik am Islam? In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.). *Deutsche Zustände*. Frankfurt/Main: edition suhrkamp, 95–115.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013) (Hrsg.). *Muslime in der Mehrheitsgesellschaft: Medienbild und Alltagserfahrungen in Deutschland*. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2016) (Hrsg.). *Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration*. Berlin.
- Sassenberg, Kai, Jennifer Fehr, Nina Hansen, Christina Matschke & Karl-Andrew Woltin (2007). Eine sozialpsychologische Analyse zur Reduzierung von sozialer Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 38, 239–249.
- Skrobanek, Jan (2007). Wahrgenommene Diskriminierung und (Re)Ethisierung bei Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund und jungen Aussiedlern. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung*, 27 (3), 265–284.
- Schnädelbach, Herbert (2009). *Religion in der modernen Welt*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Uslucan, Hacı-Halil & Cem Serkan Yalcın, (2012). Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration – Analyse bestehender Forschungsstände. Expertise des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Wechselwirkung_zw_Diskr_u_Integration.pdf?__blob=publicationFile [Zugriff am 12.11.2018].
- Waardenburg, Jacques (2000). Islam in Europe: some Muslim initiatives and European responses. In: *IMIS-Beiträge*, 15. Osnabrück, 111–125.
- Zinsmeister, Stefan & Erdoğan Karakaya (2018). Gedanken zum Umgang mit einer Vielfalt an Religionen im kommunalen Miteinander. Bedingungen, Herausforderungen und Möglichkeiten. In: *Selbstbestimmung und Integration – Integrationsperspektiven für zugewanderte und einheimische junge Menschen*. Wochenschau Verlag.

Weiterführende

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (2017). Engagement für Geflüchtete – eine Sache des Glaubens? https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/BSt_Religionsmonitor-Fluechtlingshilfe_3_2017_web.pdf [Zugriff am 12.11.2018].
- Bertelsmann Stiftung (2018). Zusammenleben in kultureller Vielfalt Vorstellungen und Präferenzen in Deutschland. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Studie_LW_Religionsmonitor_2017_Zusammenleben_in_kultureller_Vielfalt_2018.pdf [Zugriff am 12.11.2018].
- Ceylan, Rauf und Michael Kiefer (2016). Muslimische Wohlfahrtspflege in Deutschland. Eine historische und systematische Einführung. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Goethe-Institut in Deutschland (2016) (Hrsg.). Projekte in der Flüchtlingsarbeit. Ein Wegweiser für islamische Gemeinden und Organisationen. https://www.goethe.de/lhr/pro/daz/ima/wegweiser_de.pdf [Zugriff am 12.11.2018].
- Hamdan, Hussein und Hansjörg Schmid (2014). Junge Muslime als Partner. Ein empiriebasierter Kompass für die praktische Arbeit. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik „Umgang mit religiöser Vielfalt – Handreichung für die kommunale Praxis“. <https://www.stuttgart.de/img/mdb/item/385012/82577.pdf> [Zugriff am 12.11.2018].
- Kuhla, Katrin und Yvonne Szukitsch (o.J.). Religion in der kommunalen Integrationsarbeit. Netzwerk Integration Bayern. VIA Bayern- Verband für interkulturelle Arbeit e.V. http://www.via-bayern.de/NIB/bilder/nib_heft_religion.pdf [Zugriff am 31.10.2018].
- Münchner Forum für Islam (MFI) (2015). Willkommen in Deutschland. Wegweisung für muslimische Migranten zu einem gelingenden Miteinander in Deutschland. <http://www.islam-muenchen.de/wp-content/uploads/2015/12/03-Willkommen-in-Deutschland.pdf> [Zugriff am 12.11.2018].
- Perabo, Timon (2018). Musliminnen und Muslime in ländlichen Räumen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Wie kann Verwaltung neue Aufgaben gut meistern? Friedrich Ebert Stiftung und Robert Bosch Stiftung (Hrsg.). Berlin <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14716.pdf> [Zugriff am 12.11.2018].
- Pollack, Detlef (2009). Säkularisierung - Konzept und empirische Befunde. In: Europäische Religionsgeschichte. Ein mehrfacher Pluralismus. Hans G. Kippenberg, Jörg Rüpke & Kocku von Stuckrad (Hrsg.). Bd.1. Göttingen: Vandenhoeck Ruprecht, 61–86.
- Rohe, Mathias u. a. (Hrsg.). (2014). Handbuch Christentum und Islam in Deutschland, Bd. 1 und 2. Freiburg: Herder Verlag.
- Rohe, Mathias (2018). ISLAM IN BAYERN. Policy Paper für die Bayerische Staatsregierung im Auftrag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Erlangen: EZIRE. https://badw.de/fileadmin/user_upload/Files/BADW/pressemitteilungen/2018_07_16_BAdW_EZIRE_Islam_in_Bayern_policy_paper_web.pdf [Zugriff am 12.11.2018].
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH (2016) (Hrsg.). Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten mit Integrationsbarometer. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/04/SVR_JG_2016-mit-Integrationsbarometer_WEB.pdf [Zugriff am 12.11.2018].
- Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München (2005). Muslimisches Leben in München. Eine Informationsbroschüre. http://www.muenchen.info/soz/pub/pdf/190_muslim.pdf [Zugriff am 12.11.2018].

Autorinnen und Autoren

in alphabetischer Reihenfolge

Ayşe Coşkun-Şahin M.A., geboren 1984 in Tegernsee, hat nach der Ausbildung zur staatl. anerkannten Erzieherin das Studium der Ethnologie und Philosophie an der LMU München und den M.A. Studiengang Religionen, Dialog und Bildung an der Universität Hamburg absolviert. Zuletzt war sie im Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main als Referentin für Religion und Weltanschauung tätig. Zu Ihren Aufgaben zählten unter anderem die Beratung zu Themen der Religion und Weltanschauung in der Einwanderungsgesellschaft, Unterstützung und Förderung des interreligiösen Dialogs, sowie Netzwerk- und Kooperationsarbeit mit verschiedenen Akteuren in der Stadtgesellschaft. Ayşe Coşkun-Şahin ist ab Januar 2019 für die Eugen-Biser-Stiftung die Ansprechpartnerin und Referentin der Islamberatung in Bayern.

Sabine Exner-Krikorian M.A., geboren 1987 in Erding, hat nach ihrer Ausbildung zur staatl. geprüften Sängerin und Chorleitern das Studium der Religions- und Kulturwissenschaft an der LMU München absolviert. Bereits während ihres Studiums hat sie praktische Erfahrungen im interreligiösen Bereich als Werkstudentin in der Jüdischen Gemeinde München und Dialogbegleiterin bei Occurso e.V. gesammelt. Nach ihrem Masterabschluss war sie als Projekt- und Büromanagerin im Kulturzentrum der Israelitischen Kultusgemeinde München tätig. Bis September 2018 war sie Dozentin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Religionswissenschaft an der LMU München. Derzeit arbeitet Sie an Ihrer Dissertation bei Prof. Robert Yelle und als Lehrbeauftragte an der Paris Lodron Universität Salzburg. Sabine Exner-Krikorian ist seit April 2018 für die Eugen-Biser-Stiftung als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig.


Erdoğan Karakaya M.A., geboren 1982 in Gladbeck (Nordrhein-Westfalen), hat seinen Magisterabschluss in den Fächern Islamwissenschaft, Religionswissenschaft und Europäische Kunstgeschichte an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg erworben. Erdoğan Karakaya war von Mitte 2010 bis Ende April 2015 im Bereich der Extremismusprävention (Islamismus) der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg tätig. Von

Mai 2015 bis September 2018 war er Referent für christlich-islamischen Dialog in der Eugen-Biser-Stiftung und hat hier verschiedene Projekte im Bereich schulische und außerschulische Bildungsarbeit im interreligiösen Dialog konzipiert, geleitet und durchgeführt. Seit Oktober 2018 ist Erdoğan Karakaya wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung E43 PMK-Prävention im Polizeipräsidium Südosthessen in Offenbach am Main.

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan, geboren 1965 in Kayseri (Türkei) hat Psychologie (Diplom), Philosophie und Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft (Magister) an der FU Berlin sowie Semiotik an der TU Berlin studiert. 1999 promovierte er im Fach Psychologie und war seit Oktober 2000 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie. Von 2005 bis 2008 war er Leiter des Projekts „Wissenschaftliche Begleitung des Modellversuchs islamischer Religionsunterricht“ und habilitierte währenddessen im September 2006 an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg. Nach der Übernahme einer Vertretungsprofessur an der Universität Potsdam und Universität Hamburg sowie Lehraufträgen und Gastprofessuren an der Universität Wien ist er seit August 2010 wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkei-studien und Integrationsforschung sowie Professor für Moderne Türkei-studien an der Universität Duisburg-Essen. Darüber hinaus ist er u.a. Mitglied im Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) sowie seit Januar 2015 im wissenschaftlichen Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung.

Stefan Zinsmeister M.A., geboren 1981 in Eichstätt, hat nach einer Ausbildung zum Bankkaufmann und der Absolvierung eines Zivildienstes in Jerusalem, Katholische Theologie (Diplom), Islamwissenschaft und Arabistik (Magister) in Bamberg, Tübingen und Jerusalem studiert. Er ist seit 2011 bei der Eugen-Biser-Stiftung tätig und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands. In dieser Funktion betreut er u.a. die Konzeption und Koordinierung von Bildungsprojekten im interreligiösen Dialog und wirkt als Dozent bei Lehrerfortbildungen und Projekttagen an Schulen.

Über die



Eugen-Biser-Stiftung

Die Eugen-Biser-Stiftung richtet ihren Blick auf die Zukunft des Christentums und auf die Notwendigkeit der interreligiösen und interkulturellen Verständigung. Sie sucht nach Antworten auf drängende religiöse, gesellschaftliche und kulturelle Fragen. Damit will sie aus christlicher Sichtweise einen Beitrag leisten und Impulse setzen für ein friedliches Zusammenleben in einer pluralen, freiheitlich- demokratischen Gesellschaft. Basis ihres Engagements sind die christlichen Grundwerte Menschenwürde, Freiheit und Toleranz. Das theologische Werk Eugen Bisers dient als Grundlage und Impulsgeber für ihre Arbeit.

Die Stiftung ist überregional tätig. Sie ist gemeinnützig und kirchlich wie politisch unabhängig.

Seit 2002 führt die Eugen-Biser-Stiftung als operative Stiftung eigene Projekte in Zusammenarbeit mit regionalen, überregionalen und internationalen Kooperationspartnern im interkulturellen und interreligiösen Dialog durch. Mit ihren Kompetenzen im interreligiösen Dialog und langjährigen Erfahrung setzt sie sich für einen vielfaltssensiblen Dialog zwischen Christen, Juden, Muslimen und Angehörigen anderer Weltanschauungen ein. Sie versteht sich dabei als Moderatorin und Brückenbauerin, Beraterin und Kompetenzvermittlerin im Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialogs. Dementsprechend engagiert sich die Eugen-Biser-Stiftung um den Austausch verschiedener Wertvorstellungen, Weltanschauungen und Lebenswelten, der auf Gleichwertigkeit beruht und in einem rechtsstaatlich verfassten und durch Globalisierungsprozesse geprägten Gemeinwesen geschieht. Für ihr Engagement wurde die Eugen-Biser-Stiftung im Jahr 2017 mit dem ersten Preis des Bürgerpreises des Bayerischen Landtags ausgezeichnet und im Jahr 2018 für den Deutschen Engagementpreis nominiert.

Checkliste



Islamberatung in Bayern
Brückenbauer zwischen muslimisch geprägten
Lebenswelten und Kommunen

Sie fragen sich, wie Sie die Ergebnisse der Bedarfsanalyse auf Ihre Arbeit übertragen können und inwiefern diversitätssensibler Umgang mit muslimisch geprägten Lebenswelten Ihren Arbeitsbereich bereichern kann? Mit den folgenden Fragen möchten wir Ihnen eine Hilfestellung zur eigenen Standortbestimmung ermöglichen.

In vier Abschnitten können Sie Ihre Arbeit von Ja/läuft gut bis Nein/läuft nicht verorten. Im Anschluss erhalten Sie eine kurze Einordnung zum Stand Ihres Umgangs mit islambezogenen Themen.

Ja / läuft gut	Naja / könnte besser laufen	Nein / läuft nicht
1. Kenne ich die muslimischen Organisationen in meiner Kommune?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Habe ich Kontakt zu den Akteuren?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Treffe ich die Mitglieder aus muslimischen Organisationen auch in anderen Organisationen?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Pflege ich informelle Kontakte zu ihnen (z. B. in der Nachbarschaft, Schule, etc.)?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Informiere ich mich über Islam und muslimisches Leben mithilfe meiner bestehenden Kontakte?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Fühle ich mich informiert über Islam und muslimische Lebensweisen?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Bin ich über die (religiöse) Vielfalt meiner Kommune informiert?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Haben wir als Kommune Kontakte in die muslimische(n) Gemeinde(n) vor Ort?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. Ist uns der Vorstand oder das religiöse Personal bekannt?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. Kennen die Gemeindevorstände die Ansprechpartner für die verschiedenen Themenbereiche in der Kommune (z. B. Ehrenamtskoordination, Bauamt etc.)?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. Gibt es in unserer Kommune religiöse Konflikte?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12. Sind sie für uns lösbar?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Benötigen wir dabei Unterstützung?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Veranstaltet die ansässige Moschee den „Tag der offenen Moschee“?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15. Findet zum islamischen Fastenbrechen ein Iftar statt, der vom Bürgermeister oder von der Bürgermeisterin besucht wird oder richten wir ein Iftar für alle aus?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Ist religiöses Personal aus der(n) Moschee(n) bei Einweihungen/Richtfesten (z. B. KITA, Bücherei, Volkshochschule etc.) eingeladen oder anwesend?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17. Gibt es in unserer Kommune Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements (z. B. freiwillige Feuerwehr, Rotes Kreuz, THW etc.), an denen sich Muslime beteiligen können?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18. Gibt es in unserer Kommune Vereine, in denen muslimische Ehrenamtliche gebraucht werden?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. Gibt es Angebote (z. B. KITA, Hausaufgabenhilfe, Pflegedienst, Seelsorge etc.) von (ehrenamtlichen) muslimischen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Kommune?		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Verweisen wir auf unserer kommunalen Webseite auf den „Tag der offenen Moschee“?

21. Brauchen wir Integrationsarbeit/Integrationslotsen?

22. Gelingt uns unsere Integrationsarbeit gut?

23. Haben wir Konzepte für interkulturelle Öffnung und religiöse Sensibilisierung für Ämter?

24. Haben wir Konzepte für interkulturelle Öffnung und religiöse Sensibilisierung für die Bevölkerung?

25. Sind in unserer Kommune strukturierte (auch finanzielle Förderung) Kooperationsformen mit muslimischen Organisationen möglich?

26. Gibt es Ideen oder Strategien, Kooperationen mit muslimischen Organisationen oder anderen Migrantenselbstorganisationen zu fördern/vorzubringen?

27. Gelingt es uns, die Grundlagen und Ziele staatlichen Handelns Menschen, die nicht hier sozialisiert wurden, offenzulegen und zu kommunizieren?

28. Können wir als Kommune eine moderierende Rolle im Strukturierungsprozess der muslimischen Gemeinden/des interreligiösen Dialogs einnehmen?

29. Kann unsere Kommune ein neutrales Terrain für interreligiöse Gespräche und Begegnungen oder Arbeitsgespräche mit Muslimen anbieten?

30. Haben wir die entsprechenden Kompetenzen dafür?

31. Können wir Ressourcen dafür aufbringen?

32. Ist die gesetzlich verankerte Religionsfreiheit in unserer Kommune für alle gleichermaßen ermöglicht?

33. Haben Muslime die gleichen Chancen auf Teilhabe in unserer Kommune?

Empfehlungen

Sie haben etwa zwei Drittel der Fragen mit „Ja / läuft gut“ beantworten können? Das bedeutet, Sie haben sich in Ihrer Kommune mit Fragen der Vielfalt und Teilhabe aller Bürger auseinandergesetzt und Konzepte hierfür entwickelt. Sie haben Kenntnis über die verschiedenen Lebensrealitäten Ihrer Bürgerschaft und haben Kontakte in die verschiedenen Sphären. Gerne würden wir erfahren, wo die Besonderheiten Ihrer Strategien liegen und Möglichkeiten der Übertragbarkeit in andere Kommunen mit Ihnen besprechen. Auch möchten wir Sie darin unterstützen, sich in interkulturellen und interreligiösen Fragen weiterzuentwickeln. Zögern Sie nicht uns zu kontaktieren!

Sie sind im guten Mittelfeld? Viele Fragen konnten Sie mit „Ja / läuft gut“ und „Naja / könnte besser laufen“ beantworten? Wissen Sie wie es zu diesem Ergebnis gekommen ist und wo Sie Unterstützungs- oder Beratungsbedarf sehen? Bei der Findung der Antworten und Weiterentwicklung Ihrer kommunalen Strategie für eine zukunftsorien-

tierte und tolerante Gesellschaft unterstützen wir Sie gerne. Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren und mit uns zu sprechen!

Die Checkliste konnte Ihnen dabei helfen, Ihre Kommune unter neuen Gesichtspunkten zu betrachten und Ihren Blick auf den Bedarf zu richten? Sie haben viele Fragen mit „Nein / läuft nicht“ beantwortet und möchten sich mit Handlungsfeldern und Handlungsmöglichkeiten auseinandersetzen, wie Sie Ihre Kommune verändern und den Bedarf konkretisieren können? Gerne geben wir Ihnen Impulse für interkulturelle und interreligiöse Öffnung in der Kommune, um Sie in Ihrem Engagement für eine tolerante und solidarische Gesellschaft zu unterstützen. Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren, wir unterstützen Sie auch gerne vor Ort!

Sie erreichen uns unter:
info@islamberatung-bayern.de

„Wir leben in einer Stunde des Dialogs und überleben nur, wenn die wachsenden Konfrontationen durch eine Kultur der Verständigung überwunden werden.“

EUGEN BISER (1918–2014)

